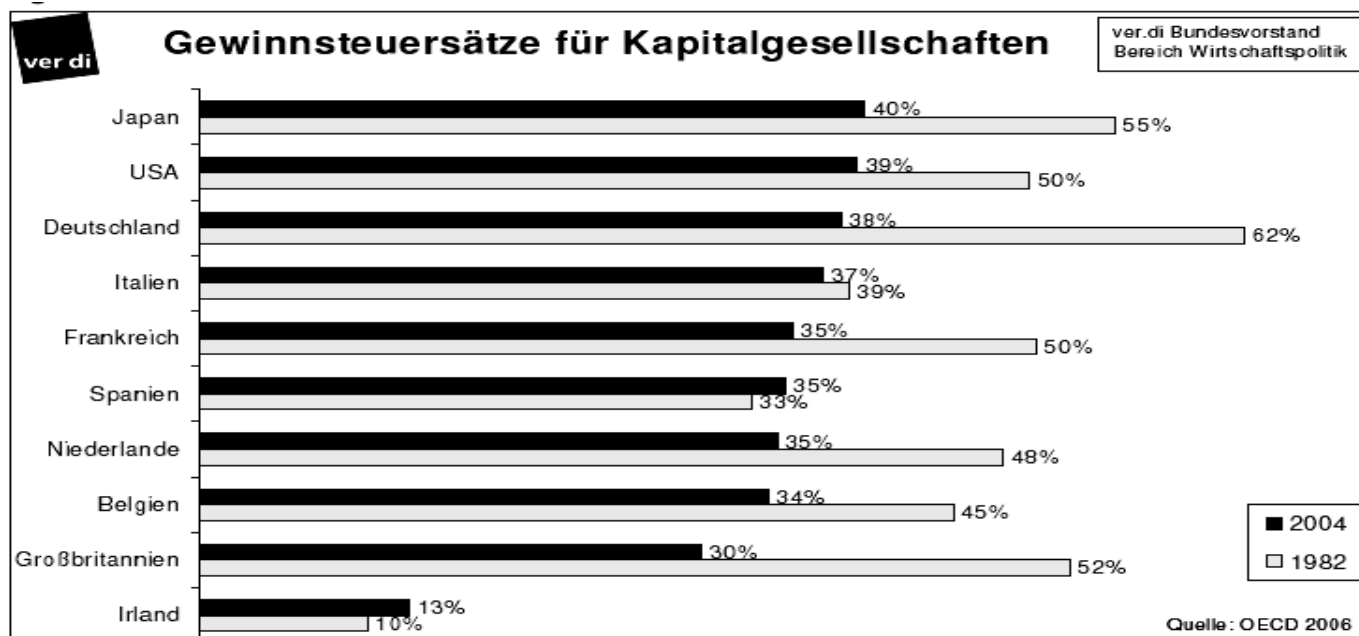


Sand im Getriebe 56

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version unter www.attac.de/rundbriefe html-Version unter <http://sandimgetriebe.attac.at>, mail an die Redaktion: sig@attac.de

Internationale Steuern: Umverteilen! Lokal – regional – global



Schritte für eine andere Welt		
Attac De Wissenschaftlicher Beirat	Ein Europa des Friedens, der Arbeit und der Solidarität	3
Tariq Ali	"Wann kommt endlich ein arabischer Chávez"	4
Daniel Ellsberg	Höchste Zeit, Verrat zu begehen	5
Florian Pfaff	Befehlsverweigerer in Uniform	8
Kerstin Sack	ALBA – Solidarische Verträge zwischen Staaten	10
Christa Wichterich	Sozialer Frieden durch Kleinkredite!?	11
Internationale Steuern		
Peter Wahl	Politische Perspektiven internationaler Steuern	13
Stephen Spratt	Die Euro-Lösung.	16
Nicola Liebert	Für mehr Steuergerechtigkeit	18

Silke Ötsch	Die Pille gegen Erdbeben: Internationale Umweltsteuern	20
Detlev von Larcher	Das Konzept der Solidarischen Einfachsteuer (SES)	22
Franz Gall	Der Steuerwettbewerb ruiniert den Sozialstaat	24
Attac Frankreich		
Verwaltungsrat von Attac Fr.	Erklärung vom 16. 12. 2006	26
Régine Tassi u. a.	Orientierungsvorschläge zur Einigung von Attac-France	27
Susan George, J.-M. Harribey u. a.	Für eine globalisierungskritische und demokratische Attac-Bewegung	28
Jacques Nikonoff B. Cassen u. a.	Für ein Attac der zweiten Generation	30
Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr!		32

Das alte Jahr war ein Jahr der Kriege, der fortgesetzten Besatzungen, der Angriffe auf die sozialen Errungenschaften, der Katastrophen. Aber es war auch ein Jahr des Widerstandes, der geopolitischen Umbrüche, der neuen Hoffnungen. Im neuen Jahr werden sich die Umbrüche fortsetzen, und die Augen der Weltöffentlichkeit werden unter anderem auf **Europa** focussiert sein, wo sich entscheidet, ob es sich abkoppelt vom Hegemon und ein Kontinent des Friedens wird oder ob Europa seine alte imperialistische Tradition wieder aufnimmt und – diesmal als Juniorpartner der Hypermacht – verstärkte Expansion und Aufrüstung betreibt. Ein Aufruf des wissenschaftlichen Beirats von Attac-D formuliert drei Forderungen an die deutsche EU-Präsidentschaft:

- *Demokratische Wirtschaftspolitik statt neoliberaler Marktradikalität*
- *Europäischer Volksentscheid für die Neugründung der Europäischen Union.*
- *Abrüstung, um eine strukturelle Unfähigkeit der EU für Angriffskriege zu erreichen*

Die Forderung nach Abrüstung und Beendigung von EU-Militäreinsätzen ist besonders dringend angesichts der drohenden Gefahr neuer Kriege. **Daniel Ellsberg**, der in den 60 Jahren durch die Veröffentlichung von geheimen Pentagon-Papieren half, den Vietnam-Krieg zu beenden, ruft heute den fortschrittlichen Kräften im US-Establishment wieder zu: „*Höchste Zeit, Verrat zu begehen*“. Er warnt eindringlich davor, dass das Bush-Regime noch vor Beendigung seiner Amtszeit in zwei Jahren einen atomaren Erstschlag – alleine oder zusammen mit Israel - gegen den **Iran** führen will. „*Deutschland sollte sicherlich nicht noch durch die Erlaubnis zur Nutzung seines Luftraums oder von US-Basen im Lande in irgendeiner Weise eine amerikanische Aggression unterstützen, wie es während des Irak-Kriegs passiert ist. Die deutsche Öffentlichkeit sollte verlangen, dass ihre Regierung das der US-Regierung unverzüglich deutlich macht.*“ Er verlangt von der deutschen Regierung, mit dem **Rückzug aus der NATO** zu drohen. Auch Major Florian Pfaff, Befehlsverweigerer im Zusammenhang mit dem Irak-Krieg, warnt vor einer Beteiligung an einem Angriff auf den Iran „*Ich bitte alle meine Kameraden: Verweigern Sie alle Befehle zur Mithilfe an Angriffskriegen. Angriff ist immer abzulehnen.*“

Tariq Ali, Romancier, Protagonist der 68er Welt-Rebellion, fragt: „*Wann endlich kommt ein arabischer Chavez?*“ Er vergleicht den antiimperialistischen Widerstand in Lateinamerika und in Westasien: „*Ein ganzer Kontinent gerät in Bewegung. Das vielleicht Wichtigste daran: Es ist ein Kontrast zu dem Chaos im Nahen Osten. Dort - in Afghanistan, im Irak, im Libanon, in Palästina - kämpft der Widerstand, damit die Besatzer das Land verlassen. Das ist fein, aber eine soziale Vision hat dieser Widerstand nicht. In Lateinamerika dagegen erhebt die soziale Vision wieder*“.

Zu dieser Vision gehört der Aufbau einer solidarischen Ökonomie zwischen den Staaten, in der Fairness den Markt und das Rennen nach den höchst möglichen Profiten überlagert.

Kerstin Sachs berichtet über den lateinamerikanischen Wirtschaftsverbund ALBA, der geschaffen wurde, um „*die Probleme von Armut und sozialer Ungerechtigkeit auf einer strukturellen Ebene*“ anzugehen.

In einer Beilage der Arbeitsgruppe „**Internationale Steuern**“ von Attac Deutschland wird in mehreren Artikeln über Konzepte und Versuche berichtet, auch durch internationale und nationale **Steuern zur Umverteilung** von Eigentum und Einkommen beizutragen und dem gefährlichen Chaos der sich selbst überlassenen Finanzmärkte Korsettstangen einzuziehen. **Peter Wahl** sieht hier eine neue Dynamik: „*Vieles deutet darauf hin, dass sich das Konzept internationaler Besteuerung auf Dauer durchsetzen wird.*“ Auch die Umwelt ist wieder Thema im Mainstream, sei es durch die spürbaren Klimaveränderungen, durch verschiedene Studien wie den jüngst erschienenen Stern-Report zur *Ökonomie des Klimawandels* oder durch Al Gores Film *Eine unbequeme Wahrheit*. Während die Bild-Zeitung noch vor kurzem gegen die Ökosteuer polemisierte, heißt nun der Aufmacher „*Unsere Erde hat Fieber*“. So gibt es z.B. in 18 Staaten eine Flugticket-Steuer als Einstieg in eine umfassendere internationale Besteuerung. **Nicola Liebert** beschreibt, wie das vorherrschende Steuersystem die Umverteilung von unten nach oben befördert, **Detlev von Larcher** stellt das alternative Konzept der Solidarischen Einfachsteuer (SES) vor, **Franz Gall** untersucht, wie der Steuerwettbewerb den Sozialstaat ruiniert, **Silke Ötsch** verschreibt die „*Pille gegen das Erdfieber*“, die Internationale Umweltsteuern.

Viele SiG-Leser werden sich im letzten Jahr gefragt haben: „*Was ist los bei Attac Frankreich?*“ Im Juni 2006 war deutlich geworden, dass es innerhalb von Attac Frankreich heftige Auseinandersetzungen gibt, die wir mit einigen Texten dokumentieren. Für Außenstehende ist die Heftigkeit der anscheinend unversöhnlichen Kritik an Personen und an interne Verfahren schwer verständlich, und die Differenzen zwischen den beiden Gruppen sind nicht immer leicht nachzuvollziehen. Ein Lichtblick ist immerhin die Einigung beider Fraktionen auf das „*Manifest 2007*“, das jetzt nach einem Jahr kollektiver Erarbeitung erscheint. Wir hoffen, dass Attac Frankreich diese Krise im neuen Jahr produktiv überwinden wird. Das ist für die gesamte globalisierungskritische Bewegung von großer Wichtigkeit.

Wir verschicken "Sand im Getriebe" zum Selbstkostenpreis

Bezugsbedingungen: –Rechnungsbetrag (inkl. Porto) einer Lieferung:.

1 Heft: 3 €, 2 Hefte: 4,50 €, 3 Hefte: 6 €, ab 10 Hefte: 1,50 € pro Heft Abonnement: 14€ für 6 Ausgaben.

Bestellen per Mail (auch ältere Nummern können bestellt werden) an sig@attac.de

Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland)

- Barbara Waschmann (Attac Österreich) – Florence Proton (Attac Schweiz)

Erklärung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Ein Europa des Friedens, der Arbeit und der Solidarität

Zusammenfassung, Dezember 2006

Im 1. Halbjahr 2007 übernimmt Deutschland die EU-Präsidentschaft. Die Bundesregierung hat das Programm der Präsidentschaft festgelegt – wieder einmal, wie in der deutschen Europapolitik üblich, ohne eine zivilgesellschaftliche Beteiligung. In der Europapolitik scheinen öffentliche Debatten unerwünscht zu sein.

Das soll so nicht bleiben: Der Wissenschaftliche Beirat von Attac Deutschland hält eine öffentliche Diskussion der Europapolitik für dringend erforderlich. Aus der Menge der ungelösten Probleme greifen wir drei zentrale Bereiche heraus.

1. Demokratische Wirtschaftspolitik statt Marktradikalität

Bundesregierung, der Rat und die europäische Kommission verfolgen heute in ihrer Wirtschaftspolitik vor allem das Ziel, die EU bis 2010 zum weltweit wachstumsstärksten Wirtschaftsraum zu machen. Marktradikalität führt jedoch nicht zu ökonomischer Stärke und sozialer Sicherheit, sondern hat Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, soziale Polarisierung und ökologische Zerstörung zur Folge. Trotzdem wollen weder Kommission noch Bundesregierung den neoliberalen Kurs korrigieren; sie wollen ihn fortsetzen und vertiefen.

Zu dieser kontraproduktiven Politik gibt es Alternativen:

- ein entwicklungsfreundlicher makroökonomischer Rahmen, in dem Geld- und Fiskalpolitik auf die Förderung nachhaltiger Entwicklung und **Vollbeschäftigung** ausgerichtet werden;
- eine entschiedene Politik gegen die **Armut** in Europa, die verbindliche Mindestnormen setzt und ihre Umsetzung durch monetäre Transfers unterstützt;
- ein starker **öffentlicher Sektor**, der zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge dem Druck privater Konkurrenz entzieht;
- die Entwicklung und Einführung von sozialen und ökologischen **Mindeststandards**, die schrittweise nach oben angeglichen werden;
- die Beendigung des Steuerwettbewerbs und die Erhebung von nationalen und europäischen **Steuern**, die zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben ausreichen und deren Lasten gerecht nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit verteilt werden;

- eine Politik der **ökologischen** Effizienz und Suffizienz

2. Abrüstung und ausschließlich zivile Konfliktbearbeitung

Überragendes Ziel der europäischen Integration nach dem 2. Weltkrieg war die Sicherung des Friedens – durch Kooperation und den **Abbau von imperialer Konkurrenz** innerhalb Europas.

Doch die Europäische Politik militarisiert sich zusehends, Eingreiftruppen – sog. Battle-Groups – sollen weltweit einsatzbereit sein, die Militärausgaben in der EU steigen wieder deutlich an. Gleichzeitig nehmen die Waffenexporte aus den großen EU-Ländern zu. Sie tragen zur Verschärfung der Konflikte in vielen Ländern bei, in denen die EU oder ihre Mitgliedstaaten dann in „Friedensmissionen“ militärisch intervenieren.

Zentrale Bausteine für Alternativen zu dieser aggressiven Konzeption sind:

- eine deutliche **Abrüstung**, die der Beteuerung von Friedenswillen dadurch Glaubwürdigkeit verleiht, dass sie eine **strukturellen Unfähigkeit der EU zu Angriffskriegen** herbeiführt und das Militär ausschließlich auf das Ziel der europäischen Territorialverteidigung ausrichtet,
- keine Indienststellung und Auflösung der EU-Battle-Groups
- die **Beendigung von EU-Militäreinsätzen**, die EU muss ein ziviler Akteur sein
- ein Moratorium für die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS)
- die Nutzung des politischen Gewichts der EU zur ausschließlich diplomatischen und **politischen Bearbeitung** internationaler innerstaatlicher Konflikte zwischen und in dritten Ländern
- eine Entwicklungspolitik, die vorrangig auf die **eigenständige Entwicklung der Länder des globalen Südens** setzt und dadurch mehr als jede Militärintervention zur allmählichen **Überwindung der Konfliktursachen** in der Welt sowie zur sicheren Versorgung Europas mit Energie und Rohstoffen durch fairen Handel beiträgt
- keine weitere Etablierung von Militärschatten-Haushalten, somit auch keine Finanzierung von Europäischen Militärmis-sionen durch den EU-Entwicklungshilfe-

fonds

- die **Stärkung der UN**, wobei die strukturelle Überlegenheit der „westlichen Industrienationen“ zu überwinden ist.

3. Für eine demokratische Verfassung

Die deutsche EU-Präsidentschaft hat die Fortführung des Europäischen Verfassungsprozesses zum zentralen Anliegen erklärt. Die europäischen Bürgerinnen und Bürger erwarten von einer Verfassung einerseits, dass auch die Minderheit, also diejenigen, die nicht zustimmen, mit der Verfassung leben können und nicht in eine Fundamentaltalopposition zu dieser Verfassung gezwungen werden. Andererseits ist für die **Neugründung der Europäischen Union** ein Europäischer **Volksentscheid** notwendig. Minderheiten haben aber nur die berechtigte Hoffnung, Mehrheit werden zu können, wenn die Verfassung einen politischen Gestaltungsspielraum eröffnet. Dieser Gestaltungsspielraum macht die Essenz der Demokratie aus. Zukunftsoffenheit der Verfassung setzt deshalb voraus, dass sie sich detaillierter politischer Programmsätze enthält, so dass über wechselnde Mehrheiten unterschiedliche politische Richtungen am öffentlichen Geschehen teilhaben können.

Der Verfassungsentwurf für die Europäische Union wird solchen Maßstäben nicht gerecht. Im wirtschafts- und währungspolitischen Kapitel des dritten Teils wird die geforderte **Offenheit zugunsten eines marktradikalen Ansatzes zerstört**.

- Daher muss der dritte Teils des vorliegenden Verfassungsentwurfes gestrichen werden. Die zum Teil sehr detaillierten Politikziele und Vorgaben können durch klare Kompetenz- und Verfahrensregeln ersetzt werden, die unterschiedliche Politiken ermöglichen.

- Die Europäische Verfassung dürfte überdies die einzige Verfassung Europas sein, die **Aufrüstung** zum Gebot der Politik erklärt (Art. 41 I (3)). Dieser Artikel ist nicht akzeptabel und muss durch ein **klares Verbot des Angriffskrieges und die Festlegung auf das Völkerrecht** ersetzt werden. Die im Vorgriff auf den EU-Verfassungsvertrag schon arbeitende Rüstungsagentur ist wieder aufzulösen.

*Die Nummer 57 von „Sand im Getriebe“ wird zum Schwerpunkt Europa haben.
Wir werden u. a. die Langfassung der Erklärung und Diskussionsbeiträge veröffentlichen.*

"Wann kommt endlich ein arabischer Chávez"

Tariq Ali über die linke Hoffnungszone Lateinamerika, Hugo Chávez' Geistesverwandtschaft mit Willy Brandt, den Aufstieg des Islamismus und die Wandlung mancher seiner Ex-Weggefährten zu Stichwortgebern des Imperialismus, taz Nr. 8140 vom 1.12.2006

taz: Herr Ali, Lateinamerika ist neuerdings wieder Hoffnungszone der Linken: Es gibt Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien. Gibt es einen neuen antiimperialistischen Moment?

Tariq Ali: Die Lateinamerikaner nennen es einen neuen boliviarischen Moment. Simon Bolivar hat diesen Kontinent vor zweihundert Jahren geeint und das spanische Imperium zurückgedrängt. Nun geschieht Ähnliches, demokratisch, ohne Krieg, ohne Schlachten: Das Imperium, das die Spanier ablöste, wird zurückgedrängt.

Also die USA?

Das ist das Ziel, ja. Ein ganzer Kontinent gerät in Bewegung. Das vielleicht Wichtigste daran: Es ist ein Kontrast zu dem Chaos im Nahen Osten. Dort - in Afghanistan, im Irak, im Libanon, in Palästina - kämpft der Widerstand, damit die Besatzer das Land verlassen. Das ist fein, aber eine soziale Vision hat dieser Widerstand nicht. In Lateinamerika dagegen erstet die soziale Vision wieder.

Was ist das für eine soziale Vision?

Zugegeben, sie ist moderat. Wir sollten nicht übertreiben. Es ist die Vision, die historisch die Vision einer linken Sozialdemokratie war. Chávez, Morales, Ortega gehen darüber nicht hinaus. Sie bekämpfen den Neoliberalismus mit klassischen sozialdemokratischen Mitteln. Nur: Heutzutage sind die inakzeptabel für die neoliberale Welt. Was in Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg normal war, ist heute nicht mehr erlaubt.

Hugo Chávez gibt den Caudillo, den Revolutionsführer im Drillich- und Kuba ist ja auch nicht das Modell des demokratischen Sozialismus ...

Was ist das Modell des demokratischen Sozialismus? Deutschland? Die EU? Es gibt kein vernünftiges Modell auf diesem Planeten, das die Hegemonie der USA herausfordert. Diese Herausforderung kommt allein aus Lateinamerika. Klar, das ist nicht Utopia. Lateinamerikas neue Führer versuchen, etwas Positives für die Armen zu tun, mit den beschränkten Mitteln, die sie zur Verfügung haben.

Vor autoritären Versuchungen haben Sie keine Angst?

Chávez wurde fünf Mal gewählt. Fünf Mal. Er respektiert die Opposition, die gesamte private Presse ist gegen ihn, aber er lässt sie gewähren. Ist das etwa autoritär?

Er sieht nur wie ein Caudillo aus?

Ich kenne ihn ziemlich gut, ich habe ihn oft getroffen. Er ist ein intelligenter Politiker. In Europa gab es in der Nachkriegszeit kluge

Politiker: Harold Wilson, Olof Palme, Willy Brandt, Charles de Gaulle, Bruno Kreisky ...

Chávez ist mit denen vergleichbar?

Er liest enorm viel, Romane, Sachbücher, Lyrik. Seine Eltern waren Lehrer, sie haben ihn die Liebe zu Büchern gelehrt. Gerade hat der venezolanische Staat Cervantes' Don Quichotte in millionenfacher Auflage gedruckt und jedem Haushalt zugestellt. Als man Chávez fragte, ob er wirklich glaube, dass die Leute das lesen, sagte er, er wisse es nicht, aber es befände sich zumindest ein Buch in dem Haus, und vielleicht liest es dann einmal ein Kind oder ein Enkelkind. Das ist bemerkenswert. Klar, er ist ein lateinamerikanischer Politiker. Er hat eine Reihe von deren Qualitäten und auch ein paar von deren Defekten. So ist das nun mal.

Lateinamerika ist, wie Sie sagen, das Kontrastmodell zum Nahen Osten. Im Nahen Osten wurde der Antiimperialismus vom Fundamentalismus regelrecht gekapert. Ziemlich deprimierend, oder?

Wenn ein Land besetzt ist, dann entwickelt sich früher oder später Widerstand. Wir können uns nicht aussuchen, wie dieser Widerstand aussieht. Zumal der säkulare Widerstand ausgerottet ist, nicht ohne Zutun der USA übrigens, die das im Bündnis mit den Islamisten während des Kalten Kriegs besorgten. So waren nur mehr die Islamisten da, auch weil viele säkulare Kräfte diskreditiert waren. Gerade deshalb ist es wichtig, dass jemand wie Chávez die globale Bühne betrat, einer, der sich dem Imperialismus entgegenstellt, einer aus einem ölreichen Land, der einiges tut, damit der Reichtum auch den Armen zu Gute kommt. Ich weiß, es gibt Hunderttausende im arabischen Raum, die sagen, "wann kommt endlich ein arabischer Chávez". Und warum sagen sie das? Weil er eine soziale Vision hat, die der religiöse Fundamentalismus nicht hat.

Haben die säkularen Kräfte eine Chance?

Nicht so bald, nicht im Nahen Osten. Wir müssen durch diese Phase durch. Ich denke, unglücklicherweise ist es so, dass die Leute die Erfahrung machen müssen, wie es ist, wenn die religiösen Typen an der Macht sind. Nur ein Land ist die Ausnahme: der Iran. Wenn der Westen das Land in Ruhe lässt, können wir mit positiven Entwicklungen rechnen. Dort sind 75 Prozent der Bevölkerung unter 35, sie kennen nichts anderes als ein Leben unter den Klerikern. Sie haben die satt. Nur, wenn der Westen das Land bedroht, wird es einen nationalistischen Reflex geben. Also, Hände weg!

Gibt es eine Chance auf eine islamische Reformation?

Ja, vielleicht kommt so etwas im Iran. Vielleicht gibt es aber auch einen totalen säkularen Aufstand, der die Religion zurückdrängt. Auch das ist möglich.

Wenn Sie den Widerstand in diesen Ländern unterstützen, stehen Sie Seite an Seite mit Hamas oder Hisbollah. Fühlen Sie sich da nicht in merkwürdiger Gesellschaft?

Man sollte sich Unterscheidungsfähigkeit bewahren. Hamas und Hisbollah sind etwas anderes als al-Qaida. Hamas und Hisbollah sind organisch aus ihren Gesellschaften gewachsen. Ich würde mir wünschen, dass sie keine religiösen Gruppen wären. Aber meine Wünsche sind irrelevant.

Zu analysieren, warum diese Gruppen entstanden sind, ist eine Sache. Aber finden Sie, dass irgendetwas durch sie besser wird?

Besatzung produziert Widerstand. Je hässlicher die Besatzung, desto hässlicher der Widerstand. Wo gibt es hübschen Widerstand? Und vergessen wir nicht: Einen Aufstieg der Religion gibt es nicht nur in der islamischen Welt, es gibt ihn überall in der Welt. Nehmen wir nur das politische Christentum in den USA.

Sie waren ein großer Star der 68er-Linken. Viele ihrer damaligen Freunde sind heute moderate Linksliberale, manche sogar Neokonservative. Warum haben die einen so anderen Weg genommen als Sie?

Wann immer sich eine große Welle des Radikalismus bricht und die Konterrevolution gewinnt, streichen viele Leute die Segel und wechseln die Seiten. Das war nach der französischen Revolution so, das war nach 1848 so - das ist überhaupt nichts Überraschendes. Wenn ich manche Banker, Broker, Minister, die ich von früher kenne, auf der Straße treffe, gucken die ganz peinlich berührt.

Aber haben diese Exgenossen von Ihnen wirklich ihre Ideen verraten? Sie setzen sich für Menschenrechte und gegen Genozide ein und sind dafür, dass demokratische Staaten mit militärischer Gewalt blutige Diktatoren stürzen. Was ist so blöd daran?

Ach, dieses Gerede! Seit der Okkupation wurden mehr Iraker getötet als von Saddams Diktatur ermordet wurden. Bravo, eine tolle Art, den Genozid zu stoppen! Diese Idee, dass der Westen das Gute in die Welt exportiert, ist nicht neu: für gewöhnlich nennt man sie Imperialismus.

INTERVIEW: ROBERT MISIK

Daniel Ellsberg

Höchste Zeit, Verrat zu begehen

Die US-Regierung hegt die Absicht, den Iran mit Atomwaffen anzugreifen. Daniel Ellsberg fordert Beamte und Militärs auf, ihr Schweigen endlich zu brechen und ihr Wissen offen zu legen, um Menschenleben zu retten.

Daniel Ellsberg hat in diesem Jahr den alternativen Nobelpreis erhalten. Der US-Ökonom deckte in den 70er Jahren im Pentagon einen Skandal auf. Damit war er der erste "Whistleblower", ein Mensch, der skandlöse Dienstgeheimnisse verrät, um der Demokratie zu dienen. Den dokumentierten Beitrag hielt Ellsberg am 12.12.2006 im Körber Forum der Hamburger Körber-Stiftung. Die Übersetzung besorgte Thomas Weihe.

„Es war noch nie richtig zu behaupten, ein Atomkrieg sei ‚undenkbar‘“, schrieb der Historiker EP Thompson vor 25 Jahren. „Atomkriege wurden gedacht und geführt.“ Er bezog sich auf die bewusste Vernichtung der Menschen von Hiroshima und Nagasaki im August 1945. Was er nicht erwähnt, ist, dass die große Mehrzahl der US-amerikanischen Beamten, die diese Vernichtung erdacht und ausgeführt hatten, und ebenso die große Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit, die nach der Bombardierung davon erfuhr, den ersten Atomkrieg als außerordentlich erfolgreich ansah. Man sah darin – zu unrecht, wie ich meine – einen Schlüssel zum Sieg, der viele Leben rettete. Heute denken wieder manche so und handeln danach.

Präsident George W. **Bush** und Vizepräsident Richard **Cheney** hegen solche Gedanken seit mindestens 18 Monaten. Sie haben ihre Militärstäbe insgeheim angewiesen, mögliche Atomangriffe auf unterirdische Atomenergieanlagen im **Iran** zu planen, ebenso wie umfassende konventionelle Luftangriffe auf überirdische militärische Energieanlagen und Kommandoposten.

Philip Giraldi, ein ehemaliger CIA-Mitarbeiter, hat vor einem Jahr im „American Conservative“ berichtet, das Büro von Vizepräsident Cheney habe Kontingenzpläne für einen „Luftangriff in großem Maßstab auf Iran sowohl mit konventionellen Waffen als auch mit taktischen Nuklearwaffen“ in Auftrag gegeben. „Mehrere hochrangige Offiziere der Air Force“, die an der Planung beteiligt seien, seien „erschüttert über die Implikationen ihrer Arbeit – dass nämlich ein nicht provoziertes Angriff mit Atomwaffen auf Iran in Planung ist –, doch niemand wolle durch Widerspruch seine Karriere gefährden“.

Seymour Hersh und andere haben in mehreren Artikeln in diesem Jahr durch ungenannte, aber hochrangige Quellen bestätigt, dass es detaillierte Planungen für den Einsatz von Nuklearwaffen gegen unterirdische iranische Anlagen gibt und dass sich **dagegen im US-Militär Widerstand** regt. Einige hochrangige Offiziere denken über ihren Rücktritt nach (Hersh sagt nicht, ob vor oder nach einem solchen Angriff). Der Widerstand der Joint Chiefs im April hat das Weiße Haus dazu gebracht, die nukleare Option fürs erste vom Tisch zu nehmen, so Hersh. Die operative Planung – also nicht nur hypothetische Kontingenzpläne, sondern ständig aktualisierte Pläne mit Truppenbewegungen und einem hohen Bereitschaftsstatus, die auf Kommando sofort umgesetzt werden können – gibt es aber nach wie vor, damit man für einen „entscheidenden“ Schlag auf sie zurückgreifen kann, wenn der Präsident es für nötig hält. Eine solche Eskalation scheint mir am wahrscheinlichsten nach einem iranischen Vergeltungsschlag, der nach einem amerikanischen und/oder israelischen Angriff unvermeidlich wäre.

Nach diesen Berichten sind viele hohe Offiziere und Regierungsbeamte überzeugt, dass Präsident Bush vor dem Ende seiner Amtszeit in zwei Jahren einen Regimewechsel im Iran anstrebt. Er und sein Vizepräsident seien dazu insgeheim nicht weniger entschlossen als sie es zu einem Angriff auf den Irak waren. Trotz des Machtwechsels im Kongress und des Abgangs des US-Verteidigungsministers Donald Rumsfeld – beides erklärt sich gleichermaßen aus der Enttäuschung der Öffentlichkeit über das andauernde Desaster im Irak – bleibe beider Entschlossenheit unvermindert. Wenn überhaupt, dann hat die „Enttäuschung“ im Irak, die sie unrea-

listischerweise vor allem auf iranische Aktivitäten zurückführen, die beiden letzten verbliebenen Neokons in der Regierung in ihrer Hoffnung noch bestärkt, sie könnten mit einem Angriff auf den Iran das Steuer in der Region noch herumreißen und so ein positives Vermächtnis hinterlassen.

James Baker und **Robert Gates** sehen das offensichtlich anders – ihre Vorschläge direkter Gespräche mit dem Iran und mit Syrien deuten in die entgegengesetzte Richtung. Aber von den 79 Empfehlungen der von ihnen geleiteten Iraq Study Group hat Präsident Bush diese als erste entschieden zurückgewiesen. Wer hofft, dass Gates Zivilcourage zeigt, indem er dem Präsidenten in dieser entscheidenden Frage widerspricht, setzt seine Hoffnungen auf den Falschen. Gates' gesamte Karriere gründet sich auf sklavischer Anpassung an die Wünsche seines Chefs, wer immer das auch ist und wie unsinnig oder illegal seine Anweisungen auch sein mögen.

Wenn die bisher anonym gebliebenen Quellen ihre Aussagen ernst meinen – eine erklärte gegenüber Hersh, man müsse „einen Schnellzug stoppen“ – dann sollten sie schleunigst mehr tun, als nur fragmentarische Informationen der Presse zuzuspielen, die durch keinerlei Dokumente gestützt werden. Sie müssen den Dienstweg verlassen und mit eindeutigen Beweismitteln aus ihren Häusern die Geheimpläne für eine Aggression offen legen, deren Auswirkungen verheerend wären. **Für Beamte, die zurecht „erschüttert“ sind über solche geheimen Vorstöße, ist es nicht genug, anonyme Hinweise zu geben oder im Stillen ihre Kündigung einzureichen.**

Das selbe gilt meiner Meinung nach für

Diplomaten und Militärs in der Nato – auch für Deutsche –, die in solche Pläne eingeweiht wurden, entweder über eigene Kanäle oder durch Kontakte mit amerikanischen Beamten.

Ich hoffe, dass einer oder mehrere dieser Leute den nüchternen Entschluss treffen, der Öffentlichkeit umfassende Unterlagen zugänglich zu machen, die zweifelsfrei belegen, dass es geheime offizielle Schätzungen der Kosten, Erfolgsaussichten und Gefahren militärischer Pläne gibt, und dass das Weiße Haus zur Umsetzung dieser Pläne entschlossen ist. Ein solcher Entschluss muss in der nüchternen Anerkennung der Tatsache getroffen werden, dass man damit seine Sicherheitseinstufung, seine Karriere oder sogar Gefängnis riskiert. Die zu veröffentlichenden Dokumente müssen die gesamte interne und alliierte militärische und diplomatische Kontroverse offen legen, sowohl die geheimen Widersprüche als auch die Argumente der Fürsprecher eines Kriegs und der nuklearen „Option“ – die Pentagon Papers und die Downing Street Memos des Mittleren Ostens.

Aber im Unterschied zu den 7000 streng geheimen Seiten der Pentagon Papers, die ich 1971 veröffentlicht habe, **sollte die derzeitige geheime Debatte veröffentlicht werden, bevor der amerikanische Krieg in der Region sich auf den Iran ausweitet** und bevor das 61 Jahre dauernde Moratorium eines Atomkriegs gewaltsam beendet wird.

Nur so haben die Demokratie und die öffentliche Meinung der Welt eine Chance, diese Katastrophen zu verhindern. Hätten die britischen Beamten mit Zugang zu den Downing Street Memos – die schon seit Anfang 2002 über die geheime Entschlossenheit des Weißen Hauses zu einem Angriff auf den Irak ebenso berichteten wie über den Beschluss *„Geheimdienstmaterial entsprechend dieser Politik zu arrangieren“* und über die britische Skepsis gegenüber diesen Plänen – wenn also Beamte mit Zugang zu diesen Memos diese zum Zeitpunkt ihrer Abfassung Mitte 2002 der Presse übergeben hätten, anstatt bis 2005 zu warten, hätte der Krieg vielleicht ganz verhindert werden können.

Die persönlichen Gefahren für jemand, der Geheimdokumente zur rechten Zeit

veröffentlicht, sind sehr groß.

In meinem eigenen Fall drohte, und das war mir klar gewesen, eine Anklage und die Höchststrafe von 115 Jahren Gefängnis. Aber diese Gefahren sind nicht so groß wie die Gefahren für Leib und Leben von über 140.000 jungen Amerikanern und Soldaten der Koalitionstruppen im Irak, die wir täglich aufs Spiel setzen. Und vor allem sind sie nicht so groß wie die Gefahr möglicher Angriffe für Iraner, vor allem für die über zwei Millionen Zivilisten, die durch den Fall-Out von nur drei bunkerbrechenden Atombomben sterben würden (s. die Studie auf www.psr.org).

Aber nicht nur deutsche, amerikanische oder sonstige Insider sind aufgerufen, der derzeitigen Politik der Bush-Regierung mit aller Vehemenz zu widersprechen. Unabhängig von den angeblichen Geheimplänen für Angriffe haben Präsident Bush und Vizepräsident Cheney amerikanische Atomwaffen in einer Weise eingesetzt, die nur in ihrer Offenheit beispiellos ist.

Die verbreitete Annahme, dass „seit Nagasaki keine Atomwaffen mehr zum Einsatz gekommen sind“ ist unrichtig.

Es ist nicht so, dass Zehntausende amerikanische Atomwaffen all die Jahre nur ungebraucht gelagert wurden und überhaupt nur dazu zu gebrauchen gewesen wären, die Sowjets vom Gebrauch ihrer Atomwaffen abzuschrecken. Immer wieder, üblicherweise ohne Wissen der amerikanischen Öffentlichkeit (aber mit Wissen der Gegner) wurden **amerikanische Atomwaffen** für ganz andere Zwecke gebraucht, nämlich in der Weise, **wie man mit einer Pistole** während einer direkten Konfrontation auf jemandes Kopf zielt, ob man nun den Abzug drückt oder nicht. (Eine Liste von mehr als zwei Dutzend solcher Situationen bis 1981 findet sich in meinem Aufsatz „Call to Muntiny“, der Einleitung zu „Protest and Survive“, www.ellsberg.net. Dieser Brauch zieht sich bis heute durch und umfasst jeden amerikanischen Präsidenten von Truman bis zum heutigen Amtsinhaber.)

Heute werden amerikanische Waffen vor den Augen und Ohren der Weltöffentlichkeit in dieser Weise gebraucht. Präsident Bush, Vizepräsident Cheney und sogar Vertreter des Kongresses tun das, wenn sie von einem „militärischen Vorgehen“ sprechen und auf Nachfrage

„Atomwaffen“ als eine der bestehenden Optionen nennen für den Fall, dass Iran die Forderungen der USA und anderer im Zusammenhang mit seinem nuklearen Energieprogramm und vermuteter Atomwaffenpläne nicht erfüllt.

Es ist empörend, dass der amerikanische Kongress, die US-Medien und die Öffentlichkeit, zusammen mit der Öffentlichkeit und Regierungsvertretern amerikanischer Verbündeter wie Deutschland, diese Drohungen zulassen, ohne dass vehement – oder überhaupt – bestritten wird, dass ein amerikanischer Präsident oder der Kongress, oder auch die Nato oder die EU, überhaupt die Option eines nuklearen Erstschlags haben – unter den derzeitigen oder überhaupt auch nur irgendwelchen Umständen. Wenn andere Länder angesichts solcher unrechtmäßiger Bedrohungen schweigen, machen sie sich schon lang vor dem Angriff mitschuldig.

Diese Woche werden es 25 Jahre, dass die UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit die Resolution 36100 annahm, die **Declaration on the Prevention of Nuclear Catastrophe vom 9. Dezember 1981**. Sie erklärt: *„Jede Doktrin, die einen atomaren Erstschlag oder irgendwelche Handlungen erlaubt, die die Welt mit einer Katastrophe bedrohen, sind unvereinbar mit menschlichen Moralstandards und den erhabenen Idealen der UN [...] Staaten und Staatsmänner die als erste Nuklearwaffen einsetzen, begehen das denkbar schwerste Verbrechen gegen die Menschheit. Niemals wird es eine Rechtfertigung oder Entschuldigung für Staatsmänner geben, die die Entscheidung treffen, als erste Atomwaffen einzusetzen.“*

Es kommt nicht darauf an, dass die Mehrheit der Staaten der Welt (82 Ja-Stimmen, 49 Enthaltungen) diese nüchterne Entscheidung sogar zur Zeit des Kalten Krieges getroffen hat.

Wichtig ist, dass die Befürworter damals offenkundig recht hatten – im Interesse des Überlebens der Menschheit – und dass sie heute noch mehr recht haben. Diejenigen, die damals mit Nein stimmten – die USA und 18 andere, darunter die meisten NATO-Mitglieder und auch Deutschland –, begingen einen gefährlichen Irrtum, selbst im Angesicht der längst vergan-

genen Bedrohung durch die Streitkräfte des Warschauer Pakts. Es ist überfällig, dass Deutschland und andere NATO-Mitglieder endlich ihren Fehler korrigieren und sich einem weltweiten moralischen Konsens anschließen.

Folgende Frage sollte in Deutschland dringend diskutiert werden:

Was wollen die deutsche Zivilgesellschaft und die deutsche Regierung tun, wenn sie im kommenden Jahr mit dem fait accompli eines amerikanischen Luftangriffs auf den Iran konfrontiert werden? Vor allem, wie würden sie auf die Eskalation eines solchen Angriffs reagieren, wenn die USA oder Israel als Reaktion auf iranische Vergeltungsschläge Atomwaffen gegen unterirdische Anlagen einsetzen würden?

Deutschland sollte sicherlich nicht noch durch die Erlaubnis zur Nutzung seines Luftraums oder von US-Basen im Lande in irgendeiner Weise eine amerikanische Aggression unterstützen, wie es während des Irak-Kriegs passiert ist. Die deutsche Öffentlichkeit sollte verlangen, dass ihre Regierung das der US-Regierung unverzüglich deutlich macht.

Aber das genügt noch nicht, um die potentielle Verwendung von Atomwaffen durch die USA oder durch Israel und mit amerikanischer Unterstützung zu verhindern. **Auf einen solchen Angriff gäbe es nur eine angemessene Reaktion – den Rückzug aus der NATO.**

Das klingt zunächst einmal undenkbar. Aber was für Deutschland – oder irgendeinen anderen europäischen Staat – undenkbar sein sollte, ist, mit einem Staat in einer militärischen Allianz zu verbleiben oder überhaupt auch nur in normalen Beziehungen zu stehen, der

gerade das denkbar schlimmste Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hat. **Die europäische Öffentlichkeit kann eine solche desaströse Politik nur verhindern, wenn sie ihren Standpunkt im Voraus unmissverständlich klarmacht, durch Petitionen, Demonstrationen und Druckausübung auf ihre Regierung bei Wahlen und durch Lobbying.**

Gibt es in der NATO oder unter den übrigen engen Verbündeten der USA eine Regierung, bei der es vorstellbar wäre, dass sie vor einem US-Angriff eine solche Position einnimmt? Vielleicht nicht. Die derzeitige deutsche Regierung würde es sicher nicht tun. Aber das heißt nicht, dass es nutzlos wäre, eine öffentliche Debatte über diese Frage anzustoßen (was an sich schon nicht ganz leicht ist).

Zwar würde eine solche Debatte – und würden auch Warnungen anderer Staaten – George W. Bush und Dick Cheney nicht direkt beeinflussen. Eine Auflösung der NATO oder irgendeiner anderen internationalen Verstrickung wie der UN würde sie vermutlich nicht anfechten. „Zum Glück sind wir die los!“ Aber mit dieser Einstellung stehen sie im amerikanischen Establishment praktisch alleine – abgesehen von den Neokons, die die Regierung verlassen haben. Schon der Gedanke daran, dass die amerikanische Vorherrschaft in der NATO und die Allianz selber in Frage gestellt werden, würde nicht nur die Aufmerksamkeit des außenpolitischen Establishments an der Ostküste erregen, sondern helle Aufregung auslösen, vor allem beim eigenen Vater des Präsidenten.

Offensichtlich hat der frühere Präsident nur begrenzten Einfluss auf seinen Sohn. Die Ernennung von Gates und der

Bericht der Baker-Kommission ließen einen kurzfristig hoffen, das habe sich nach der Novemberwahl geändert – aber wohl zu unrecht. George H. W. Bush würde aber im privaten Rahmen sicher mit seiner Meinung nicht zurückhalten, wenn die Aussicht auf einen Angriff auf Iran den Zusammenhalt der NATO bedrohen würde. Und die Idee oder die Gefahr eines amerikanischen Atomangriffs sollte viel mehr als eine Debatte auslösen.

Solch ein Angriff – ganz abgesehen von seinen inakzeptablen menschlichen Kosten – **würde Atomtests weltweit wieder aufleben lassen.** Die seit langem vorausgesagte **Proliferation** an 30 oder 40 Staaten mit Atomwaffen würde endlich in Reichweite sein. Und es würde auch nicht mehr lange dauern – nachdem eine atomare Drohung wirklich umgesetzt wurde – bis andere Nationen und Gruppierungen unterhalb der staatlichen Ebene eigene Nuklearwaffen erwerben und sie zur Drohung und für Angriffe einsetzen würden.

Diese Aussicht – ich würde sie nicht als so gut wie sicher bezeichnen, aber als nicht unwahrscheinlich innerhalb der kommenden beiden Jahre – würde eine globale Krise bedeuten.

Ich spreche von einer **moralischen Krise**, und in der mittel- und langfristigen Perspektive unserer Spezies, von einer **existentiellen Krise**. Wenn ich von einer Krise, nicht von einem Verhängnis spreche, bringe ich damit zum Ausdruck, dass wir diese mögliche Zukunft immer noch verhindern können. Aber nur dann, wenn wir von unseren Politikern und Ministerialbeamten einen umfassenderen Politik- und Perspektivwechsel als jemals verlangen, und nur dann, **wenn sie und wir Zivilcourage aufbringen.**

Aus Franfurter Rundschau online 13.12.06 http://www.fr-aktuell.de/in_und_ausland/dokumentation/?em_cnt=1030520&em_cnt_page=1

Zum Nachlesen:

Atomwaffen abschaffen!

http://www.ippnw.de/Atomwaffen/Atomwaffen_abschaffen/
<http://www.ippnw.de/Atomwaffen/Atomwaffenpolitik/>
<http://www.ippnw.de/Atomwaffen/Atomwaffensperrvertrag/>
<http://www.ippnw.de/Atomwaffen/Atomtests/>
<http://www.ippnw.de/Atomwaffen/Gesundheitsfolgen/>
<http://www.ippnw.de/Atomwaffen/Raketenabwehr/>
<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Atomwaffen/Welcome.html>

Iran:

Sand im Getriebe Nr. 48 (Michael Chossudovsky: Atomkrieg gegen den Iran? / Massarrat / Appel von Physikern u.a.m.)
Sand im Getriebe Nr. 49 (Walden Bello: Humanitäre Intervention: Die Entwicklung einer gefährlichen Doktrin / Keinen Krieg gegen den Iran! Für eine politische Lösung ; u.a.m.)
Sand im Getriebe Nr. 51 (Claudia Haydt: Iran-Uran-Krieg? Bombendrohungen aus dem Glashaus)
Sand im Getriebe Nr. 55 (Samir Amin: Die USA und ihre Verbündeten bekämpfen)

**„Florian Pfaff wird ausgezeichnet, weil er sich einem Befehl verweigerte,
dessen Befolgung ihn zu einem Mithelfer an dem unheilvollen,
das Völkerrecht missachtenden Angriffskrieg gegen den Irak gemacht hätte...**

Nun, manche werden sich vielleicht gewundert haben, dass wir heute mit Major Florian Pfaff einen Angehörigen der Bundeswehr auszeichnen. Ist das nicht ein Widerspruch? Der Pazifist Carl von Ossietzky und ein Bundeswehrmajor, der eine Medaille mit Ossietzkys Namen überreicht bekommt – wie passt das zusammen? Noch nie in der Geschichte der Liga ist ein aktiver Militärangehöriger mit dieser Auszeichnung geehrt worden. Und noch nie hat ein aktiver Militärangehöriger, in unserem Fall Oberstleutnant Jürgen Rose, eine Laudatio auf einen Ossietzky-Medaillen-Träger gehalten, der Soldat ist. Wir betreten hier also Neuland. Doch wir zeichnen nicht den Soldaten aus, der kein Pazifist oder Antimilitarist sein kann, sondern wir ehren ausdrücklich den Widerständigen, den gewissenhaften Befehlsverweigerer in Uniform.

Denn Florian Pfaff hat sich während des Angriffskriegs gegen den Irak standhaft geweigert, Beihilfe zu diesem Völkerrechtsverbrechen zu leisten. Zur Begründung hat er angeführt, er könne es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren, Befehle zu befolgen, die geeignet seien, die völkerrechtswidrigen Kriegshandlungen im Irak zu unterstützen. Wörtlich: „Ich beteilige mich nicht an einem Verbrechen, auch nicht auf Befehl“. Das ist – so widersprüchlich es auch immer klingen mag - Zivilcourage im Militär. Zur Erinnerung: Die rot-grüne Bundesregierung, die eine Beteiligung an der „Koalition der Willigen“ abgelehnt hatte, zeigte sich gegenüber den USA dennoch willfährig: Mit Überflugrechten, Awacs-Aufklärungsflügen und Logistikhilfe leistete sie tatkräftige Unterstützung und Beihilfe zum völkerrechtswidrigen Irakkrieg mit seinen verheerenden Folgen, in dessen Verlauf bis heute Hunderttausende Zivilisten sterben mussten. Völkerrechtswidrig handelt auch derjenige Staat, der den militärischen Aggressor in seinem völkerrechtswidrigen Tun unterstützt.

Wegen seiner Gehorsamsverweigerung warf die militärische Führung Florian Pfaffe eine schwere Dienstpflichtverletzung vor: Er wurde kriminalisiert, degradiert und psychiatrisiert, musste sich also einer Untersuchung seines Geisteszustandes unterziehen lassen. Das Truppengericht segnete seine Degradierung ab, weshalb Florian Pfaff vor das Bundesverwaltungsgericht zog - und Recht bekam: Der 2. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichts sprach den Major mit einem denkwürdigen Urteil vom Vorwurf der rechtswidrigen Befehlsverweigerung frei und rehabilitierte ihn. Soldaten dürften den Befehl verweigern, wenn sie sonst gegen das „völkerrechtliche Gewaltverbot“ oder gegen die Menschenwürde verstoßen würden, oder wenn sie die Befehlsausführung nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können. Auf eine Rehabilitierung durch Verteidigungsministerium und Bundeswehr wartet Florian Pfaff bis heute.“ (Rolf Gässner für die ‚Internationale Liga für Menschenrechte‘)

Major Florian Pfaff Befehlsverweigerer in Uniform

Dankesrede anlässlich der Verleihung der Carl-von-Ossietzky-Medaille am 10. Dezember 2006

Sehr geehrter Herr Dr. Rolf Gössner,
liebe Anwesende,

meinen ganz herzlichen Dank an die Internationale Liga für Menschenrechte, dass Sie sich entschieden haben, auch mich mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille auszuzeichnen. Dies ist für mich eine ganz besondere Ehre. Vielen Dank auch an Jürgen Rose für die Laudatio, aber ich habe nur meine Pflicht als Soldat und Christ getan. Sie belohnen nicht nur meine damalige Entscheidung zugunsten meines Dienstes, sondern bewirken damit auch, dass meine persönliche Meinung, meine Anklage gegen die fatalen Zustände, öffentlicher wird...

Die Drohungen gegen mich mit Entlassung bzw. Degradierung musste ich damals zwar sehr ernst nehmen, nicht aber die Verkünder selbst, also nur ihre Macht, nur ihre Uniform. Vorsätzliche Nötigung genügt natürlich nicht, mich mit Respekt zu erfüllen und Gutes zu reden über diese Leute, die mir einreden wollten, ich selbst solle nicht mehr prü-

fen, ob ich an Verbrechen beteiligt bin. Indem meine damaligen Vorgesetzten von mir verlangten wegzusehen, haben sie ja nicht nur den Irak-Krieg begünstigt, der schon damals nach der herrschenden juristischen Meinung in Deutschland ein ungesetzlicher Angriffskrieg war. Diese Leute haben durch die Aufforderung, das Gesetz zu ignorieren, sogar offen zu erkennen gegeben, dass sie den Irak-Krieg für ein Verbrechen halten. Wer nämlich glaubt, nur Gutes abzuverlangen, der sagt wohl nicht: „Schauen Sie weg, denken Sie nicht darüber nach!“ - Er wird stattdessen sagen: „Sehen Sie doch her, hören Sie doch zu!“ Meinen Vorgesetzten war also nachweislich bewusst, dass zumindest ich zum richtigen Ergebnis kommen werde, wenn ich die Rechtslage (wie gesetzlich vorgeschrieben) prüfe. Auch der so genannte Rechtsberater, der mich einseitig beriet, hatte auf meine Frage, was denn passiere, wenn ich mich bis zuletzt konsequent an das Recht halte, nicht mitmache und vor Gericht Recht bekomme, geantwortet: „Dann sind Sie

ein Held“. Er wusste, wie Rechtstreue wirkt. Wäre er von der Verwerflichkeit meines Handelns ausgegangen, hätte doch auch er anders geantwortet, z.B.: „Sie können gar nicht Recht bekommen, weil dieser Krieg sauber ist.“ Alle wussten wohl, dass solche Kriege ein Verbrechen sind, dass nur Macht gegen Recht und Moral stand. Hätte ich mich nach solcher Klärung der Lage etwa zum Mörder machen sollen, nur weil das möglicherweise bequemer gewesen wäre? Sicher nicht. Man braucht wohl ausserdem nicht sonderlich viel Mut in einem Rechtsstaat, in dem man auf relativ unabhängige Gerichte vertrauen kann, in dem man als Kritiker normalerweise nicht zum Krüppel geprügelt wird, nicht vergiftet und auch nicht ohne Anwalt anonym in eine Geheimdienstvollzugsanstalt verschleppt und gefoltert wird. Ich bin somit kein Held, zwar ein rechtstreuer und gottesfürchtiger Soldat des alten Europa - aber kein Soldatmörder...

Es ist auf der anderen Seite sehr schade,

dass der Verteidigungsminister ein Papier herausgegeben hat, das Richterschele betreibt, mir unterstellt, ich hätte keine existentiellen Gewissensgründe gehabt, und sogar in völlig abstruser Weise von mir verlangt, ich solle auch im Fall befohlener völkerrechtswidriger Angriffskriege gehorchen, anstatt nach dem letztinstanzlichen Urteil nun einzugestehen, dass ich ein Gewissen hatte, haben durfte, und dass es Vorrang vor solchen ungesetzlichen Kriegen hat. Nach unserem Grundgesetz ist die Würde des Menschen unantastbar. Dass meine Würde mit Füßen getreten und ich als schlechter Soldat hingestellt werde, ist dabei noch relativ harmlos. Dass alle einfachen Soldaten auch in ungesetzlichen Angriffskriegen gehorchen sollen, halte ich jedoch für einen gravierenden Fehler, sogar für ein Verbrechen. Auf Befehl in Angriffskriege wie den Irak-Krieg zu folgen - nicht weniger verlangt das Ministerium in Fällen wie dem meinen noch heute - heißt doch vor allem, dass das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, also elementare Menschenrechte, einfach geopfert werden soll. In dem durch die USA im Irak ausgelösten Krieg heißt das inzwischen mehr als 500.000 Tote und noch viel mehr Gefolterte und Verstümmelte. Die Iraker sind offenbar ein Problem. Keine Iraker sind für die Bush-Administration offenbar kein Problem. Wo bleibt da die Bindung an Recht und Gesetz? Soll weltweiter Angriff aufgrund von Lügen zur Demokratie führen? Ich verstehe etwas anderes unter Demokratie, vor allem bei uns, wo der Friede das Wahlversprechen war und ein Anteil der Bevölkerung irgendwo zwischen 90 und 99 Prozent die Beteiligung an solchen Verbrechen als Mittel zum vermeintlichen Wohl ablehnte.

Wir Soldaten haben früher gelernt, das Völkerrecht habe Vorrang vor nationalen Befehlen. Nach dem Völkerrecht war der Irak-Krieg verboten. Ist ein Angriff nur auf Grund von Interessen, aber ohne zuvor selbst angegriffen worden zu sein, nun Bürgerpflicht, oder bleibt er, auch wenn ein Bündnispartner darum bittet, Mord und Totschlag? Das bleibt Mord - und zwar auch dann, wenn wir glauben, keine Angst mehr haben zu müssen, unmittelbar in einen Krieg verwickelt zu werden, weil wir den Angegriffenen etwa für relativ schwach halten.

Mord und Totschlag sind immer verwerflich, auch ohne für sich selbst

Nachteile befürchten zu müssen. Dabei sehen wir doch bereits deutlich die Folgen: Wir können inzwischen nicht einmal mehr mit einer Tüte Milch in ein Flugzeug steigen. Unsere Freiheit geht verloren. Von Recht und Moral, dem Fundament unserer Gesellschaft, ganz zu schweigen.

Dies nicht, weil uns ein Militärpakt bedrohen würde, sondern nur, weil wir den Terror der Starken gegen die Schwachen unterstützen und nun zu Recht fürchten, dass der Krieg der Schwachen gegen die Starken, den wir in Form von Terror zurück erhalten (siehe Madrid, London usw.), allmählich auch uns vermehrt trifft - weil wir immer weiter hineinschlittern.

Was soll die Entmenschlichung von Gefangenen und die Bewachung von Foltergefängnissen durch deutsche Soldaten? Will die Bundesregierung etwa als nächstes die Pflicht zur Eroberung unserer Rohstoffe in Artikel 3 des NATO-Vertrags festschreiben lassen oder vielleicht einfach nur nichts wissen wollen, was ja auch eine Methode ist, Kriegsverbrechen wie in Falludscha zu begünstigen? Man kann dann ganz in Ruhe die Bomber weiter betanken.

Wir diskutieren inzwischen ganz offen, ob wir den Iran konventionell oder atomar angreifen sollten, weil es ja sein könnte, dass er irgendwann das gleiche Recht fordert, das sich andere in der Region, wie Israel, Indien oder Pakistan schon herausgenommen haben.

Nach dem Willen eines unserer Minister sollten Foltergeständnisse legal verwertbar werden. Das versteht er offenbar unter Menschenrechten. Wer nun glaubt, das Bundesamt für Verfassungsschutz werde unser Grundgesetz hüten, der wird feststellen müssen, dass dort auch schon die Heinzelmännchen sitzen, die am Gesetz sägen. Sogar der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz lehnte sich kürzlich aufgrund der herbeigebombten Bedrohungslage aus dem Fenster für eine Legalisierung der Verwendung von rechtswidrig und unmenschlich gepressten - natürlich damit auch falschen - Geständnissen.

Wer Folter grundsätzlich verwenden will, ist ein kleiner Perverser - und ein dümmlischer dazu, der das Signal aussendet, er sei ansonsten hilflos und am Ende. Damit erklären solche Leute nur

ihren intellektuellen und moralischen Bankrott. Lassen Sie uns den Teufelskreis aus Menschenverachtung und gleichermaßen rechtswidrigen und unmoralischen Folgen durchbrechen! Mit so einem Apparat, der den Rechtsbruch der Mächtigen besser zu schützen scheint als das Recht der Schwachen, der sich vorbehalten, auch dort einen sogenannten Kreuzzug zu führen, wo er nicht bedroht war, für den die Verteidigung von Interessen das Recht einschließt, seine Soldaten auch zu Angriffskriegen zu zwingen, ist bei Licht betrachtet doch auf Dauer kein Staat zu machen. Glauben wir nicht den falschen Propheten. Wir sind stark und zahlreich genug. In Deutschland sind wir mehr als 90%. Nicht nur das Recht, auch die Moral ist zudem ganz auf unserer Seite. Die USA setzen nach ihrem "stopp loss"-Gesetz inzwischen sogar zwangsweise Soldaten in ihrem Krieg ein, wenn Sie so wollen "Kampfsklaven". Selbst das nützt ihnen nichts. Sie ernten nur immer mehr Widerstand. Wo keine Flächenbombardements erfolgen und keine Hochzeitsgesellschaften in die Luft gesprengt werden, nur weil ein Terrorist darunter sein könnte, gibt es dagegen viel weniger Widerstand. Nicht Machtausübung, Verfehlung und Terror führen zum Frieden. Nein. Gerechtigkeit, Freundschaft und Friede verringern den Terror. Machen wir also die Lüge zum ersten Opfer im Frieden! Handeln wir konsequent!

Ich fordere alle Bürger auf, künftig nur noch Parteien zu wählen, die sich nicht an Angriffskriegen beteiligt haben und dies für die Zukunft auch ausdrücklich ausschließen. Ich bitte alle meine Kameraden: Verweigern Sie alle Befehle zur Mithilfe an Angriffskriegen. Angriff ist immer abzulehnen. Dass die Vorbereitung von Angriffskriegen verboten ist, geben die Kriegstreiber ja selbst zu. Glauben Sie nicht den unverbindlichen Lügen, Sie müssten an bereits begonnenen oder durch Sie nicht vorbereiteten Verbrechen als Kombattant mitwirken. Beteiligen Sie sich nicht einmal an der Diskussion, ein anderes Land zu überfallen, ohne dass dieses zuvor den Frieden gebrochen hat. Ich jedenfalls antworte denen, die mich zwingen wollen, auch an Angriffskriegen wie dem Irak-Krieg mitzuwirken, Leuten, die ich unumwunden "Verbrecher" nenne, nur: "Nein - Der Friede sei mit Ihnen!" Allen Übrigen rufe ich dagegen zu: "Ja - Der Friede sei mit Ihnen! - Vielen Dank!"

Kerstin Sack

ALBA – Solidarische Ökonomie durch Verträge zwischen Staaten

Unter dem Label „Transfair“ gibt es hierzulande Produkte aus Ländern des Südens, die vor allem von hergestellt werden und den Produzenten Preise über den Weltmarktpreisen anbieten. Außerdem wird über Arbeitsbedingungen z.B. der Maquiladora-Arbeiterinnen aufgeklärt und sich für soziale Standards eingesetzt. Diese Form des **Fairen Handels** setzt bei Produzenten und Verbrauchern an. In den letzten Jahren wurde hier vor allem die „Clean Cloth“ Kampagne bekannt.

Auf einer ganz anderen Ebene setzen einige Regierungen an, die grundsätzlichen ökonomischen **Strukturen** verändern wollen. Diese sind mehr oder weniger radikal und treten vor allem bei den WTO Verhandlungen gemeinsam auf und nahmen bei dem letzten Treffen der ehemals Blockfreien einen neuen Anlauf für gemeinsame Projekte. Sie wenden sich gegen die Freihandelsprediger, die den Ländern des Südens Auflagen machen wollen, damit sie ihre Märkte für die Konzerne des Nordens öffnen.

In Lateinamerika war dies der Versuch der USA durch eine gesamtamerikanische Freihandelszone (**ALCA**), sich die Konkurrenzfähigkeit gegen Europa und Japan zu sichern. Schien dieses von Clinton begonnene Projekt Anfang 2000 noch realistisch, ist es zur Zeit nicht durchsetzbar. Eine breite Bewegung in verschiedenen Ländern und Regierungen, die die neoliberalen Doktrinen nicht mehr akzeptieren wollen, hat das Projekt gestoppt. Beim Ibero-Amerikanischen Gipfel in Mar de Plata erklärte Hugo Chavez, Präsident von Venezuela, das Projekt für „beerdigt“.

Als Gegenprojekt entstand „**ALBA**“, die Morgenröte – Bolivarische Alternative für die Amerikas. Zunächst ein theoretisches Projekt, das die Diskussionen über Alternativen angeregt hat, fanden zahlreiche Treffen in verschiedenen Ländern Lateinamerikas statt, die Alternativen diskutierten. Beteiligt waren Soziale Bewegungen, Wissenschaftler und Parlamentarier aus verschiedenen Ländern. ALBA ist ein Prozess, der Stück für Stück Elemente einer neuen Form der Kooperation zwischen Ländern aufbaut. Nahziel ist die Integration Lateinamerikas, Fernziel eine neue Weltwirtschaftsordnung, die den Ländern des Südens eine eigenständige Entwicklung und eine gerechtere Welt ermöglichen soll. Das Projekt ist also sehr ambitioniert und hört sich schon fast größtenwahnsinnig an. Aber jede Veränderung braucht Visionen, und diejen-

gen die sich am Anfang lustig gemacht haben über dieses Projekt, sehen nun, dass durchaus interessante Ansätze entstanden sind, die zwar keine Revolution darstellen, aber doch neue Entwicklungswege aufzeigen.

ALBA I Verträge zwischen Cuba-Venezuela- Bolivien

Die Grundlagen für die neuen Beziehungen sind: **Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität** zwischen den Vertragspartnern. ALBA baut von daher auf:

1. **Komplementation** - gegenseitiger Austausch von Waren und Dienstleistungen, die der andere Partner nicht besitzt
2. **Kooperation** – gegenseitiger Austausch von Wissen, Technologien etc.
3. **Solidarität** – Solidarische / gerechte Preise
4. **Gegenseitigen Respekt der Selbstbestimmung** – keine politischen oder wirtschaftlichen Auflagen, wie dies der IWF/Weltbank etc. tun

Begonnen haben die Vereinbarungen zwischen Venezuela und Cuba, die sich politisch sehr nahe stehen. Nach dem Sieg von Evo Morales trat Bolivien im Frühjahr 2006 dem Bündnis mit der Unterzeichnung der „Handelsvertrag der Völker“ bei. Venezuela verfügt über Erdöl, was dem rohstoffarmen Cuba fehlt. Dessen Energieprobleme hatte die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahren stark behindert. Cuba wiederum verfügt über besondere Qualitäten im Bereich Bildung und Gesundheitswesen. Cuba und Venezuela tauschen Erdöl gegen Lehrer und Ärzte. Dies hat für Cuba den Vorteil, dass sie dieses Öl nicht für Devisen kaufen müssen, und so weniger für den Export wirtschaften müssen. Diese Kapazitäten können so besser für die Produktion für den Binnenmarkt genutzt werden. Die ALBA Vereinbarungen gehen aber über dieses Tauschgeschäft hinaus

In den Vereinbarungen sind zahlreiche Projekte aufgezählt, die sich auf Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen, wie zum Beispiel Technologie- und Wissenstransfer, beziehen. So hat Bolivien Kenntnisse über den Nutzen von Heilpflanzen, während Cuba seine Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich des Energiesparens einbringt. Diejenigen, die über Energieresourcen verfügen, tragen diese bei, während Cuba und Bolivien sich verpflichten z.B. Nahrungsmittel zu kaufen, die Bolivien

nicht mehr bei ihren bisherigen Abnehmern verkaufen kann, weil sie sich nicht auf die bilateralen Vereinbarungen mit den USA einlassen (TLC). Dies sind notwendige Mechanismen, da die USA bisher immer ökonomischen Druck ausüben konnte und die Länder nicht gemeinsam gehandelt haben. Um aber eine eigenständige Entwicklung zu ermöglichen, müssen Grundlagen geschaffen werden, die die Erpressbarkeit abschaffen.

Bisherige Projekte:

Barrio Adentro Gesundheitsversorgung in Armenvierteln
Mision Robinson I+II Alphabetisierung (*yo, si puedo*), Grundschulabschluss
Mision Ribas Bildung für Erwachsene
Mision Sucre Hochschulbildung
Vuelvan Caras Kooperativenförderung
Mision Milagro Augenoperationen

Hinzu kommen: Joint Ventures, Gegenseitige Steuerfreiheit, Banken in den jeweiligen Ländern, Wissenschaftlicher und kultureller Austausch, Kooperation im Sport, Handel verschiedener Produkte und Infrastrukturprojekte (Ausbau der Raffinerie in Cienfuegos in Cuba durch Venezuela, Telekommunikation, Straßenbau, Wohnungsbau).

Die Projekte scheinen auf den ersten Blick nicht besonders „revolutionär“ zu sein. Aber wenn man bedenkt, dass bisher große Teile der Bevölkerungen als „Ausgeschlossene“ keinen Zugang zu Bildung und Gesundheitssystem hatten, ist dies für die betroffenen Menschen eine sehr große Veränderung.

Auf der internationalen Finanzebene sind diese Verträge nicht zu unterschätzen, da es für die Finanzmärkte schon von großer Bedeutung ist, ob die Länder ihre Geschäfte über ausländische Banken in Dollar realisieren, oder ob sie diese Institution durch „Tauschgeschäfte“ ausschalten. Wenn dies Schule machen sollte, hätte das Auswirkungen größeren Ausmaßes auf diese Märkte.

Die Verträge erinnern etwas an den RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe), der auch die Spezialisierungen der einzelnen Länder nutzte und die Produkte innerhalb des RGW tauschte. Der Unterschied liegt darin, dass - vielleicht aufgrund der (traumatischen) Erfahrungen Cubas nach dem Zusammenbruch des RGW - die Länder großen Wert auf eine starke Entwicklung der **Binnenwirtschaft** legen, vor allem bei der Produktion von Nahrungsmitteln; dass die Länder auf gleicher Augenhöhe agieren

und dass keine politischen Auflagen gemacht werden.

ALBA 2

Verträge und Projekte auf bi- und multilateraler Ebene

Nicht alle Länder Lateinamerikas sind so offen für diese Vorschläge, auch wenn sie linke bzw. progressive Regierungen haben. Aber es gibt einige Projekte, die Grundlage für neue wirtschaftliche und andere Beziehungen sein können.

Energie

Im Energiesektor finden verschiedene Kooperationen statt. Venezuela bietet den Ländern Lateinamerikas und der Karibik die Lieferung von Öl zu günstigeren Bedingungen an, 12 Länder gehören jetzt schon **Petro Caribe**. Angestrebt wird aber ein noch größeres Netz im **Petrosur**. Nicht nur Öllieferungen sind hierin enthalten, sondern auch der Aufbau von Infrastruktur, wie der Bau des Gaseoductos, einer Pipeline, die verschiedene Länder verbinden soll.

Geld

Die Länder Lateinamerikas leiden unter hoher Verschuldung und Abhängigkeiten des IWF und der Weltbank, die die Länder gezwungen haben, neoliberale Konzepte umzusetzen, wie z.B. die massenhafte Privatisierung staatlicher Unternehmen. Argentinien und Brasilien konnten mit finanzieller Unterstützung Venezuelas ihre Kredite beim IWF zurückzahlen, was ihnen nicht nur mehr Spielraum im Handeln eröffnet, sondern auch noch den IWF in eine ökonomische Krise gestürzt hat. Geplant ist eine Regionale Bank **Banco de Sur**, die den Ländern die Finanzierung von Projekten ermöglichen soll.

Information und Kommunikation

Die Massenmedien in Lateinamerika sind überwiegend in privater Hand und die Informationen werden dominiert von Sendern wie CNN (den es auf spanisch gibt für La-

teinamerika). Seit über einem Jahr gibt es nun **Telesur**, ein Fernsehsender, der rund um die Uhr sendet, von verschiedenen Ländern getragen wird und bei dem die besten Journalisten und Kulturschaffenden Lateinamerikas engagiert sind (über Internet auch hier zu empfangen).

Anlässlich der Buchmesse in Venezuela haben Cuba und Venezuela das *Casa de ALBA*, ein Kulturunternehmen zum Vertrieb von Musik, Literatur und Handwerk aus Lateinamerika als Verlag und Musiklabel gegründet.

Ergänzt wird diese Infrastruktur durch eigene Satelliten. So ist ein Satellit „Simon Bolivar“ installiert worden, der durch weitere ergänzt werden soll.

ALBA 3

Nicht nur in Lateinamerika

Die bisherigen Projekte können Möglichkeiten aufzeigen und, wenn sie Erfolg haben, kann ein Prozeß ausgelöst werden, der darin besteht, dass andere Länder diesen Beispielen folgen. Voraussetzung sind allerdings Regierungen, die Interesse haben, eine andere Politik zu machen und nicht selber Teil des Systems sind, das die Einteilung der Welt in Arme und Reiche hervorruft. Beim Afrikanischen Gipfel in diesem Jahr haben schon einige Länder Interesse bekommen, sich an einer Bank des Südens zu beteiligen. Und auch das Alphabetisierungsprogramm Cubas, das gerade von der UNESCO ausgezeichnet wurde, löst großes Interesse aus und wird demnächst in einigen Ländern Afrikas umgesetzt werden.

Damit könnten die Länder des Südens ein größeres Selbstbewusstsein entwickeln und mehr auf eigenständige Entwicklung setzen, anstatt auf die Almosen des Nordens zu warten, die oft genug mehr in deren Interessen sind als im Interesse der Länder des Südens.

Die Aktivitäten der Regierungen können rein mengenmäßig die Probleme von Armut und sozialer Ungerechtigkeit **auf einer strukturellen Ebene** lösen und damit mehr Menschen erreichen, als es die projektbezogenen „Fair Trade“ Projekte tun (auch wenn sie gut gemeint sind und schon vielen geholfen haben). Für die Bekämpfung der Armut ist aber mehr erforderlich als Projekte auf der Ebene von „Fair Trade“. Gerechte Handelsbeziehungen und Entwicklungen von neuen Formen der Zusammenarbeit sind notwendig. Eine Unterstützung der ALBA und anderen Projekten durch die „Fair Trade“ Bewegung wäre wünschenswert.

ALBA ist ein politisches Projekt, das nicht mehr und nicht weniger zum Ziel hat als eine neue Weltwirtschaftsordnung, ohne IWF und Weltbank. Voraussetzung für dieses Projekt sind Regierungen, die über eine **ökonomische Handlungsfähigkeit** verfügen, wie dies in den Ländern Cuba, Venezuela und Bolivien inzwischen der Fall ist, wo u. a. die **natürlichen Ressourcen wieder in staatliche Händen sind und so für die soziale Entwicklungen genutzt werden können**.

Das lässt sich nicht vereinbaren mit den neoliberalen Doktrinen der freien Märkte, in denen der Staat nur den Handlungsrahmen für die „gute“ Arbeit der Unternehmen sicherstellt und sich ansonsten – angeblich – aus dem Wirtschaftsleben einschließlich der Daseinsfürsorge heraus hält.

Von daher wird auf der internationalen Ebene die Entwicklung in LA mit großem Interesse beobachtet, da die neoliberale Politik die Verwirklichung der „Millenniumsziele“ wohl kaum erreichen kann, während die Länder des Südens möglicherweise bessere Rezepte entwickeln.

(Vortrag auf dem Kongress „Solidarische Ökonomie“ in Berlin, November 2006)

Christa Wichterich

Sozialer Frieden durch Kleinkredite!?

*Der diesjährige Friedensnobelpreis geht an **Muhammed Yunus** für seine Erfindung der Mikro-Kredite für arme Frauen. Als entwicklungspolitisches Instrument zur Integration von Frauen aus den Dörfern in die neoliberale Markt- und Finanzökonomie haben die kleinen Kredite eine große Wirkung und einen erstaunlichen Multiplikationseffekt gehabt. Als Allheilmittel gegen Armut und Frauenunterdrückung sind sie allerdings ein Täuschungsmanöver meint Christa Wichterich.*

Muhammed Yunus hatte in den 1970er Jahren eine Idee: wenn die armen Frauen in den Dörfern Bangladeshs nicht zur Bank gehen können, dann muss die Bank eben zu ihnen in die Dörfer gehen. Diese Idee war der Grundstein für ein inzwischen in der Entwicklungspolitik vielfach kopiertes Modell: **Mikrokredite** für arme Frauen, in Ländern des Südens, neuerdings verstärkt in Osteuropa, aber auch im Norden. Yunus, ein integrierender Ökonom, wollte den Frauen mit den Mikro-Finanzierungsprogrammen zur Selbstbe-

freiung aus Armut und Unterdrückung verhelfen.

In welchem Umfang dies gelang, ist zweifelhaft. Was dagegen rundum gelang, war die Integration von Millionen armen Frauen durch Mini-Darlehen in die modernen Finanzdienstleistungssysteme.

Yunus Idee und die Kreditangebote seiner Grameen-Bank waren in viele Richtungen anschlussfähig und wurden von nahezu allen Entwicklungsakteuren begeistert aufgenommen. Sie entsprachen feministi-

schen Forderungen, dass es ohne Zugang von Frauen zu produktiven Ressourcen kein Empowerment geben könne und dass Frauen als Schlüsselgestalten in Entwicklungsprozessen und im Armutsmanagement gestärkt werden müssen. Die Grameen-Bank verzichtete auf die sonst üblichen Sicherheiten. Sie half der viel gepriesenen Rückzahlungsmoral der Frauen durch die Kreditvergabe an eine Gruppe und deren Druck nach. Damit verband sie auch die Einübung der Frauen in die marktökonomische Disziplin und eine Modernisierung der Frauenrolle: bei jedem Treffen stehen die Frauen zum Appell stramm und wiederholen im Sprechchor ihr Gruppengelöbnis: die Gruppe bürgt nicht nur für die Kreditrückzahlung mit stattlichen effektiven Zinsen von 25 %, sie verpflichtet sich auch, sich als Entwicklungsakteurin im Dorf zu betätigen, das Darlehen produktiv zur Erwirtschaftung eines Einkommens und für Konsum zu nutzen, zu sparen, Familienplanung zu betreiben, die Kinder zur Schule zu schicken usw.

Zwillingshaft verkoppelt mit dem Konzept der Mikrofinanzierung unter Verzicht auf sonst übliche Sicherheiten ist das **Konzept des Kleinunternehmertums**, d.h. der wirtschaftlichen Eigeninitiative. Beide Mikro-Ansätze sollen eine Makrowirkung haben, nämlich den Frauen ermöglichen, sich am eigenen Schopf aus der Armut zu ziehen.

Die gesamte Entwicklungsindustrie mit der Weltbank an der Spitze nahm den Geniestreich des Professors aus Bangladesh auf, blies ihn zu milliardenschweren flächendeckenden Programmen auf und erklärte ihn zum universellen Wundermittel gegen die Armut. Über denn Kleinkreditmechanismus werden große Summen in die Länder gepumpt, sodass aus den als bottom-up konzipierten Programmen gigantische top-down-Programme wurden.

Mit der Behauptung, es gäbe ein „Menschenrecht auf Kredit“ verknüpfte Yunus sodann das Menschenrechtsparadigma der Vereinten Nationen mit der modernen Finanzwirtschaft und dem neoliberalen Mainstream. Die Kredite sollen eine Brücke schlagen zwischen den Mikro- und den Makrofinanzmärkten. Yunus fordert explizit, dass große Banken und Fondsgesellschaften in das kommerzielle Geschäft mit den Kleinkrediten einsteigen sollen.

Regierungen übernahmen das Konzept

freudig als Entlastungsprogramm, um sich aus der Verantwortung für soziale Aufgaben, Umverteilung und direkte Armutsbekämpfung zurückziehen und ein Gros der Verantwortung an die hochgradig motivierten Frauen und ihre „Eigeninitiative“ übergeben zu können. Mit ihren Kleinkrediten stehen die Frauen zudem gerade, wenn die Regierungen Großkredite von der Weltbank und anderen für Mikrofinanzierung beziehen. Die Verschuldung inklusive der Wechselkursschwankungen wird an die Frauen weitergereicht.

Jubelberichte darüber, dass Kleinkredite auf geradem Wege Kleinunternehmertum, Armutsbeseitigung und Wachstum fördern würden, führten dazu, dass 1997 ein Mikrokredit-Gipfel veranstaltet und 2005 von den UN zum „Internationalen Jahr des Mikrokredits“ ausgerufen wurde. Grameen-Bank, so das Wallstreet Journal, sei zu einem Symbol geworden „dass der Kapitalismus ebenso für die Armen funktionieren kann wie für die Reichen.“ (27.11.2001)

Kleinkreditprogramme, so 1997 der damalige Weltbank-Chef Wolfensohn, sind der „Business-Ansatz zur Armutsbekämpfung.“ Business sollen die Frauen durch – wie es im Entwicklungsjargon heißt – „einkommenschaffende Tätigkeiten“ machen. Business macht inzwischen vor allem aber mit vielen kleinen Krediten für viele rückzahlungstreue Frauen der gesamte Bankensektor, zunehmend auch der private – nach dem Motto „viel Kleinvieh macht auch Mist“.

Zeitgleich mit der Ausweitung der Programme und den Erfolgsmeldungen entstand im Laufe der Jahre eine wahre Lawine von differenzierenden **kritischen Studien**, die an dem Mythos der Kredite als Allheilmittel zur Armutsüberwindung, Selbsthilfe und zum Frauenempowerment rüttelten.

Die Allerärmsten werden nicht erreicht; je ärmer die Frauen, desto weniger verbessert der Kleinkredit ihre wirtschaftliche Situation; für Kleinbäuerinnen ist die Laufzeit zu kurz; für nicht ganz arme Frauen sind die Kredite als Startkapital für ein Geschäft zu klein. Die Ungleichheiten sind eben auch vor dem Kredit nicht ganz gleich.

Deutlich schaffen die Darlehen eine neue Frauenrolle in den Familien: eine „gute“ Frau ist Beschafferin von Geld; dies beanspruchen die Männer dann häufig für ihre eigenen Zwecke. Oft werden Kredite für Notfälle, vor allem für Medikamente ausgegeben oder konsumtiv genutzt. Die Frauen verschulden sich erneut bei den

lokalen Wucherern, um pünktlich zurückzahlen und geraten wiederholt in eine Verschuldungsspirale. Um Umfeld der Grameen-Bank – und nicht nur dort – nahm die Gewalt gegen Frauen zu, weil Männer mit der neuen Frauenrolle nicht fertig werden. Die Frauen aber sind hoffnungslos überfordert mit all den Entwicklungsaufgaben, die sie übernehmen sollen, auch wenn sie sich durch die Zuschreibungen in ihrem Selbstwertgefühl bestätigt und insgesamt empowert fühlen.

Tatsächlich sind Mikrokreditprogramme ein Instrument zur massenhaften Mobilisierung von Frauen. Tatsächlich hilft Mikrofinanzierung, wenn sie mit Trainingsprogrammen einhergeht, vielen Frauen, die Armut besser zu managen, und einigen auch, die Armutsgrenze zu überschreiten. Frauen bringen erstmals einen Gewinn in die Familie ein, sind sichtbar im Dorf, finden mehr Anerkennung und Selbstvertrauen, kontaktieren Behörden und öffentliche Einrichtungen. Doch diese Möglichkeitsstrukturen sind abhängig von den Macht- und Abhängigkeitsstrukturen in den Familien und Dörfern.

All diese **ambivalenten Wirkungen** und die Erwartung, dass die Armen sich mit eigenen Kräften aus der Armut befreien können, **lassen die soziale Ungleichheit und die Mechanismen, die Armut erzeugen, unangetastet**.

Die Politisierung der Geschlechter- und der Klassenfrage verschwindet im Windkanal des Marktzugangs. Soziale Mobilisierung erfolgt nicht mehr um die Ressourcenfragen: wem gehört das Land, das Wasser, das Saatgut, der Körper der Frauen, die Arbeit der Frauen, die Macht im Dorf? Die Armen kämpfen nicht mehr für Umverteilung und gegen Klassen- und Kastenschranken. Alles reduziert sich auf die Frage: wer bringt einen Kredit nach Hause? **Der Kredit entpolitisiert die existentielle Frage des Überlebens** und ökonomisiert sie in marktangepasster Form. Mit dieser Entpolitisierung leisten Kleinkredite tatsächlich einen Beitrag zu sozialem Frieden und Konfliktvermeidung, indem sie die Armen mit kleinen Gaben befrieden und die Frauen mit einer Portion Empowerment aussöhnen und in die Lage versetzen, durch Selbsthilfe mit der Armut besser fertig zu werden.

Siehe zur Kritik von Mikrokrediten auch: Batliwala, Srilatha/Dhanraj, Deepa (2006): Gender-Mythen, die Frauen instrumentalisieren, in: Peripherie 103, 373-385

Internationale Steuern

Beilage der Arbeitsgruppe „Internationale Steuern“ von Attac Deutschland

Peter Wahl	Politische Perspektiven internationaler Steuern
Stephen Spratt	Die Euro-Lösung. Eine Abgabe auf Euro-Transaktionen zur Finanzierung internationaler Entwicklung
Nicola Liebert	Für mehr Steuergerechtigkeit bei der Unternehmensbesteuerung. Wie das Steuersystem die Umverteilung von unten nach oben befördert
Silke Ötsch	Die Pille gegen Erdbeben: Internationale Umweltsteuern
Detlev von Larcher	Das Konzept der Solidarischen Einfachsteuer (SES)
Franz Gall	Der Steuerwettbewerb ruiniert den Sozialstaat

Lektorat: Manfred Bartl

www.attac.de/internationale-steuern/neu

Peter Wahl

Politische Perspektiven internationaler Steuern

Als die Idee internationaler Steuerung 1996 durch die UNDP in die Debatte geworfen wurde, gab es nicht nur heftige Reaktionen, sondern das Ganze wurde als utopisch angesehen.

Am 1. Juli 2006 hat Frankreich als erstes Land die Flugticketsteuer eingeführt. Weitere folgen. Als Steuer ist die Flugticketabgabe ein bescheidenes Projekt. Das Aufkommen ist gering und die Lenkungswirkung liegt nahe Null. Aber politisch war dieser Schritt ein Durchbruch. In nur zehn Jahren hat sich ein neuartiges Regulierungsinstrument von der Utopie zur Wirklichkeit entwickelt.

Chancen für internationale Steuern nehmen zu

Vieles deutet darauf hin, dass sich das Konzept internationaler Besteuerung auf Dauer durchsetzen wird. So gibt es seit 2004 eine unübersehbare Verdichtung der Diskussion über sog. innovative Finanzierungsinstrumente, darunter über internationale Steuern. Die Forderung nach Innovation wird nicht mehr nur aus der Zivilgesellschaft, von kritischen Wissenschaftlern und linken Politikern und Parteien erhoben. Eine neue Qualität ist vielmehr,

- mit dem Beschluss des belgi-

schen Parlaments erstmals ein Gesetz für eine Devisentransaktionssteuer (engl.: Currency Transaction Tax – CTT) vorliegt;

- sich mit Chirac und Zapatero erstmals die Staatschefs wichtiger Industrieländer und mit dem brasilianischen Präsidenten Lula eine wichtige Stimme des Südens aktiv für internationale Steuern einsetzen und bereits einen unilateralen Einstieg in das Projekt betreiben;
- eine wachsende Zahl von Studien die Machbarkeit internationaler Steuern bestätigen und damit zur Erhöhung des politischen Drucks beitragen;
- selbst IWF und Weltbank sich der Debatte nicht mehr länger entziehen konnten.

Auch aus einigen sozialen und politischen Großtrends entsteht Druck, neue Finanzierungsquellen zu erschließen.

- **Das entwicklungspolitische Scheitern des Neoliberalismus.** Es lässt sich immer weniger verheimlichen, dass die neoliberale Globalisierung wenige Gewinner, aber sehr viele Verlierer hervorgebracht hat. Bis hinein in den Mainstream ist das Ver-

trauen in den Markt gesunken und auf die in den 90er Jahren vorherrschende Meinung, aus Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung würde sich automatisch Entwicklung ergeben, fallen immer weniger herein. Stattdessen ist immer häufiger von den „Risiken der Globalisierung“ die Rede, ein Euphemismus zwar; dennoch wird daran eine Änderung im Meinungsklima sichtbar. Selbst die Erreichung der MDGs wird unmöglich, wenn nicht neue Geldquellen erschlossen werden, da das Programm aus den traditionellen Quellen der Entwicklungshilfe nicht zu finanzieren ist.

- **Die strukturelle Krise der Staatsfinanzen in den meisten Industrieländern.** Die strukturelle Mittelknappheit der öffentlichen Hände gefährdet inzwischen die materielle und soziale Infrastruktur ernsthaft. Das marode Bildungssystem in der Bundesrepublik ist, wie die PISA-Studien deutlich gemacht haben, eines der augenfälligsten Beispiele. Selbst der CDU-Ministerpräsident von NRW, Rüttgers, hat die Formel „Steuersenkungen für Unternehmen führen zu mehr Arbeitsplätzen“ als Lebenslüge erkannt. Mit der neoliberalen Ideologie vom „schlanken

Staat“ wird das Gemeinwesen regelrecht ausgehungert.

- **Strategische Interessendivergenzen in der G 8.** Die USA haben nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center versucht, die G8 und andere wichtige Akteure der Weltpolitik in ihren globalen „Krieg gegen den Terrorismus“ einzubinden. Spätestens mit dem Irak-Krieg wurde jedoch deutlich, dass weder „Old Europe“ und Russland noch Schwergewichte unter den Schwellenländern wie China, Indien, Brasilien u. a. bereit waren, sich auf Dauer dieser Strategie unterzuordnen. Sie suchen daher nach alternativen Projekten wie dem „Krieg gegen die Armut“.

Diese Form eines „Multilateralismus minus einem“ hat allerdings ihren Preis. Wenn die Strategie glaubwürdig sein soll, ist ein Mindestmaß an materiellen Zugeständnissen unumgänglich. Dies wird dadurch unterstrichen, dass auch die UNO versucht, sich vom US-Krieg gegen den Terror vorsichtig abzusetzen. Im Dezember 2004 legte UN-Generalsekretär Kofi Annan einen Bericht vor, der die weltweiten Bedrohungen und Herausforderungen analysiert. Er verwendet einen Bedrohungs-begriff, aus dem sich andere Prioritäten ergeben, als die Bedrohungsszenarien der US-Strategen. „Jedes Ereignis und jeder Prozess, der zum Tod vieler Menschen oder zur Verringerung von Lebenschancen führt und der die Staaten als das tragende Element des internationalen Systems untergräbt, ist eine Bedrohung der internationalen Sicherheit“

– also auch wirtschaftliche und soziale Bedrohungen einschließlich Armut, Infektionskrankheiten und Umweltzerstörung. Die MDGs werden explizit zum Bestandteil einer umfassenden Sicherheitspolitik erklärt. In dieser strategischen Dimension und ihrer Funktion als Druckmittel liegt auch ihr eigentlicher Wert, nicht in den Zielen an sich.

- **Das wachsende Gewicht der Entwicklungsländer.** Das Scheitern der Handelsrunde der WTO zeigt, dass die Entwicklungsländer nicht mehr bereit sind, sich bedingungslos der Agenda des Nordens unterzuordnen. So ist das weltpolitische Gewicht einiger Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien oder Südafrika stark gewachsen. Das heißt nicht,

dass automatisch die Chancen zur Armutsbekämpfung zunehmen, denn gleichzeitig werden die Differenzierungen unter den Entwicklungsländern vertieft. Vor allem die Gruppe der ärmsten Länder (LDCs) könnte dabei weiter an den Rand gedrängt werden. Dennoch sind die machtpolitischen Rahmenbedingungen gegenüber den hermetischen Verhältnissen der 90er Jahre aufgelockert worden.

- **Die wachsende Bedeutung sozialer Bewegung.** Mit den spektakulären Protesten gegen die WTO in Seattle wurde ein neuer Akteur auf der weltpolitischen Bühne sichtbar: die globalisierungskritische Bewegung. Waren in es bei der Rio-Konferenz mehr oder weniger professionalisierte Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die als Träger von Kritik und Opposition in Erscheinung traten, so geht die neue soziale Bewegung weit darüber hinaus. Die neue Bewegung zeichnet sich dadurch aus, dass sie Massen für Protestaktionen zu mobilisieren vermag, eine beträchtliche Vielfalt unterschiedlicher gesellschaftlicher Sektoren politisch zu bündeln versteht, in einigen Ländern eine beträchtliche Akzeptanz in der Öffentlichkeit besitzt und nicht mehr monothematisch argumentiert, sondern die neoliberale Globalisierung insgesamt in Frage stellt. Mit den Sozialforen auf globaler (Porto Alegre) und regionaler/kontinentaler Ebene bilden sich Ansätze internationaler Handlungsfähigkeit heraus.

Gegenkräfte

Auch wenn günstigere Rahmenbedingungen für die Zukunft internationaler Besteuerung zu erwarten sind, bestehen viele der alten Blockaden fort, so z. B.

- lehnen die USA mit Vehemenz internationale Steuern ab. Zum einen, weil sich die einzige Supermacht nicht ohne Not in einen Multilateralismus einbinden lässt, der mit internationaler Besteuerung einhergehen würde. Steuern zu internationalisieren, würde nämlich auch bedeuten, ein Moment von nationaler Souveränität aufzugeben. Zum anderen ist die Steuerfeindlichkeit in der politischen Kultur der USA traditionell tief verwurzelt und hat eine Basis in der Bevölkerung.
- leisten die Wirtschaft und die ihr verbundenen akademischen Milieus

heftigen Widerstand, weil sie befürchten, dass durch internationale Steuern ihre Profite geschmälert und/oder die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt würde.

- die Komplexität von plurilateralen Vereinbarungen. Auch wenn die politische Bereitschaft zur Etablierung internationaler Steuern oder Abgaben vorhanden ist, ist deren Ausgestaltung schwieriger und langwieriger als innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens.

Dennoch rechtfertigen die positiven Veränderungen in den Rahmenbedingungen den Schluss, dass sich gegenwärtig ein historisches Fenster öffnet, das es zu nutzen gilt.

Internationale Dynamik

Die Vorreiterrolle bei der Durchsetzung internationaler Steuern spielt Frankreich. Der französische Staatspräsident Chirac setzte sich als erster Staatsherr eines Industrielandes aktiv für internationale Steuern zur Entwicklungsfinanzierung ein. Chirac ist die treibende Kraft einer Gruppe, zu der der brasilianische Präsident Lula gehört. Auch der spanische Ministerpräsident Zapatero hat sich inzwischen der Gruppe angeschlossen (*Technische Gruppe für Innovative Finanzierungsmechanismen*, kurz „Lula-Gruppe“). UN-Generalsekretär Annan unterstützt die Gruppe. Einer Resolution der UN-Vollversammlung 2004, in der zur Finanzierung von Entwicklung u. a. auch die Einführung internationaler Steuern gefordert wird, stimmten 115 Staaten zu. Seit Februar 2005 ist auch die Bundesrepublik Mitglied der Gruppe.

Mit der französischen Initiative zur Flugticketsteuer ist neue Dynamik auf dem Weg hin zu internationalen Steuern entstanden. Bei der Konferenz der französischen Regierung 2006 in Paris hat sich über den harten Kern derer, die sich bereits zur Einführung einer Ticket-Steuer bereit erklärt haben, eine „Pilotgruppe für Solidaritätsbeiträge zugunsten von Entwicklung“ mit 38 Ländern (u. a. Belgien, Deutschland, Großbritannien, Indien, Mexiko, Österreich, Spanien, Südafrika, Südkorea) gebildet. Die Gruppe ist offen für die Beteiligung der Zivilgesellschaft. So haben NGOs Rederecht und können Experten benennen.

Fortgesetzt wurde der Prozess bei einer Konferenz in Brasilia im Juli 2006, bei der weitere Länder die Einführung der Ticket-Steuer ankündigten, sodass sich zu

diesem Zeitpunkt insgesamt 18 Länder an dem Projekt beteiligten. Ähnlich wie in Paris stand dabei nicht nur die Flugticketsteuer auf der Tagesordnung, sondern auch u. a. die Tobin-Steuer. Es ist also nicht nur die Zivilgesellschaft, die an der CTT interessiert ist.

Im September 2006 übernahm Norwegen mit seiner Mitte-Links-Regierung den Vorsitz der Pilotgruppe. Die UN-Vollversammlung soll genutzt werden, die Unterstützergruppe zu erweitern. Oslo wird in der ersten Hälfte 2007 eine weitere internationale Konferenz organisieren.

Die Bundesregierung im Krebsgang

Zu Beginn des Jahrzehnts gab es in der Bundesrepublik eine rege Diskussion um die Tobin-Steuer. Bereits 1998 hatte WEED das erste Seminar zur Tobin-Steuer auf deutschem Boden durchgeführt und 1999 zusammen mit der ökonomischen Initiative KAIROS EUROPA die Initiative zur Gründung von Attac ergriffen. Viele NGOs, Bewegungen und Gewerkschaften unterstützen die Forderung nach internationalen Steuern, insbesondere der Tobin Steuer bzw. der Spahn-Variante. Attac vertritt die Forderung nach Einführung einer Flugticketsteuer als Einstieg in eine umfassendere internationale Besteuerung.

Gegen internationale Steuern waren die Deutsche Bank, die CDU und die FDP, der damalige Finanzminister Eichel, der BDI und andere Interessenvertreter des großen Geldes. Es gab aber auch weit über Attac, Gewerkschaften und viele NGOs hinaus bis in die Bundesregierung hinein Befürworter. Die Grünen – damals in der Regierung – hatten die Tobin Steuer in ihre Programmatik aufgenommen und Entwicklungsministerin Wieczorek-Zeul hatte beim Frankfurter Finanzwissenschaftler Spahn eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Machbarkeit belegte und zeigte, dass die Steuer entwicklungs-politisch gewünscht war. Der damalige Kanzler Schröder äußerte sich beim Weltwirtschaftsforum in Davos und beim Evangelischen Kirchentag 2005 positiv zur CTT. Auch die Flugticketsteuer sollte als französisch-deutsches Joint Venture auf den Weg gebracht werden. Denn selbst Eichel hatte sich danach eilig zur Ticket-Steuer bekannt, weil er hoffte, damit die Tobin-Steuer vom Tisch zu bekommen.

Mit der großen Koalition 2005 gab es einen Rückschlag. In der neuen Koalitionsvereinbarung ist nur noch von „innovativen Finanzierungsinstrumenten“ für Entwicklung die Rede. Die Chancen für die Flugticketsteuer stehen unter diesen Bedingungen nicht sehr gut. Zwar würde das BMZ sie nach wie vor gerne einge-

führt sehen, gegen die Front aus Finanzminister Steinbrück (SPD), Lufthansa und Wirtschaftsminister Glos (CDU) kann es sich aber nicht durchsetzen. Schützenhilfe haben die Gegner von der US-Botschaft erhalten, „die Bedenken auf US-amerikanischer Seite hinsichtlich eines Vorschlags zur Einführung einer Steuer auf Flugtickets“ anmeldete.

Zwar haben sich bei einer Unterschriftenaktion von Attac an die 120 Abgeordnete für die Ticketsteuer ausgesprochen. Da aber die größte Mehrwertsteuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik die Akzeptanz weiterer Steuern erschwert, müsste der Druck erhöht werden, wenn das Projekt noch eine Chance haben soll.

Peter Wahl ist Mitarbeiter der NGO Weed (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung), Mitglied der Arbeitsgruppe internationale Steuern und des Attac Koordinationskreises.

Auszug aus dem Attac-Basistext: Silke Ötsch und Peter Wahl, Internationale Besteuerung. Umsteuern – Globalisierungsgewinne fairteilen! Hamburg, VSA-Verlag, 2006

Gekürzt von Manfred Bartl

Internationale Besteuerung: Umsteuern – Globalisierungsgewinne fairteilen



Basistext 19

Verlag: VSA-Verlag

96 Seiten, Taschenbuchverlag (2006)

EUR 6.50 sFr 12.00

ISBN 3-89965-178-2

Die AutorInnen geben einen verständlichen Überblick über die Herausforderungen, vor denen Steuer- und Finanzpolitik im Zeitalter der Globalisierung stehen. Und sie verdeutlichen die Alternativen, mit denen insbesondere die globalisierungskritische Bewegung aktiv in die Steuerdebatte eingreift.

Unsere Steuersysteme sind auf den Nationalstaat mit seiner relativ abgeschlossenen Volkswirtschaft und nicht auf das globalisierte Finanz- und Wirtschaftssystem eingestellt. Das führt dazu, dass ein zunehmender Teil des Steueraufkommens über Lohn- und Mehrwertsteuern gedeckt wird, während mobiles Kapital und Transnationale Konzerne immer weniger Steuern zahlen.

Vor dem Hintergrund maroder Staatsfinanzen und der Finanzierung der Millenniumsziele der Vereinten Nationen werden vermehrt Vorschläge diskutiert, Steuern international zu erheben bzw. die Steuerpolitik international zu

koordinieren. Alternativen gibt es genug: Einerseits können nationale Regierungen eine gerechtere Steuerpolitik umsetzen, und zwar durch Maßnahmen wie das Wohnsitzprinzip, die Unitary Tax oder die in der Solidarischen Einfachsteuer von Attac und ver.di unterbreiteten Vorschläge. Andererseits können auf multinationaler Ebene Steuern eingeführt werden, die bereits im Vorhinein unter internationaler Perspektive entwickelt wurden, beispielsweise die Tobin-Steuer, die Besteuerung von Steueroasen und Finanzaktivitäten und internationale Umweltsteuern.

Silke Ötsch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Innsbruck und Mitglied der bundesweiten AG Finanzmärkte und Steuern von Attac

Peter Wahl ist Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) und Mitglied im Koordinationskreis von Attac.

Stephen Spratt

Die Euro-Lösung

Eine Abgabe auf Euro-Transaktionen zur Finanzierung internationaler Entwicklung

Der Bericht zeigt, dass die Einführung eines evolvierten Modells der Tobin-Steuer im Euroraum möglich ist und wie dieses technisch umzusetzen ist. Der Report widerlegt häufig geäußerte Einwände der Financial Community gegen die Steuer. Obwohl das vorgeschlagene Modell der Devisentransaktionssteuer hinsichtlich des niedrigen Steuersatzes und damit der fehlenden Lenkungswirkung nicht der Position von Attac entspricht, kann es ein Einstieg in die Regulierung der Finanzmärkte sein. Auszug aus dem gleichnamigen Report von Stephen Spratt im Auftrag von „Stamp Out Poverty“, September 2006 (Anm. d. Red.)

[...] Die EU kann unilateral und kosteneffizient eine Abgabe auf Euro-Transaktionen einführen, die den Euro-Währungsmarkt nur minimal beeinträchtigen, aber signifikante Summen einbringen würde, die für internationale Entwicklungszwecke verwendet werden können und die Möglichkeit bieten, die Entwicklungsausgaben der EU auf 4,4 Milliarden Dollar bzw. 3,5 Milliarden Euro zu erhöhen. [...]

Steuern auf Finanztransaktionen

Steuern auf Finanztransaktionen haben eine lange und differenzierte Geistes- und Anwendungsgeschichte. 1936 schlug John Maynard Keynes vor, eine geringe Transaktionssteuer auf den Handel an der Wall-Street zu erheben, mit dem Argument, die exzessive Spekulation uninformierter Finanzhändler erhöhe die Volatilität.

Für Keynes war der Anteil der „Spekulanten“ auf dem Markt entscheidend und seine Befürchtung, dass diese Arten von Akteuren zu dominant werden, wenn sie nicht kontrolliert werden würden. [...]

Steuern auf Finanztransaktionen waren in der Vergangenheit üblich, sie bleiben heute gebräuchlich und liegen i. d. R. deutlich über dem vorgeschlagenen Satz¹ der Abgabe auf Euro-Transaktionen. In vielerlei Hinsicht ist es eher „abnormal“, wenn keine Steuer auf den Devisenhandel erhoben wird, obwohl der Währungsmarkt der Markt mit dem größten Volumen der Welt ist.

Ein häufiger Einwand gegen die Einführung von Steuern auf Finanztransaktionen ist, dass diese a) den Markt verzerren und b) InvestorInnen bzw. AnlegerInnen aus der jeweiligen Wirtschaft oder dem jeweiligen Sektor treiben werden bzw. diese in andere nicht besteuerte Sektoren auszuweichen nötigen. In der Realität verhält es sich jedoch häufig ganz anders. Beispielsweise führte die peruanische Regierung 2003 eine generelle Steuer auf Finanztransaktionen in Höhe von 0,1 % ein, um Finanzmittel für den Bildungssektor zu erschließen. Damals sagten die nationale und internationale Finanzpresse, betroffene PrivatinvestorInnen und internationale Finanzinstitutionen wie der IWF ernste negative Konsequenzen

für die peruanische Wirtschaft voraus. Insbesondere befürchteten sie, dass Bankeinlagen zurückgezogen würden, was die Verfügbarkeit von Krediten nachteilig beeinflussen und damit Wachstumsraten begrenzen würde.

[...] In der Praxis kam es anders: Im Zeitraum nach der Einführung der Finanztransaktionssteuer kam es nicht zu einer Reduzierung der Bankeinlagen und damit der Kredite, sondern zu einer Zunahme von beidem. Darüber hinaus wurden in den letzten Jahren generelle Finanztransaktionssteuern auch in Argentinien, Brasilien und Kolumbien eingeführt. Wie im Fall von Peru wurden düstere Warnungen vor den Konsequenzen dieser Steuern ausgegeben; doch stellten sie sich wie in Peru als unbegründet heraus. In allen Fällen hat sich der Finanzsektor an die Transaktionssteuer angepasst, ohne dass dies nennenswerte Auswirkungen gehabt hätte, obwohl die Höhe dieser Steuersätze um ein Vielfaches über dem hier vorgeschlagenen Satz der Abgabe auf Euro-Transaktionen liegt.

Trotzdem wird auf diese Staaten Druck ausgeübt – nicht zuletzt vom IWF –, diese Steuer zu beseitigen, die auf effiziente und effektive Weise signifikante Summen zur Finanzierung von Bildung einbringt. Die Tatsache, dass die vorausgesagten schlimmen Folgen der Einführung der Steuer nicht eingetreten sind, legt nahe, dass der weiterhin ausgeübte Druck nicht auf empirischer Analyse beruht. Es erstaunt natürlich nicht, dass private InvestorInnen den Untergang vorhersagen, wenn die Einführung von Steuern sie direkt betrifft; die Anzeichen weisen aber deutlich darauf hin, dass diese Befürchtungen unbegründet sind. Eine Abgabe auf Euro-Transaktionen würde sich in dieser Hinsicht nicht unterscheiden. [...]

Die Entwicklung der Devisentransaktionssteuer

Viele BeobachterInnen verbinden die Devisentransaktionssteuer (CTT²) mit der Arbeit des Nobelpreisträgers **James Tobin**. Die Tobin-Steuer, als die sie Bekanntheit erlangte, wurde zum ersten Mal **1973** vorgeschla-

gen und zielte darauf ab, von Devisenspekulation abzuschrecken und somit Währungsschwankungen zu reduzieren.

Sein Ziel war es, „Sand in das Getriebe“ der globalen Finanzmärkte zu streuen, indem kurzfristige, mit hohen Umsätzen verbundene Währungsgeschäfte überproportional besteuert werden. Er argumentierte, dies würde Spekulation reduzieren und die Volatilität herabsetzen, da die Marktpreise in Einklang mit den zugrunde liegenden Fundamentaldaten gebracht würden, die das Verhalten von langfristig orientierten Investoren leiten. [...]

Das Interesse an der Tobin-Steuer wuchs besonders in den 90er-Jahren, verbunden mit häufiger auftretenden Finanzkrisen im Allgemeinen und Währungskrisen im Speziellen. Frühe theoretische Arbeiten über Währungskrisen ergaben kaum Erklärungen für viele dieser Ereignisse. Beispielsweise sahen Modelle von Währungskrisen der „ersten Generation“ Krisen als ein Resultat politischer Unstimmigkeiten der betroffenen Länder, die rationale InvestorInnen dazu trieben, ihren Besitz zu verkaufen, was einen Ansturm auf die Währung auslöste. Das bedeutet, sie waren in erster Linie die „Schuld“ der betroffenen Länder. Für viele standen diese Erklärungen jedoch im Widerspruch zur Faktenlage in Krisensituationen, was zur Entwicklung von Krisenmodellen der zweiten Generation von größerer Aussagekraft führte. Diese Modelle unterstrichen die durch Herdenverhalten geprägte Natur vieler Währungskrisen und die selbst-erfüllenden Prophezeiungen ihrer Akteure, wobei SpekulantInnen eine Schlüsselposition einnehmen: MarktakteurInnen reagierten nicht einfach auf wechselnde Fundamentaldaten; ihr Verhalten selbst formte diese Grundlagen. Eine Veränderung dieser Einstellung würde daher das Auftreten von Krisen verändern.

Die meisten KommentatorInnen kamen zu der Auffassung, dass Modelle der zweiten Generation die reale Welt besser reflektieren, was zur Hoffnung führte, die Tobin-Steuer könne diese für die Entwicklung schädlichen Vorfälle reduzieren, indem sie das (individuell rationale, aber kollektiv irrationale) Verhalten der SpekulantInnen beeinflusse. Gegen diese Sicht sprach jedoch die Beobachtung, dass bei vielen die-

¹ 0,005 %, Anm. d. Bearbeiterin

² Abkürzung für „Currency Transaction Tax“, Anm. d. Bearbeiterin

ser Ereignisse SpekulantInnen auf eine Devaluierung eines gestützten Wechselkurses setzen, mit dem „Erfolg“ der Abwertung einer Währung um Werte wie 40%. Bei Profitaussichten in dieser Größenordnung ist eine geringe Devisentransaktionssteuer kein Abschreckmittel.

Dieses Manko im ursprünglichen Konzept der Devisentransaktionssteuer wurde in wirksamer Weise im **Spahn-Report (1996)** angegangen, worin eine Zweistufensteuer vorgeschlagen wurde. Unter normalen Marktbedingungen solle eine minimale (gegen null tendierende) „Transaktionsabgabe“ auf alle Währungsgeschäfte erhoben werden. Allerdings würde diese Abgabe erhöht durch eine auf spekulative Schwankungen reagierende „Zusatzsteuer“, die nur dann fällig werden würde, wenn sich der Wechselkurs außerhalb einer festgelegten Schwankungsbreite bewegte. Unter diesen Umständen würde ein hoher Steuersatz auf Transaktionen in der betroffenen Währung angewendet, was WährungsspekulantInnen abschrecken würde, die somit kein „einseitiges“ Gebot mehr abgeben könnten. In der Tat würde Spahns Vorschlag spekulative Attacks ausschließen. Nach Spahns Auffassung würde die „Zusatzsteuer“ in der Praxis tatsächlich nie eingesetzt werden, da SpekulantInnen bei einer Annäherung des Wechselkurses an die Grenze, ab der die Zusatzsteuer fällig werden würde, ihr Verhalten anpassen würden, um nicht von der Besteuerung erfasst zu werden.

Die Diskussion hat, wie zu hoffen ist, einen wichtigen, aber häufig übersehenen Punkt beleuchtet: Es wird selten klar dargestellt, dass es nicht eine Art der Devisentransaktionssteuer gibt, sondern **drei**. Der ursprüngliche Vorschlag von James **Tobin** hatte das Ziel, kurzfristigen, auf schnellen Umsatz ausgelegten Währungshandel zu unterbinden. Der zweite Vorschlag, die **Spahn**-Variante, war vielmehr darauf ausgelegt, spekulative Attacks und Währungskrisen zu verhindern, als Steuereinnahmen zu generieren. Dieser Rahmen ist besonders geeignet für Schwellen- und Entwicklungsländer, die ihre Ökonomien vor den hochgradig schädlichen Auswirkungen von Wechselkursschwankungen und Finanzkrisen schützen wollen.

Dahingegen zielt die dritte Form der Devisentransaktionssteuer vor allem auf Steuereinnahmen ab. Dieser Ansatz wird bei **Schmidt (2001)** beispielhaft erläutert, der überzeugend darstellt, dass es Ländern, anders als herkömmlich geglaubt, ohne weiteres möglich ist, unilateral eine Abgabe auf in der eigenen Währung getätigte Transaktionen zu erheben. Obwohl die Einnahmen von der betreffenden Regierung für jegliche Vorhaben benutzt werden könnten, wurde bisher historisch argumentiert, dass sie einer zweckgebundenen Verwendung in der internationalen Entwicklung zugeführt

werden sollten. Dieser Ansatz ist daher geeignet, wenn entwickelte Länder geeignete Wege suchen, um ihr Hilfsvolumen für die Umsetzung beispielsweise der Millennium-Entwicklungsziele zu erhöhen. [...]

Das Modell der Abgabe auf Euro-Transaktionen

Während die Devisentransaktionssteuer in der Vergangenheit möglicherweise nicht unilateral eingeführt werden konnte, hat sich das heute geändert. Der Devisenmarkt (FX Markt) bestand früher aus verschiedenen Teilen, zwischen denen keine oder nur wenige Verbindungen existierten. Geschäfte wurden zwischen den Parteien manuell über das Telefon durchgeführt und über verschiedene Systeme abgewickelt, die kaum miteinander verknüpft waren.

Heute bauen die unterschiedlichen Komponenten der globalen Devisenmärkte auf den gleichen technischen Plattformen auf, sie benutzen dieselben elektronischen Informationssysteme und die gleichen Systeme für den elektronischen Handel. Dazu kommt, dass diese Geschäfte entweder über die vor kurzem aufgebaute Continuous Linked Settlement (CLS) Bank³ abgewickelt werden – über die heute etwa die Hälfte aller globalen Devisentransaktionen laufen – oder über nationale Bruttoabwicklungssysteme, die weltweit von den Zentralbanken betrieben werden.

Auf der Ebene dieser „Großhandels“-Zahlungsabwicklung sind die nationalen Systeme mit der CLS-Bank und untereinander verbunden. Geschäfte werden elektronisch und effizient abgewickelt und bringen den Finanzinstitutionen reale finanzielle Gewinne, die sie sicherlich nicht opfern wollen. Voraussetzung für diese Gewinne ist jedoch die Beteiligung an den relevanten nationalen und internationalen Zahlungsabwicklungssystemen. Durch diese Beteiligung ist die Abgabe auf Euro-Transaktionen heute machbar.

Der Eurohandel wird letzten Endes entweder über die CLS-Bank oder über das europäische Bruttoabwicklungssystem TARGET

³Die CLS-Bank ist eine seit 2002 tätige Institution, die von 71 Aktionären (v. a. Großbanken) betrieben wird und auf internationaler Ebene Transaktionen abwickelt. Die beteiligten Banken können über die CLS-Bank Devisengeschäfte unmittelbar erledigen, d. h. beide Seiten einer Transaktion werden simultan abgewickelt über die Konten der teilnehmenden Banken, die diese bei der CLS-Bank anlegen. Das passiert innerhalb eines Zeitfensters von 5 Stunden, in dem sich die Betriebszeiten der größten nationalen Zahlungs-systeme überlagern. Im Gegensatz zu herkömmlichen Systemen, bei denen die Konten der beteiligten Banken nur einmal täglich ausgeglichen werden. Damit wird das Risiko einer Kettenreaktion gemildert, die eintreten würde, wenn eine beteiligte Bank zahlungsunfähig ist [Anm. d. Bearbeiterin].

abgewickelt. Der Gebrauch eines gemeinsamen Informationssystems – SWIFT – bringt den TeilnehmerInnen signifikante Kosteneinsparungen, ermöglicht es aber auch, dass Aufzeichnungen über die Euro-Transaktionen auf billige und effiziente Weise an die nationalen Finanzämter weitergegeben werden. Da Banken, die mit Euro handeln, zentrale Konten bei ihrer zuständigen Zentralbank haben – um Euro-Transaktionen abzuwickeln oder um das CLS-System zu bedienen –, kann die Abgabe auf Euro-Transaktionen kosteneffizient von diesen zentralen Konten eingezogen werden. [...]

Eine geringe Abgabe auf Euro-Transaktionen kann nicht umgangen werden, da die globalen Zahlungsabwicklungssysteme eine ausreichende Verknüpfung mit der EZB und Zahlungsabwicklungssystemen in der Eurozone haben, so dass die Abgabe unabhängig von der geographischen Lage des Handelsplatzes eingezogen werden kann, selbst in Steueroasen.

Fazit

Es wurde angeführt, dass eine Abgabe auf Euro-Transaktionen MarktteilnehmerInnen Anreize gäbe, bestimmte nationale und internationale Zahlungs- und Zahlungsabwicklungssysteme zu verlassen. Wenn die Abgabe auf Euro-Transaktionen übergreifend in sämtlichen Systemen erhoben wird, bestünden diese Anreize nicht. Selbst wenn es möglich wäre, diese Systeme zu verlassen und die Abgabe zu vermeiden, wurde klar demonstriert, dass Banken dies aus rationalen Gründen nicht tun würden: Die realen finanziellen Gewinne, die ihnen die Teilnahme an den Systemen bringt, überwiegen bei weitem den geringfügigen Aufschlag von 0,005 % auf einen kleinen Anteil ihrer Devisengeschäfte.

Die Abgabe auf Euro-Transaktionen kann einfach und kosteneffizient implementiert werden. Die Anfangsinvestitionen würden – wie bei jeder neuen Steuer – zentral übernommen werden. Ist das System erst einmal etabliert, wären die laufenden Kosten relativ gering, da es an bestehende Systeme anknüpft. Ein kleiner Anteil des geschätzten jährlichen Aufkommens in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar der Abgabe auf Euro-Transaktionen würde ausreichen, um die Betriebskosten zu decken.

Abschließend soll festgehalten werden, dass eine unilaterale Einführung der Abgabe auf Euro-Transaktionen perfekt realisierbar ist. Sie könnte schnell und relativ einfach implementiert werden. Die laufenden Kosten würden gering sein und sie würde signifikante Finanzmittel einbringen – Gelder, die dringend benötigt werden und helfen die Millennium-Entwicklungsziele zu finanzieren.

Vollständige Fassung:
www.weed-online.org/themen/310356.html
Exzerpt und Übersetzung: Silke Ötsch

Für mehr Steuergerechtigkeit bei der Unternehmensbesteuerung

Wie das Steuersystem die Umverteilung von unten nach oben befördert

Der Staat muss sparen. Diese Aussage zieht sich wie ein Mantra durch die Politik in Nord und Süd. Geld für Investitionen in die Bildung und Gesundheit oder zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist nicht vorhanden.

Der Staat muss Steuern für Unternehmen und Kapitalbesitzer senken. Das ist das andere Mantra der Regierungen. Sonst drohe die Abwanderung von Investitionen in steuergünstigere Länder. In den 30 in der OECD organisierten Industrieländern fielen die Steuersätze zwischen 1996 und 2005 bereits von durchschnittlich knapp 38% auf unter 30%.

In **Deutschland** müssen **Kapitalgesellschaften** (d.h. GmbHs und AGs) derzeit theoretisch fast 39% ihrer Gewinne an den Fiskus abführen: 25% Körperschaftsteuern plus im Schnitt knapp 14% kommunale Gewerbesteuern. Die Körperschaftsteuer war erst 2001 von zuvor 40% (für einbehaltene Gewinne) bzw. 30% (für an die Anteilseigner ausgeschüttete Gewinne) auf einheitliche 25% gesenkt worden. Diesen Satz will die Regierung mit der Steuerreform 2008 noch einmal fast halbieren. **Insgesamt soll die nominale Steuerbelastung auf etwas unter 30% sinken.** Denn andernfalls sei Deutschland nicht mehr international wettbewerbsfähig.

Dafür nimmt der Staat dann Einnahmeausfälle von 5 Mrd. € im Jahr hin. Je nach Ausgestaltung der Steuerreform könnte es auch leicht das Doppelte sein. Weitere 2 bis 3 Mrd. € dürften durch die so genannte Abgeltungssteuer verloren gehen, also eine Pauschalsteuer in Höhe von 25%, die private Kapitalanleger künftig auf ihre Kapitalerträge an Stelle ihrer meist wesentlich höheren Einkommensteuer zahlen sollen.

Damit der Staat überhaupt noch Einnahmen verzeichnet, hält er sich bei denen schadlos, die nicht so mobil sind wie das Kapital: bei **lohnabhängigen Normalverbrauchern**. Der Faktor Arbeit wird vor allem durch Sozialversicherungsbeiträge immer stärker belastet – in Deutschland noch mehr als in den meisten anderen OECD-Staaten. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19% in Deutschland ist da nur logisch. Verbraucher können schlecht mit Abwanderung ins Ausland drohen. Die Folgen dieser Politik: eine krasse Umverteilung von unten nach oben, von der Arbeit zum Kapital.

Nicht nur in Deutschland tragen die gro-

Ben Unternehmen inzwischen fast gar nichts mehr zur Finanzierung staatlicher Aufgaben wie der Ausbildung der späteren Arbeitskräfte, funktionierender Infrastruktur oder Sicherung des sozialen Friedens bei. Machten die Körperschaftsteuern noch in den Sechzigern rund 10% der gesamten Steuereinnahmen des Bundes aus, waren es 2005 nur noch 5%. Während die Konzerngewinne zwischen 1997 und 2003 um mehr als ein Viertel in die Höhe schossen, fielen die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer um 17%.

Die Staaten verzichten nicht unbedingt freiwillig auf ihre Einnahmen. Sie glauben sich in den Sachzwängen der Globalisierung gefangen. Sie wollen Investoren die besten Standortbedingungen bieten, und das wird meist definiert als die billigsten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat in ihrem Bericht „Die soziale Dimension der Globalisierung“ von 2004 die Sorge geäußert, dass „*der internationale Steuerwettbewerb gravierende Beschränkungen der Finanzierung des Wohlfahrtsstaats*“ nach sich zieht.

Selbst **innerhalb der EU** liefern sich die Staaten einen gnadenlosen Steuerwettbewerb. So senkte Österreich 2005 den Körperschaftsteuersatz auf 25%, in den osteuropäischen Beitrittsländern fallen teilweise nur 15% an, Irland lockt mit 12,5%, und Malta bietet ausländischen Investoren bei Ausnutzung aller „steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten“ auch durchaus 0%.

Zwar jammern die Wirtschaftsverbände lautstark über die sehr viel höheren Steuersätze in Deutschland, doch der Vergleich der nominalen Steuersätze in den einzelnen EU-Ländern sagt wenig darüber aus, wie viel die Konzerne wirklich an Steuern zahlen. Gerade in Deutschland führen sie nämlich dank verschiedener Tricks bei weitem nicht 39% ihrer Gewinne an den Fiskus ab. Der Steuerexperte Lorenz Jarass von der Fachhochschule Wiesbaden kommt nur auf einen Durchschnitt von 16%.

Dass die effektive Steuer- und Abgabenbelastung hierzulande im internationalen Vergleich eher unterdurchschnittlich ist, zeigt auch die OECD-Steuerstatistik. Die Steuern auf Einkommen und Gewinne sind demnach in Deutschland seit 1975 von 12,1% des Bruttoinlandsprodukts auf 9,5% gesunken. Selbst am beliebten Investitionsstandort USA ging die Steuerquote in derselben Zeit

nur von 11,8% auf 11% zurück. Allein dieses Beispiel ist übrigens ein Indiz dafür, dass Steuersätze und Attraktivität für Investoren in keinem sehr starken Zusammenhang stehen, denn die USA gehören angeblich zu den attraktivsten Standorten.

Die meisten der **Tricks**, wie Unternehmen ihre Steuerzahlungen „optimieren“, sind vollkommen legal.

Unternehmen können ihre Verluste beispielsweise aus vergangenen Jahren ins laufende Jahr übertragen und von ihren Gewinnen abziehen. Oder sie verrechnen die Gewinne und Verluste diverser Tochtergesellschaften miteinander. Wichtiger aber ist die **Verschiebung von Gewinnen ins Ausland**. So können sich die deutschen Unternehmen ihre Betriebsverlagerung ins Ausland vom Finanzamt subventionieren lassen. Sämtlichen anfallenden Kosten von der Planung über die Kreditzinsen bis zur Abfindung der entlassenen Mitarbeiter lassen sich nämlich hier von der Steuer absetzen. Die Gewinne, die der Konzern nunmehr in Ungarn oder China einfährt, werden anschließend dort zu viel geringeren Sätzen versteuert.

Ein beliebter Trick ist auch die **Fremdfinanzierung**, d.h. die Finanzierung eines Unternehmens mit Krediten statt mit Eigenkapital. Eine in Deutschland ansässige Firma kann sich etwa bei einer zum selben Konzern gehörenden Gesellschaft in der Schweiz hoch verschulden. Die Schuldzinsen zählen als Kosten und mindern so den Gewinn, den das Unternehmen in Deutschland versteuern muss. Die entsprechenden Zinseinnahmen der Schwesterfirma aber werden in der Schweiz viel niedriger versteuert als in Deutschland. Das ist der Grund, warum Finanzminister Peer Steinbrück zu Recht eine Besteuerung der Zinszahlungen im Rahmen der nächsten Steuerreform fordert.

Ähnlich funktioniert der **Trick mit Lizenzgebühren für Patente oder Markenamen**, die eine Firma wie beispielsweise Ikea Deutschland für die Nutzung des Erfolgsnamens „Ikea“ an eine niederländische Ikea-Gesellschaft überweist. Dort fallen dafür nur 6% Steuern an.

Illegal, aber schwer zu überprüfen, ist die so genannte **Transferpreismethode**, die auf manipulierten Verrechnungspreisen der

Konzerntöchter in verschiedenen Ländern untereinander basiert. So könnte ein in Deutschland tätiger Konzern diverse Dienstleistungen (etwa den Telefonsupport) von einer Tochter im Niedrigsteuerland Irland zu völlig überhöhten Preisen erledigen lassen. Durch die hohen Kosten fällt leider der in Deutschland zu versteuernde Gewinn ganz niedrig aus. Stattdessen fallen die Gewinne bei der irischen Tochter an – wo sie nur mit 12,5% statt 39% versteuert werden müssen. Der US-Pharmakonzern Pfizer etwa hat seine Umsatzrendite in Deutschland auf mager 2% gedrückt, während in Irland die Gewinne scheinbar nur so sprudeln.

Ungerecht ist ein System, das solche Steuersparmethoden zulässt, nicht nur deswegen, weil dadurch die Steuerlast fast vollständig auf Arbeitnehmer und Verbraucher überwältzt wird.

Ungerecht ist es auch, weil es multinationale Konzerne drastisch bevorzugt gegenüber mittelständischen Betrieben, die mit heimischem Personal produzieren und keine Gelegenheit haben, ihre Gewinne ins Ausland zu verschieben.

Gerade auch **Entwicklungsländern** mit schwachen, unterfinanzierten und teilweise korrupten Steuerverwaltungen gehen auf diese Weise gigantische Steuereinnahmen verloren. Oxfam hat in einer Studie aus dem Jahr 2000 geschätzt, dass diesen Ländern im Jahr bis zu 35 Mrd. US-\$ durch die Tricks der multinationalen Konzerne entgehen. Zählt man noch die Steuerflucht in Richtung Steueroasen dazu, steigt **der jährliche Fehlbetrag auf 50 Mrd. US-\$** – genug Geld, um zwei Drittel der Kosten abzudecken, die laut Weltbank für eine medizinische Grundversorgung nötig sind.

Doch mittlerweile regen sich **Gegenstimmen gegen die wachsende Steuerungerechtigkeit**.

In der **EU** sehen immer mehr Politiker durch den Beitritt zehn neuer Länder mit zum Teil sehr niedrigen Steuersätzen den angeblichen Steuerwettbewerb als das, was er in Wirklichkeit ist: Dumping. Sogar EU-Steuerkommissar László Kovács will, wenn schon nicht die Steuersätze, so doch wenigstens die Bemessungsgrundlage vereinheitlichen, also die Berechnung des zu versteuernden Gewinns. Doch nicht mal damit kommt er gegen den Widerstand der Billigsteuerländer wie Irland oder Slowakei durch.

Was aber kann geschehen, damit sich Multis und Reiche nicht mehr einfach ihrer Steuerpflicht entziehen? Zwar ist die Forderung nach EU-weiten oder internationalen Mindeststeuersätzen vernünftig, aber wenn sich nicht einmal die EU darauf einigen kann, liegen globale Lösungen in weiter Ferne. So lange kann die Politik nicht warten. **Nationale Regelungen müssen her**. Gerade in Deutschland gibt es unzählige Schlupflöcher in der Steuergesetzgebung (wie z.B. die Subventionierung der Betriebsverlagerung ins Ausland), die geschlossen werden müssen. Hinzukommen sollten Regeln, die die Gewinnverschiebung ins Ausland verhindern, auf der die meisten Steuertricks beruhen.

Man könnte sich etwa am **Modell der USA** orientieren: Die Gewinne, die US-Konzerne im Ausland machen, müssen **mit dem US-Steuersatz von immerhin 35% nachversteuert** werden. Wenn Pfizer also auf seine in Irland gemeldeten Gewinne nur 12,5% Steuern zahlt, müsste der US-Konzern weitere 22,5% nachzahlen, um auf insgesamt 35% zu kommen. Die Idee ist bes tehend,

denn auf einmal lohnt sich die Gewinnverschiebung in Niedrigsteuerländer gar nicht mehr.

Leider erweist sie sich in der Praxis als **schwer durchsetzbar**. Wenn z.B. Pfizer seine irischen Gewinne gar nicht in die USA zurücktransferiert, dann kann das US-Finanzamt darauf auch keine Steuern erheben. Die Behebung dieses und anderer Probleme ist denkbar, doch wird das Steuersystem dann dadurch sehr komplex. (Und je komplexer das Steuersystem, desto größer die Gefahr, dass Unternehmensberater irgendwelche Schlupflöcher finden.)

Eine Alternative stellt die so genannte Unitary Taxation dar, die einige US-Bundesstaaten anwenden. Wenn ein Konzern die Hälfte seiner Produktion in Kalifornien hat (gemessen am dortigen Umsatz, den dort beschäftigten Arbeitskräften und dem dort investierten Kapital), dann besteuert Kalifornien auch die Hälfte der weltweiten Gewinne des Konzerns – egal in welche Steueroase der Konzern seine Gewinne vorher mit Hilfe von Bilanztricks verschoben hat.

Auch dieses System ist **nicht problemfrei**. Unternehmen könnten z.B. einen Anreiz darin sehen, nicht nur ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer zu verschieben, sondern gleich ihre ganze tatsächliche Produktion. Die Erfahrungen von Kalifornien und anderen US-Staaten deuten jedoch nicht in diese Richtung. Insofern wäre die Unitary Taxation ein Modell, das weiter zu diskutieren sich lohnen würde.

Nicola Liebert ist freie Wirtschaftsjournalistin, Mitglied von BLUE 21 (Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung) und seit zwei Jahren mit dem Thema Konzernbesteuerung befasst.

Attac Österreich:

Fair Steuern - mehr für Alle: *Niemand zahlt wirklich gerne Steuern. Aber für unsere Steuern bekommen wir Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und noch vieles mehr, auf das wir auch in Zukunft nicht verzichten wollen - und auch nicht müssen ... Der Skandal ist aber, dass ausgerechnet die, die am meisten haben, immer weniger beitragen. Gewinne, Kapitaleinkommen und Vermögen werden kaum noch besteuert. Dem Staat fehlt dieses Geld, die Folge sind tiefe Löcher im Budget und schmerzhaft Sparpakete für uns alle. Bei fairen Steuern wird es für alle leichter. Die Attac-Kampagne "Fair Steuern - Mehr für Alle" kämpft für mehr Steuergerechtigkeit.* <http://www.attac.at/fairsteuern.html>

Zur Tobin-Steuer: <http://www.attac.at/3550.html>

Attac Schweiz:

<http://www.schweiz.attac.org/-Steuerkampagne->

Die Unternehmensteuerreform. Steuergeschenke für Aktionäre und Mindereinnahmen für Bund, Kantone und Gemeinden
<http://www.schweiz.attac.org/Die-Unternehmensteuerreform.1036>

Tax us if you can ! Wie sich Multis und Reiche der Besteuerung entziehen und was dagegen unternommen werden kann
<http://www.schweiz.attac.org/Tax-us-if-you-can>

Die Pille gegen Erdfieber: Internationale Umweltsteuern

Die Umwelt ist wieder Thema, sei es durch die spürbaren Klimaveränderungen, durch verschiedene Studien wie den jüngst erschienenen Stern-Report zur *Ökonomie des Klimawandels* oder durch Al Gores Film *Eine unbequeme Wahrheit*. Während die Bild-Zeitung noch vor kurzem gegen die Ökosteuer wettete und einem für die Flugticketabgabe eintretenden Politiker den Titel „Loser des Tages“ verlieh, heißt nun der Aufmacher „Unsere Erde hat Fieber“. Es scheint unbestritten, dass sich die Wirtschaftsweise ändern muss. Das ist eine Gelegenheit, das unpopuläre, aber sehr wirkungsvolle Mittel der Umweltsteuer wieder einzufordern – und zwar nicht nur auf nationaler, sondern auf internationaler Ebene. Unter Umweltproblemen leiden meistens nicht die VerursacherInnen, sondern Menschen in Ländern, deren Regierungen nur bedingt Einfluss auf die Ursachen der Verschmutzung haben. Durch die Verwendung der Steuereinnahmen zur Finanzierung von Entwicklung kann ein Ausgleich angestrebt werden. Viele Umweltschäden lassen sich nur im globalen Rahmen effektiv beheben. Ein Mittel dafür – wenn auch sicher nicht das einzige – sind internationale Umweltsteuern oder -abgaben.

Umweltsteuern wurden in den letzten Jahren vermehrt auf nationalstaatlicher Ebene genutzt. Wengleich die positiven Effekte der Umweltsteuern überwiegen, spricht vieles für eine internationale Einführung. So wurden die Sätze mit dem Verweis auf die Standortkonkurrenz häufig zu niedrig angesetzt und zu viele Ausnahmen zugelassen, um eine durchschlagende Wirkung zu erzielen. Die Steuer wurde nur auf den Endenergieverbrauch erhoben, nicht aber als Primärenergiesteuer, wie es ökologisch sinnvoll wäre, da dies als „Wettbewerbsverzerrung“ ausgelegt werden kann bzw. Probleme bei der Besteuerung von Importen entstehen.

Seit einiger Zeit gibt es innerhalb der EU Bestrebungen, Umweltsteuern im europäischen Rahmen einzuführen. Die Implementierung einer gemeinsamen CO₂-Energiesteuer scheiterte jedoch. Stattdessen wurde die 2004 in Kraft getretene EU-Energi Richtlinie beschlossen, womit Mindeststeuersätze auf Energieträger erhoben werden. Sie ist jedoch nur bedingt wirksam aufgrund der vielen Ausnahmen für einzelne Mitgliedstaaten und Sektoren (u. a. des umweltschädigenden

Flugverkehrs), wegen der geringen Höhe der Mindeststeuersätze und vieler langjähriger Übergangsfristen. Immerhin hat das Europäische Parlament in einem Entschließungsantrag vom Juli 2006 gefordert, die Luftverkehrsbranche nach dem Verursacherprinzip für seine Auswirkungen auf das Klima heranzuziehen und den Vorsitz der Kommission mit der Ausarbeitung konkreter Maßnahmen beauftragt, darunter die Einführung der Kerosinsteuer.

Die international koordinierte Einführung von Umweltsteuern auf globalem Niveau war lange im Gespräch. Mit dem Kyoto-Protokoll, das 1997 im Rahmen der Klima-Rahmenkonvention der Vereinten Nationen beschlossen wurde, verlagerte sich der Fokus aber auf das System des Emissionshandels. Damit sollte die CO₂-Steuer verhindert werden. Mit dem Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls im Jahr 2005 werden aber wieder Energien für die Aushandlung internationaler Umweltsteuern frei. Forderungen danach wurden bereits im Rahmen der Diskussion um die Einführung „innovativer Finanzprodukte“ zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele erhoben. Auch die AutorInnen des Stern-Reports der britischen Regierung wollen den Klimawandel mit Hilfe einer CO₂-Steuer aufhalten, die langfristig global erhoben werden soll und ergänzt wird durch Emissionshandel und politische Maßnahmen. Auch der Schweizer Präsident Leuenberger hat beim Weltklimagipfel in Nairobi die Einführung einer weltweiten CO₂-Steuer verlangt.

Neben der CO₂-Steuer drängen sich internationale Steuern auf Verkehrsmittel geradezu auf. Während auf dem Land benutzte Verkehrsmittel mit verschiedenen Steuern belegt sind und über die Emissionsquoten des Kyoto-Protokolls erfasst werden, sind die internationale See- und Luftverkehrsbranche davon ausgenommen. Für eine internationale Besteuerung spricht außerdem die Tatsache, dass der Luftverkehr und die Schifffahrt zu denjenigen Branchen gehören, die in hohem Maße von der Globalisierung profitieren. Über die Schifffahrt werden 80 % des globalen Güterhandels transportiert. In den Jahren 2005 bis 2010 wird mit einem jährlichen Wachstum von 5% gerechnet. Ähnlich verhält es sich bei der Luftfahrt. Seit 1960 nimmt der Flugverkehr um jährlich 8% zu. Von heute bis

zum Jahr 2015 wird die Zuwachsrate auf 5 % geschätzt.

Einige Vorschläge für internationale Umweltsteuern:

CO₂-Steuer

Da CO₂ der Hauptverursacher des Treibhauseffekts ist, liegt es auf der Hand, dieses Abgas zu besteuern. Die CO₂-Steuer wird auf Energieträger erhoben, die Kohlendioxid in die Atmosphäre emittieren. Sie ist besonders effektiv, weil sie zugleich unterschiedliche verschmutzende Aktivitäten erfasst, beispielsweise die Stromerzeugung, den Transport und die Heizung. Ihre Höhe steht im Verhältnis zur globalen Emission von Kohlendioxid. Im Rahmen eines internationalen Abkommens sollten Staaten die Steuer bzw. eine Mindeststeuer festlegen. Industriestaaten sollten einen Teil der Einnahmen internationalen Organisationen zukommen lassen, die *globale öffentliche Güter* bereitstellen, z. B. den Erhalt der Regenwälder unterstützen.

Eine internationale Steuer auf CO₂ hat zwei Vorteile: Erstens ist ihre ökologische Lenkungswirkung hoch, da sie als Primärenergiesteuer erhoben werden kann. Zweitens lässt sie ein hohes Aufkommen erwarten. Bei einem Steuersatz von 0,01 Euro pro Liter Benzin würde die Steuer allein in Industriestaaten zusätzliche 50 Milliarden US-Dollar bringen.

Besteuerung der internationalen Schifffahrt

Verglichen mit dem Flugverkehr ist die Schifffahrt eine umweltfreundliche Transportform. Sie verursacht nur ein Hundertstel der CO₂-Emissionen pro Tonne Fracht, die ein Flugzeug benötigt. Trotzdem entfallen auf den Schiffsverkehr ungefähr 7% des CO₂-Ausstoßes des Verkehrssektors und viele andere Emissionen. Umweltfreundliche Techniken stehen zur Verfügung, werden aber aus Kostengründen nicht installiert. Ein Vorschlag zur Besteuerung sieht vor, die Emissionen zu besteuern, die ein Schiff verursacht. Die fälligen Zahlungen könnten mit den Hafengebühren eingenommen und direkt von den Schiffsbetreibern eingezogen werden. Die Einführung einer Emissionsabgabe für die

Schifffahrt im Rahmen der EU wurde bereits diskutiert, was darauf hindeutet, dass sie politisch realisierbar ist.

Möglich ist auch die Besteuerung von Treibstoffen. Dies würde einen Anreiz zur Modernisierung der Motoren geben. Eine Steuer mit einem Satz von 150 % der Treibstoffkosten, der die Umweltschäden kompensieren würde, brächte 20 Mrd. US-Dollar ein. Dabei müsste darauf geachtet werden, dass der Luftverkehr ebenfalls stärker besteuert wird, um die Verlagerung des Transports zu vermeiden. Die Steuer auf Schiffstreibstoff sollte auf globaler Ebene eingeführt werden, damit sie nicht umgangen wird, indem große Tanker durch Schiffe betankt werden, die Treibstoff aus Staaten mitführen, die keine Umweltsteuern erheben.

Außerdem wird eine Nutzungsabgabe auf Meerengen vorgeschlagen. Da einige Seewege sehr dicht befahren sind, kommt es an einigen Meerengen zu Staus. Das Risiko eines Zusammenstoßes und die potenziellen Umweltschäden sind besonders hoch. Auf die Durchfahrt des Ärmelkanals könnte eine durchschnittliche Abgabe von 13.000 US-Dollar erhoben werden. Das entspricht in etwa einem Drittel der Kosten, die entstehen, wenn ein Tanker stattdessen Schottland umfährt. Ungerechnet auf den Wert der Ladung eines kleineren Tankers von ca. 5 bis 8 Millionen US-Dollar macht der fällige Betrag nur 0,2 % aus. Die Abgabe auf den Ärmelkanal würde ein Aufkommen von etwa einer Milliarde US-Dollar bringen. Wenn die Meerengen in Asien wie die Straße von Malacca einbezogen werden, können schätzungsweise 3,6 Mrd. erwirtschaftet werden.

Besteuerung des Flugverkehrs: Die internationale Steuer auf Emissionen

Der Flugverkehr ist ein Hauptverursacher des Treibhauseffekts, mit steigender Tendenz.

Aus ökologischen Gründen ist die Besteuerung von Kerosin oder Emissionen sinnvoll, da Fluggesellschaften einen Anreiz haben, in emissionsparende Technologien zu investieren. Etwa 10-25 % der Betriebskosten der Fluggesellschaften entfallen auf Treibstoffe. Die Steuer kann einfach erhoben werden, wenn die Infrastruktur der Treibstofflieferanten genutzt wird. Bei einer EU-weiten Besteuerung von Kerosin von 20 Cent pro Liter wird mit einem Rückgang der Emissionen von 25-35 % bis zum Jahr 2025 gerechnet. Bei einem Satz von fünf Cent pro Liter werden die in der EU anfallen-

den Einnahmen auf 14 Mrd. Euro geschätzt, weltweit auf 13-21 Mrd. Euro. In naher Zukunft ist die Einführung der ökologisch und ökonomisch wünschenswerten Kerosinsteuer nicht wahrscheinlich. Die Luftfahrtlobby konnte sie durch internationale Abkommen verhindern. Etwa 2.000-3.000 bilaterale Abkommen verbieten die grenzüberschreitende Besteuerung von Kerosin zwischen den jeweiligen Staaten. Theoretisch müssten diese Abkommen neu verhandelt werden. Die *Chicago Convention on International Civil Aviation, ein Abkommen von 1944, also aus der Pionierzeit des Flugverkehrs, verbietet die internationale Besteuerung von Flugzeugbenzin. Ab 2003 dürfen grenzüberschreitende Flüge innerhalb der EU besteuert werden, wenn dazu ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten geschlossen wird.*

Eine juristisch unkomplizierte Lösung stellt die Einführung einer *internationalen Steuer auf Emissionen* dar. Weder die *Chicago Convention* noch die bilateralen Abkommen sprechen gegen eine Emissionsabgabe. Darüber hinaus ist die ökologische Wirkung der Emissionssteuer besonders hoch, weil verschiedene Emissionsarten erfasst werden, so zum Beispiel Kohlendioxid- und Stickoxid-Emissionen und besonders klimaschädigende Kondensstreifen. Die Höhe der Steuer kann sich ausrichten am Flugzeug- oder Triebwerkstyp, der Flugroute, der zurückgelegten Distanz, am Ladegewicht oder der Treibstoffqualität. Im Hinblick auf die Nachfrage wird mit einem ähnlichen Rückgang gerechnet wie bei der Kerosinsteuer. Auch die Einnahmen werden in etwa den Einkünften durch die Kerosinsteuer entsprechen.

Eine weitere Möglichkeit, die bilateralen Abkommen zur Steuerbefreiung von Kerosin zu umgehen, besteht in der *Besteuerung von Luftkorridoren*. Wenn ein Flugzeug einen Korridor durchfliegt, zahlt die Gesellschaft dafür eine Abgabe. Auf diese könnte einfach ein Aufschlag erhoben werden, dessen Höhe vom Flugzeugtyp oder dem Kerosinverbrauch abhängt. Der Aufschlag lässt sich kaum umgehen, da eine Umleitung des Flugzeugs in ein benachbartes Land nicht sinnvoll wäre.

Obwohl sich Umweltsteuern bewährt haben, gibt es Kritik aus verschiedenen politischen Lagern. Dass UnternehmerInnen und ihre Lobby sich mit wenigen Ausnahmen gegen Ökosteuern aussprechen, verwundert nicht, da sie aus einer strukturell kurzsichtigen betriebswirt-

schaftlichen Perspektive argumentieren. Häufig wird aber auch angeführt, Umweltsteuern seien nicht sozial, weil Menschen mit geringen Einkommen einen größeren Teil ihres Einkommens für Energie aufwenden müssen und damit verhältnismäßig viel Umweltsteuern bezahlen. Diese Beurteilung lässt sich jedoch nicht verallgemeinern. Ob die Steuer sozial verträglich ist oder nicht, hängt auch in hohem Maße von ihrer spezifischen Gestaltung ab. Beispielsweise ist die Flugticketabgabe in Frankreich verteilungspolitisch progressiv, da Passagiere der First und Business Class zehnmal soviel bezahlen wie Reisende der Economy Class. Eine systematische Untersuchung über den Effekt von Umweltsteuern und -abgaben in England hat gezeigt, dass sich diese Steuern nicht per se nachteilig auf einkommensschwache Haushalte auswirken, wenn sie sozial verträglich konzipiert werden. Zu bedenken ist ferner, dass die Preise für Ressourcen wegen deren Begrenztheit steigen werden. Abrupte Preissteigerungen führen wiederum zu größeren Härten für sozial Schwache. Durch Umweltsteuern kann der Übergang zu einer ökologischen Wirtschaftsweise aber fließend geschehen. Bei der globalen Implementierung von Umweltsteuern muss die Situation von Entwicklungsländern bedacht werden. Diese können sich oftmals keine modernen, umweltsschonenden Energien leisten und würden daher von Umweltsteuern stärker belastet. Hier müsste die Steuerhöhe entsprechend angepasst oder Hilfe zum umweltverträglichen Umbau geleistet werden.

Mit der Einführung der Flugticketabgabe wurde in diesem Jahr die erste internationale Steuer tatsächlich eingeführt. 18 Staaten erheben eine Abgabe auf Flugtickets bzw. sind dabei diese Maßnahme umzusetzen, und zwar Frankreich, Chile, Brasilien, Großbritannien, Südkorea, Norwegen, Zypern, Luxemburg und eine Reihe von Entwicklungsländern, darunter Jordanien, Nicaragua und Madagaskar, Mauritius, die Elfenbeinküste, Kambodscha, Guatemala, Guinea und Mali. Deutschland ist trotz anders lautender Ankündigungen nicht dabei. Mit den Einnahmen wird zwar nicht das „Fieber unserer Erde“ gesenkt, aber die Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose finanziert. Weitere internationale Steuern müssen folgen.

Silke Ötsch ist Mitglied der Arbeitsgruppe internationale Steuern von Attac Deutschland.

Das Konzept der Solidarischen Einfachsteuer (SES)

Wenngleich internationale Steuern neu und unterstützenswert sind, soll die Beschäftigung damit nicht davon ablenken, dass PolitikerInnen in der nationalen Steuerpolitik mehr Handlungsspielraum haben, als häufig behauptet wird. Mit der „Solidarischen Einfachsteuer (SES)“ haben die AutorInnen ein Steuerkonzept erstellt, das auf nationaler Ebene umgesetzt werden kann, die Rahmenbedingungen des internationalen Steuerwettbewerbs berücksichtigt und das Steuersystem gerechter gestalten soll. (Anm. d. Red.)

Der allgemeine Ruf nach Steuervereinfachung ist verständlich und berechtigt. Besonders das Unternehmenssteuerrecht ist durch die ständigen Gesetzesneuerungen hoch komplex, in sich widersprüchlich und nicht einmal mehr Fachleuten verständlich. Statt einer klaren Ausrichtung an einer umfassenden Gewinnbesteuerung enthält das Unternehmenssteuerrecht eine Vielzahl von Einzelregelungen zur Gewinnermittlung in Sonderfällen. Gerade in den letzten Jahren sind mit der Senkung der Steuersätze eine Reihe von Vorschriften eingefügt worden, die die Möglichkeiten des Steuermissbrauchs einschränken sollen. Sie lassen jedoch – zum Teil gewollt, zum Teil wegen ihrer schlampigen Formulierung – Schlupflöcher offen, die von findigen Beraterinnen und Beratern genutzt werden. Immer weniger hochprofitable Unternehmen zahlen Steuern.

Es zeigt sich, dass der Sinn aller Forderungen der Wirtschaftsverbände im Kern nur das Ziel verfolgt, immer noch weniger Steuern zu zahlen. Und die Frage ist erlaubt, ob sie mit ihren Klagen bei einem 0-Steuersatz aufhören würden. Eine Vielzahl unserer „unabhängigen“ Wirtschaftsprofessorinnen und -professoren und der veröffentlichten Meinungen verstärken diesen Chor. Und dieses Hohelied des Neoliberalismus setzt die Regierungen aller Industrieländer unter Druck und sie reagieren wie gewollt. Ein ruinöser Steuererhöhungswettbewerb ist entstanden, den die Interessenverbände der Wirtschaft schamlos für Drohungen mit dem Wegzug ausnutzen, um die Reaktionen der Regierungen zu verstärken und zu beschleunigen. Und sie haben damit Erfolg. So lange die deutsche Regierung das große Gewicht Deutschlands nicht vehemen-

ter einsetzt, um europäische und internationale effektive Vereinbarungen zur Beendigung der ruinösen Steuerkonkurrenz durchzusetzen, bleiben alle nationalen Maßnahmen, Steuerschlupflöcher zu schließen, wenig wirksames Stückwerk und die Absichtserklärungen zur aufkommensneutralen Reform der Unternehmensbesteuerung Sonntagsreden.

Deshalb ist die Große Koalition grade wieder dabei, ein weiteres Steuergeschenk für die Unternehmen vorzubereiten. Auch jetzt geht es angeblich um Steuervereinfachung, um die Schließung von Steuerschlupflöchern oder auch um die „Verbreiterung der Bemessungsgrundlage“, wie der Fachausdruck heißt. Es wird darauf hinauslaufen, dass den Unternehmen 8 bis 15 Mrd. Euro weniger Steuern abgenommen werden als bisher. Das bezahlen dann Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Wäre der Ruf nach Steuervereinfachung ernst gemeint, wäre der Entwurf einer Solidarischen Einfachsteuer (SES) von Politik und Medien aufgegriffen worden.

Diesen Entwurf hat eine Gruppe von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Gewerkschaftern und Vertretern des globalisierungskritischen Netzwerks Attac Anfang 2004 als Reaktion auf die seinerzeit wuchernden Einfachsteuerkonzepte von Prof. Kirchhof, des Sachverständigenrates und auf den berüchtigten Bierdeckel vorgelegt.

Das Konzept verfolgt folgende Ziele:

Es soll wieder eine **gerechte Belastungsdifferenzierung** hergestellt werden zwischen Armen und Reichen, zwischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Selbständigen und Rentnerinnen und Rentnern, zwischen Jung und Alt. Deswegen bleibt es im Konzept bei einem progressiven Tarif. Auch die Geschlechtergerechtigkeit wird beachtet. Dazu müssen alle Einkommen der Steuerpflichtigen erfasst und einem einheitlichen Steuertarif unterworfen werden. Eine gleichmäßige Besteuerung aller Einkommen ist auch wirtschaftspolitisch angezeigt, weil viele unsinnige Lenkungswirkungen des gegenwärtigen Systems vermieden werden.

Alle Einkünfte, die durch erwerbswirtschaftliche Aktivitäten außerhalb der Privatsphäre entstehen, sind grundsätzlich steuerpflichtig. Steuerfrei bleiben lediglich Eigenleistungen im privaten Haushalt, selbst genutztes Privatvermögen (eigene Wohnung etc.) und Transfers wie Sozialhilfe, Wohngeld, Stipendien etc.

Bei der Einkommensermittlung müssen Erwerbskosten (Betriebsausgaben, Werbungskosten) abgezogen werden. Ziel ist, die wirklichen, in der Periode entstehenden Gewinne und Einkommen zu erfassen. Steuervergünstigungen müssen gestrichen und Gestaltungsmöglichkeiten vor allem bei der Gewinnermittlung so weit wie möglich reduziert werden. Ausgaben der privaten Lebensführung dürfen nicht abgezogen werden, bei teilweise privat motivierten Aufwendungen wie z. B. Bewirtungskosten oder einem Arbeitszimmer in Privatwohnung sind strenge Maßstäbe und Höchstbeträge anzuwenden. „Liebhaberei“ darf nicht steuerlich anerkannt werden, also wenn jemand private Interessen als Erwerbstätigkeit deklariert und die dabei entstehenden Verluste verrechnen will, etwa bei Galerien, Reitställen oder der Vermietung von Ferienhäusern, Yachten etc.

Je mehr es gelingt, die tatsächlichen Gewinne und Einkommen zu erfassen und die Bildung von stillen (steuerfreien) Reserven zu unterbinden, desto weniger ist eine Begrenzung des Verlustausgleichs zwischen den Einkunftsarten oder auf der Zeitachse (Verlustvortrag) erforderlich. Für die Alt-Verluste aus dem bisherigen System werden allerdings die gegenwärtigen Beschränkungen bei der Nutzung des Verlustvortrags beibehalten, um das Unternehmenssteueraufkommen zu stabilisieren.

Den Autorinnen und Autoren ist dabei bewusst, dass die Unternehmensbesteuerung in den Mitgliedsstaaten der EU durch die jüngsten Entwicklungen der europäischen Rechtsprechung zur Unternehmensbesteuerung sowie durch den verschärften Steuerwettbewerb im Zuge der EU-Osterweiterung zunehmend unter politischen Druck gerät. Vor dem Hintergrund dieser neueren Entwicklung werden die Vorschläge zur Unternehmensbesteuerung gegenwärtig von der Autorengruppe weiter geprüft und überarbeitet. Nach der Überarbeitung wird das SES-Konzept entsprechend aktualisiert.

Im Unterschied zum Mainstream der Steuerdiskussion formulieren die Autorinnen und Autoren des Konzepts: Es gibt keinen Spielraum für Nettoentlastungen. Es muss Schluss sein mit der selbst verschuldeten Sparpolitik. Die öffentlichen Hände brauchen mehr Geld für sinnvolle öffentliche (Zukunfts)-Aufgaben.

Denn die Autorinnen und Autoren erkennen, dass die öffentlichen Haushalte schon seit Jahren in einer scheinbar ausweglosen Lage sind: Aufgrund der Steuererleichterungen der letzten Jahre brachen, verstärkt durch die damals schwache Konjunktur, die Steuereinnahmen ein; die jetzigen, konjunkturbedingten Steuererleichterungen können das nicht ausgleichen. Die Ausgaben für Arbeitslosengeld I und Arbeitslosengeld II steigen, weil immer mehr Menschen Langzeitarbeitslose werden und die sozialen Probleme zunehmen. Auch die deutsche Wiedervereinigung verursacht nach wie vor Ausgabenbedarf. Gleichzeitig steigt der Bedarf an öffentlichen Ausgaben unabhängig von den konjunkturbedingt gewachsenen sozialen Bedarfen und werden in Zukunft weiter zunehmen, auch wenn das der wirtschaftspolitische Zeitgeist nicht wahrhaben will: Investitionen in die Schul- und Hochschulbildung, in die flächendeckende Kinderbetreuung, in Forschung, in kommunale und ökologische Infrastruktur stehen auf der Agenda aller politischen Parteien zumindest der Rhetorik nach ganz oben. In der praktischen Politik jedoch fällt die Sozialpolitik, fallen aber auch die zentralen Zukunftsausgaben zunehmend einer strengen Sparpolitik zum Opfer – der Staat hat zu wenig Geld.

Die Finanznot der öffentlichen Haushalte ist aber nicht einfach naturgegeben oder Resultat allein der letzten Konjunkturkrise. Sie ist vielmehr zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, dass sich die Regierungen durch Steuerreformen selbst das Wasser abgegraben haben: Großzügige Nettoentlastungen – vor allem zu Gunsten der Wohlhabenden und gut Verdienenden sowie der Unternehmen – reißen bei weiter bestehenden Ausnahmen und Steuervergünstigungen große Löcher in die öffentlichen Haushalte. Unter Hinweis auf die Untragbarkeit der hohen Staatsverschuldung und das Damokles-

schwert des EU-Stabilitätspakts wird hektisch auf der Ausgabenseite gekürzt. Auf der Strecke bleiben die soziale Sicherung und die Zukunftsaufgaben. Eine Politik der Steuerentlastungen dient so letztlich dem vordergründig populären Ziel, den staatlichen Einfluss zurückzudrängen – Motto: Nur ein armer Staat ist ein guter Staat. Dabei ist der staatliche Einfluss in Deutschland nicht zu groß – die Steuer- und Abgabenquote liegt im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld, die eigentliche Steuerquote sogar niedrig. Angesichts der unerledigten Zukunftsaufgaben sind die öffentlichen Ausgaben eher zu niedrig. In Deutschland ist der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in den letzten zehn Jahren ständig gefallen und liegt nun bei nur noch 1,4 %, während der EU-Durchschnitt ziemlich stabil blieb und bei 2,5 % liegt. Allein um diesen Rückstand aufzuholen, müssten die öffentlichen Investitionen in den nächsten Jahren um 24 Mrd. Euro steigen.

Weil die Menschen aber einen handlungsfähigen, sozial gerechten und zukunftsfähigen Staat brauchen, haben Nettoentlastungen in unserem Steuerkonzept keinen Platz. Das heißt, Senkungen der Steuersätze werden nur so weit vorgenommen, wie sie durch Abbau von Steuervergünstigungen finanziert werden können. Entsprechend diesen erkannten Anforderungen bringt das Konzept zur Finanzierung zentraler Zukunftsaufgaben ein deutliches Mehraufkommen von ca. 36 Mrd. Euro gegenüber dem geltenden Gesetz.

Als Resümee halten wir fest: Gerecht und einfach besteuern – Staatsfinanzen in Ordnung bringen!

Diesen Slogan aus vergangenen Steuerdebatten vermag unser Vorschlag einer Solidarischen Einfachbesteuerung tatsächlich einzulösen.

Einfach ist unsere Steuer, weil sie mit den Schlupflöchern im Unternehmens- und Kapitalbereich aufräumt, also dort, wo das geltende Einkommensteuerrecht tatsächlich kompliziert und auch für Fachleute kaum durchschaubar ist.

Solidarisch ist die von uns vorgeschlagene Steuer aus zwei Gründen:

Sie besteuert das Einkommen der Bürgerinnen und Bürger nach ihrem wirtschaftlichen Leistungsvermögen. Die stärkeren Schultern haben mehr zu tragen als die Schwachen, weil sie ja mehr Kraft haben. So tritt der Starke auch im Steuerrecht für den Schwachen ein.

Solidarisch ist unsere Steuer aber auch deshalb, weil sie dafür sorgt, dass solidarisches Miteinanderleben dadurch möglich bleibt, dass die öffentlichen Kassen das leisten können, was eine Gesellschaft zum Leben braucht: Bildung und Ausbildung, öffentliche Infrastruktur, Ver- und Entsorgung, Verkehr, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Kinderversorgung, Altenheime...

Der finanziell handlungsfähige Sozialstaat ist für die Schwachen lebensnotwendig. Diese historische Lehre wollen wir nicht vergessen. Neoliberale Ideologen haben zu diesem Gedanken keinen Zugang. Für sie ist jede und jeder für sich selbst und nur für sich selbst verantwortlich. Alle gegen alle, das ist ihr Marktprinzip, das angeblich zum Wohlstand für alle führt. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen und nicht Einzelgänger. Deshalb müssen die öffentlichen Hände die notwendigen Mittel für ihre von den Bürgerinnen und Bürgern geforderten Aufgaben bekommen. Das leistet unsere solidarische Einfachsteuer.

Die Autorinnen und Autoren der SES:
Sven Giegold (Attac), Rudolf Hickel (Memo), Ralf Krämer (ver.di), Astrid Kraus (Attac), Detlev v. Larcher (Attac), Axel Troost (Memo), Achim Truger (IMK in der Hans-Böckler-Stiftung), Burkhard Winsemann

Detlev v. Larcher ist Mitglied der Arbeitsgruppe Internationale Steuern und des Koordinierungskreises von Attac Deutschland und Mitglied des Lenkungskreises des Tax-Justice-Network. Er war stellv. Sprecher der SPD im Finanzausschuss des Bundestages und 12 Jahre MdB.

Der Steuerwettbewerb ruiniert den Sozialstaat

International und auch innerhalb der Europäischen Union findet seit einiger Zeit bei den Gewinnsteuern (sogenannte Körperschaftsteuer) ein massiver Wettlauf nach unten statt. Auf Druck der Wirtschaftslobbies werden die Gewinnsteuersätze in einem Land nach dem andern gesenkt, um so angeblich als Standort für Investitionen attraktiv zu bleiben. Als Steuerwettbewerb werden in diesem Beitrag gesetzliche Steuer-senkungen angesehen, die dem jeweiligen Land gegenüber konkurrierenden Staaten zu Standortvorteilen verhelfen sollen.

Der Standortwettbewerb bei den Steuern findet allerdings nicht nur über die Gewinnsteuersätze statt. Es gibt ihn auch

- über Ausnahmeregelungen bei der Steuerbemessungsgrundlage, wodurch die effektive Steuerleistung vermindert wird,
- über Sonderregelungen für SteuerausländerInnen⁴ oder Tochterfirmen ausländischer Konzerne
- über besonders unternehmensfreundliche Regelungen in Doppelbesteuerungsabkommen,
- über die Spitzensteuersätze in der Einkommenssteuer (Stichwort „Flat tax“),
- über die Besteuerungsregeln für private Kapitaleinkommen,⁵
- über die Vermögensteuer, die Erbschaftssteuer, ...

Im folgenden werden in erster Linie die Entwicklungen bei den Gewinnsteuern und die Konsequenzen daraus betrachtet. Der Steuerwettbewerb kann zwischen Staaten aber auch zwischen Regionen (z. B. den Schweizer Kantonen) stattfinden. In der Europäischen Union ergibt sich die äußerst fragwürdige Situation, dass innerhalb eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes, dem so genannten Binnenmarkt⁶, der eine sehr hohe Mobilität des Kapitals garantiert, kaum Regelungen für die Besteuerung von Gewinnen bestehen.

Dies wurde bereits in der Vergangenheit als ein unbefriedigender und wettbewerbsverzerrender Zustand angesehen. Daher wurden auch Initiativen in Richtung Harmonisierung gesetzt, die letztlich scheiter-

ten. Der Richtlinienentwurf für die Harmonisierung des Körperschaftsteuersystems von 1975 wurde nicht einmal im EU-Ministerrat behandelt und auch der Ruding Report über die Unternehmensbesteuerung von 1992 verschwand in der Schublade.⁷ So bestehen in den nunmehr 25 Mitgliedsstaaten gravierende Unterschiede bei den Steuersätzen und Bemessungsgrundlagen und auch total unterschiedliche Systeme, was die steuerlichen Beziehungen zwischen Kapitalgesellschaft und Gesellschafter anbelangt. Bedeutend wurde in letzter Zeit in der europäischen Steuerpolitik die Rechtsprechung des EUGH: Im Bereich der Unternehmensbesteuerung wurden öfters nationale Regelungen zugunsten der Unternehmen als europarechtswidrig⁸ befunden und so die Kompetenz der nationalen Gesetzgeber eingeschränkt.

Wettbewerb ist in Mode

Inzwischen dominieren – wie generell in wirtschaftspolitischen Debatten – die neoliberalen BefürworterInnen eines Standortwettbewerbes zwischen den Mitgliedsstaaten auch über die Steuern. Begründet wird dieser Standpunkt mit einer dadurch erzwungenen Effizienzsteigerung bei der Erstellung öffentlicher Güter⁹. Der Steuerwettbewerb würde zudem den Drang nach Ausweitung der Staatstätigkeit begrenzen und das Leistungsangebot an öffentlichen Gütern verstärkt an den Präferenzen der BürgerInnen ausrichten. Ein „race to the bottom“ bei der Gewinnbesteuerung würde nicht stattfinden.

Einige Fakten zur Entwicklung der Gewinnsteuersätze

Die Tabelle zeigt die Entwicklung der nominellen Gewinnsteuersätze (Körperschaftsteuer inkl. zusätzlicher Steuern vom Gewinn; 1973 und 1986 nur KöSt) in ausgewählten Ländern über mehrere Jahrzehnte. In früheren Jahrzehnten war es offensichtlich üblich, dass die Allgemeinheit durch hohe Steuersätze kräftig auf die privaten Gewinne von Kapitalgesellschaften zugriff.

In den 80er-Jahren setzte sich zuerst in Großbritannien (unter Thatcher) und den USA (unter Reagan) die neoliberale These durch, dass eine niedrigere Gewinnbesteuerung zu mehr (privaten) Investitionen und damit zu mehr wirtschaftlichem Wohlstand führen würde.

Damit wurde eine Spirale in Gang gesetzt. Unter den alten Mitgliedsstaaten hat Irland seit einigen Jahren den niedrigsten Steuersatz. Am 1. Mai 2004 sind die mittelosteuropäischen Staaten mit überwiegend niedrigen Gewinnsteuersätzen (unter 20 Prozent) der EU beigetreten. Dies war der Anlass für die Unternehmerverbände, wirtschaftsfreundliche Medien und die damalige Regierung in Österreich, eine letztlich erfolgreiche Kampagne für massive Steuersenkungen zu führen. Diese Maßnahme wurde zudem „ergänzt“ durch eine sehr großzügige Verlustverrechnung innerhalb eines Konzerns (Fachjargon „Gruppenbesteuerung“). Damit ist zu befürchten, dass sich die Körperschaftsteuer in Österreich zu einer Bagatellsteuer entwickelt. Die Erwartungen hinsichtlich vermehrter Betriebsansiedlungen haben sich bisher nicht erfüllt.

Die aggressive Werbung mit dem neuen österreichischen Steuerrecht um Investoren im Nachbarland Bayern sorgte sogar für politische Unstimmigkeiten und führte schnell zu einer Steuersenkungsdebatte in Deutschland. Die derzeitige große Koalition ist gerade dabei, den Steuersatz massiv von 39 auf ca. 29 Prozent (inkl. Gewerbesteuer) zu senken und kräftige Steuerausfälle in Kauf zu nehmen.

1985 lagen die Gewinnsteuersätze in den Industriestaaten durchschnittlich noch bei 51 Prozent, inzwischen aber nur noch bei 29 Prozent¹⁰. In der EU-15 sanken die Steuersätze von durchschnittlich 38 Prozent im Jahr 1997 auf 31 Prozent im Jahr 2004 und nunmehr 29 Prozent!¹¹

Zum Vergleich: Die Kommission schlug 1975 eine Bandbreite bei den Steuersätzen von 45 bis 55 Prozent vor, der Ruding-Report eine von 30 bis 40 Prozent!¹² Hinzu kommt, dass die effektiven Steuersätze (Steuerleistung in Prozent des handelsrechtlichen Gewinnes) zum Teil noch beträchtlich darunter liegen. Dies erklärt sich durch diverse Ausnahmen bei der Steuerbemessungsgrundlage, z. B. Verlustverrechnungen, Sonderabschreibungen etc.¹³ Es ist klar, dass den Transnationalen Konzernen die derzeitige Situation sehr gut gefällt.

⁴ Z. B. mehrjährige „tax holidays“ in Sonderwirtschaftszonen; dieser Wettbewerb wird von der EU als unerwünscht steuerschädlich bezeichnet und im so genannten Code of Conduct wurde die Vereinigung verschiedener Maßnahmen vereinbart

⁵ Die wenig griffige Zinsenrichtlinie sieht keine Harmonisierung, sondern nur Regeln über die steuerliche Behandlung ausländischer EU-Bürger vor.

⁶ Wesentlich hier: Kapitalverkehr, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsverkehr

⁷ Vgl. Philipp Genschel, Steuerharmonisierung und Steuerwettbewerb in der Europäischen Union, Frankfurt/Main 2002

⁸ Z. B. wegen Verletzung der Kapitalverkehrs- und Niederlassungsfreiheit

⁹ Andere sind der Ansicht, dass sich Grundsätze des Unternehmenswettbewerbes eben nicht auf Staaten und die Erstellung öffentlicher Güter übertragen lassen, so z. B. Hohaus, B., Steuerwettbewerb in Europa, Frankfurt/Main 1996

¹⁰ Attac Österreich

¹¹ KPMG's Corporate Tax Rate Survey 2006

¹² Genschel, a. a. O.

¹³ z. B. Jarass/Obermair, Geheimnisse der Unternehmenssteuern, Marburg 2004

Nominelle Gewinnsteuersätze 1) in ausgewählten Ländern

	1973	1980	1986	1993	1999	2006	Senkung seit 1973	Senkung seit 1993
Austria	55	55	55	39	34	25	30	14
Belgium	37,8	48	45	40,17	40,17	33,99	3,81	6,18
Denmark	36	n. v.	50	34	32	28	8	6
Finland	n. v.	59	n. v.	25	28	26		-1
France	50	50	45	33,33	40	33,33	16,67	0
Germany	52,53	52,8	56	59,67	52,3	38,34	14,19	21,33
Ireland	n. v.	45	n. v.	40	28	12,5		27,5
Italy	39,7	36,3	46,37	52,2	41,25	37,25	2,45	14,95
Luxemburg	n. v.	n. v.	n. v.	39,39	37,45	29,63		9,76
Netherlands	48	48	42	35	35	29,6	18,4	5,4
Spain	n. v.	33	n. v.	35	35	35		0
Sweden	53	n. v.	52	30	28	28	25	2
United Kingdom	50	52	35	33	31	30	20	3
Switzerland ²⁾	34,88	n. v.	33,6	28,5	25,1	29	5,88	-0,5
USA ²⁾	51,6	n. v.	51,4	40	40	40	11,6	0
Japan	n. v.	n. v.	n. v.	52,4	48	40,69		11,71

1) 1973 und 1986 nur Köst-Satz, ohne lokale Steuern vom Gewinn (z. B. Gewerbesteuern in D und A), 1980 (ausg. A); 1993, 1999 und 2006 inkl. dieser Steuern
2) Unterschiedliche Sätze je nach Bundesstaat bzw. Kanton
Quellen: für die Jahre 1973 und 1986: Gerhard Lehner, Steuerpolitik in Österreich, Wien 1987; für das Jahr 1980: EU-Kom, Economic paper von Gaetan Nicodeme, 2006
für die Jahre 1993, 1999 und 2006: KPMG's Corporate Tax Rate Survey 2006

Auswirkungen auf die Steuereinnahmen

Diese Entwicklung hat allerdings nicht automatisch zu massiven Einbrüchen bei den Einnahmen aus Gewinnsteuern geführt. Es gibt nämlich Trends, die in die andere Richtung wirken: Die massiv gestiegenen Gewinne der Großkonzerne, der „Trend zur Kapitalgesellschaft“ (immer mehr Unternehmen werden in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft geführt), die bilanzielle Verschiebung des erwirtschafteten Gewinnes mittels konzerninterner Verrechnungspreise zu Tochterfirmen in Niedrigsteuerrändern (ganz massiv von den USA nach Irland) und die Steuersatzsenkungen wurden öfters auch mit der Streichung von Steuerausnahmen verbunden.

Wie viel dieser Wettbewerb letztendlich die Allgemeinheit an entfallenen Steuereinnahmen kostet, ist unbekannt. Kräftig zurückgegangen sind jedenfalls diese Steuereinnahmen in den letzten Jahrzehnten in Deutschland. Das österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) hat für den Zeitraum 1983 bis 1995 für 9 EU-Länder den Rückgang der Gewinnsteuereinnahmen um mehr als ein Drittel errechnet. Die Steuern auf Löhne und Gehälter sind hingegen um 13 Prozent gestiegen¹⁴. In der Schweiz werden die Kosten des gesamten Steuerwettbewerbs (inkl. desjenigen bei der persönlichen Einkommensteuer etc.) zwischen den Kantonen und Gemeinden auf 4 Milliarden Franken geschätzt.¹⁵

Dieser – von Neoliberalen oft als gesund bezeichnete – Steuerwettbewerb, hat aber nicht nur eine Aushöhlung der öffentlichen Finanzen mit der Folge einer angeblichen Unfinanzierbarkeit der öffentlichen Dienst-

leistungen zum Ergebnis.

Es verschiebt sich auch die Steuerbelastung immer mehr auf die ArbeitnehmerInnen und die KonsumentInnen. Diese müssen mit ihren Steuern dafür zahlen, dass die Großkonzerne eine gute Infrastruktur, gut qualifizierte ArbeitnehmerInnen, Wirtschaftsförderungen, usw. günstig in Anspruch nehmen können. Den ArbeitnehmerInnen aber, die ohnehin mit steigender Arbeitslosigkeit, sich verschlechternder Einkommensverteilung und stagnierenden Löhnen konfrontiert sind, werden ihre staatlichen Sozialleistungen gekürzt. Dadurch werden diese auch immer weniger zur Finanzierung des Sozialstaates bereit sein und die bisher öffentlichen Dienstleistungen können zwecks privater Gewinnerzielung noch leichter privatisiert werden.

Warum ist dieses Schlaraffenland für die Konzerne durchsetzbar, in dem aus Sicht der Konzerne zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden? Erstens geringe Steuerleistungen (damit mehr an die AktionäreInnen ausgeschüttet werden kann) und zweitens werden derart Sachzwänge zur scheinweisen Demontierung des ungeliebten Sozialstaats konstruiert.

Durch die weltweiten Liberalisierungen der Märkte (WTO, EU-Binnenmarkt) und die wirtschaftlichen Konzentrationsprozesse ist die ökonomische und politische Macht der Großkonzerne und des Finanzkapitals enorm gestiegen. Dazu kommt, dass diese Kreise es im Verbund mit den meisten Medien bestens verstehen, ihre spezifische Interessenslage zu verschleiern und sogar als im Allgemeininteresse zu verkaufen: Wenn die Gewinnsteuern nicht gesenkt werden, würden Betriebe massenhaft in Niedrigsteuerrändern (z. B. die Beitrittsländer) abwandern und hunderttausende Arbeitsplätze verloren gehen. Nur durch eine Steuersenkung könne der Wirtschaftsstandort gerettet und die Standortqualität erhalten und verbessert werden. So wurden die ÖsterreicherInnen im Zuge der Steuerreform-

debatte vor ein paar Jahren erpresst.

Alternativen und Gegenstrategien

Es liegt an der Politik in Europa, an den Regierungen der Mitgliedsstaaten und der Kommission, dieser unheilvollen Richtung Einhalt zu gebieten. Dazu müssten aber die Staaten ihren nationalen Egoismus einschränken, dem neoliberalen Mainstream abschwören und den Erpressungen durch die Großkonzerne und ihrer Lobbyisten Paroli bieten. Gewerkschaften und NGOs sind gefragt, Druck in diese Richtung auszuüben. Insbesondere wird es aber notwendig sein, die Kämpfe gegen Sozialabbau mit den Fragen der Finanzierung und der Steuerleistungen zu verbinden.

Um letztendlich die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu sichern bzw. wieder her zu stellen, ist es notwendig, dass bei den mobilen Faktoren die Steuern EU-weit harmonisiert werden. Dazu braucht es einen Mindeststeuersatz und eine einheitliche Steuerbemessungsgrundlage. Das derzeit von der EU-KOM laufende Projekt einer einheitlichen Bemessungsgrundlage ohne Mindeststeuersatz würde – im Falle einer eher unwahrscheinlichen Realisierung – bewirken, dass sich durch die höhere Vergleichbarkeit der Steuerbelastung zwischen den Staaten der Wettbewerb bei den Steuersätzen weiter verschärfen würde. Es wäre überhaupt zu überlegen, aus der Körperschaftsteuer eine EU-Steuer mit EU-weit einheitlicher Bemessungsgrundlage und einheitlichen Steuersatz zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben zu machen (siehe Initiative des ÖGB Oberösterreich, des DGB Bayern und des südböhmischen Gewerkschaftsbundes).

Franz Gall ist Mitarbeiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer Oberösterreich, Linz/Donau und Unterstützer von ATTAC-Österreich.

¹⁴ Kramer, H., Economic Aspects of Tax Coordination in the EU, Vienna 1998

¹⁵ Vontobel W., Steuerwettbewerb kostet uns 4 Milliarden Franken, www.blick.ch/wirtschaft

Was ist los bei Attac Frankreich?

Vorbemerkung der SiG-Redaktion, mdv

Bei den Wahlen für den Verwaltungsrat von Attac Frankreich im Dezember haben die Kritiker an der bisherigen Attac-Führung die Mehrheit der Sitze gewonnen. Diese Wahlen waren vorgezogen worden, nachdem der im Juni gewählte Verwaltungsrat wegen einer Wahlfälschung, deren Betreiber unbekannt geblieben sind, zurückgetreten war (Siehe Sand im Getriebe Nr.)

Im Juni war auch deutlich geworden, dass es innerhalb von Attac Frankreich heftige Auseinandersetzungen gibt. Für Außenstehende ist die Heftigkeit der anscheinend unversöhnlichen Kritik an Personen und an interne Verfahren schwer verständlich und die Differenzen zwischen den beiden Gruppen sind nicht leicht nachzuempfinden.

Wir hoffen, dass Attac Frankreich diesen Riss produktiv überwinden wird, da das für die gesamte globalisierungskritische Bewegung von großer Wichtigkeit ist. Ein Lichtblick ist immerhin die Einigung beider Fraktionen auf das „Manifest 2007“, das jetzt nach einem Jahr kollektiver Ausarbeitung erscheint (Wir werden für Sand im Getriebe zumindest Auszüge übersetzen).

A. Erklärung des im Dezember 2006 neu gewählten Verwaltungsrats vom 16.12.2006

B. Stellungnahmen von Mitgliedern des im Juni gewählten Verwaltungsrats für den Mitgliederrundbrief „Lignes d'Attac“ von September 2006. In der ersten Stellungnahme wenden sich Attac-Mitglieder gegen die Spaltung von Attac in zwei „Clans“, die zweite („Für eine globalisierungskritische und demokratische Attac-Bewegung“) wurde u.a. von Susan George und Jean-Marie Harribey unterzeichnet, die dritte („Für ein Attac der zweiten Generation“) u.a. von Bernard Cassen und Jacques Nikonoff.

Erklärung des Verwaltungsrates von Attac Frankreich, 16. Dezember 2006

Nach einer für Attac schwierigen Phase sollen die Wahlen zum Verwaltungsrat (VR) der Start für den Neubeginn der Vereinigung sein. Ein **erster Erfolg** sind die unanfechtbaren Wahlergebnisse, die dank eines beispielhaften Auszählungsverfahrens erzielt wurden, Ergebnis der Arbeit der Wahlkommission und der für die Auszählung durchgeführten starken Mitgliedermobilisierung.

Einen zweiten Erfolg stellt die Rekordbeteiligung an diesen Wahlen dar, die einerseits von dem Wunsch zeugt, dass Attac über einen legitimen VR verfügen soll, und andererseits die Bindung der Mitglieder an die Vereinigung deutlich macht.

Diese Ergebnisse tragen in sich das Versprechen, dass die Vereinigung künftig wieder in aller Besonnenheit sich ihren Kampagnen, ihren Mobilisierungen sowie ihrem Manifest widmen kann. Für den Wiederaufbau von Attac muss die Begeisterung ihrer Aktivisten zurückkehren. Attac muss wieder zu einem zentralen Bezugspunkt für Mobilisierungen und im Kampf der Ideen werden.

Auch wenn es notwendig bleibt, den Wahlbetrug vollständig aufzuklären – dazu dient die gegen Unbekannt eingereichte Klage – ist es für unsere Vereinigung an der Zeit, die ganze für einen Neubeginn notwendige Zuversicht wieder zu finden.

Dazu ist es erforderlich, die Einheit zu bewahren und sich auf allen Ebenen von Attac in einer kollegialen Zusammenarbeit zusammen zu finden, über alle Konflikte und Meinungsverschiedenheiten hinweg, die entstanden sein konnten, damit sich bei den Aktivitäten der Vereinigung keine unterschiedlichen Flügel herausbilden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Arbeitsweise unserer Vereinigung den demokratischen Werten entspricht, die

wir vertreten. Kollegiale Entscheidungen müssen auf allen Ebenen der Vereinigung die Regel sein.

Aus diesem Grund hat der VR beschlossen, den von der Generalversammlung vom Dezember 2005 in La-Roche-sur-Foron verabschiedeten Beschluss anzuwenden, nämlich eine **doppelt besetzte Präzidentschaft** zu bilden. Der VR wählte Aurélie Trouvé und Jean-Marie Harribey.

Für den **Vorstand** hat der VR einmütig bei drei Enthaltungen folgende Kandidaten gewählt: Verveine Angeli (Union syndicale Solidaires), Geneviève Azam, Christelle Baunez (Schatzmeisterin), Geneviève Coiffard-Grodoy, Marc Delepoupe (FSU), Jean-Marie Harribey, Julien Lusson (AITEC), Wilfried Maurin, Christian Pilichowski (UGICT-CGT), Maël Theulière, Aurélie Trouvé, Frédéric Viale.

Alle Mitglieder des VR sind ersucht worden, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen und alle Freiwilligen sind gewählt worden. Es ist vorgesehen, dass die Vertreter des VR ab sofort bei größeren Aufgaben in Arbeitsgruppen tätig werden, die durch Mitglieder von außerhalb des VR erweitert werden.

Schließlich wurde der Delegierte Jean-Louis Sounes, in seinen Funktionen bestätigt.

Die **finanzielle Lage** der Vereinigung bleibt besorgniserregend. Ein Antrag für einen Sanierungsplan ist am 1. Dezember eingereicht worden. Der VR ruft alle örtlichen Komitees dazu auf, die Kampagne für die Erneuerung der Mitgliedschaften zu intensivieren und gleich zu Beginn des Jahres 2007 zu Spenden aufzurufen.

Dieser Zeitpunkt kann auch dazu genutzt werden, mit allen ehemaligen Mitgliedern und Sympathisanten erneut Kontakt aufzunehmen, sie dazu zu bewegen, sich erneut in

unserer Vereinigung zu engagieren und sich an der notwendigen Sanierung unserer finanziellen Situation zu beteiligen.

Nachdem der vorige VR die „Buch“-Fassung des Manifests verabschiedet hatte, das Anfang Januar erscheinen soll, hat der neue VR sich im Dezember für die vierseitige Fassung entschieden. Die **Kampagne für das Manifest** soll es Attac ermöglichen, sich in der aktuellen politischen Debatte Gehör zu verschaffen.

Es geht also darum, Bedingungen zu schaffen, damit die Mitglieder und die örtlichen Komitees sich dieses Manifest aneignen.

Aus diesem Grund hat der VR beschlossen, dieses Manifest an alle Mitglieder zu verschicken. Er ruft die örtlichen Komitees dazu auf, die Aktivitäten für eine öffentliche Debatte dieses Dokuments zu verstärken.

Der VR beginnt jetzt schon mit den Vorbereitungen für die **Sommerakademie und der Chemins de la Découverte 2007**, die weiterhin Orte des Austausches von Wissen und Erfahrung bleiben und fruchtbare Begegnungen zwischen den Mitgliedern ermöglichen sollen.

Die Vorbereitung für den **Gegengipfel zum G8-Treffen** im Juni 2007 hat unter den Kampagnen Priorität; sie stellt eine gute Gelegenheit dar, die erste Bestimmung von Attac wieder zu bekräftigen, nämlich den Kampf gegen den Neoliberalismus in seiner internationalen Dimension zu führen.

Außerdem hat der VR beschlossen, den **Kampf gegen die letzte Phase der Privatisierung des Strommarktes**, die am 1. Juli 2007 stattfinden soll, zu einer vorrangigen Kampagne zu machen. Schließlich wird ein **offenes Seminar zum Thema „Die sozialen Bewegungen und die ökologische Krise“** von Attac in Zusammenarbeit mit anderen Partnern am **24. März** organisiert. Dieses Seminar soll die Grundlagen für neue Kampagnen legen.

2. Erklärung der Mitglieder des Verwaltungsrats, die den Text „Die Zukunft von Attac, für eine Attac der zweiten Generation“ unterschrieben haben.

Trotz der Aufrufe gewisser Mitglieder der Vereinigung im Rahmen einer besonders heftig geführten Kampagne, den VR von den Unterzeichnern unseres Textes „zu säubern“, sind wir in dieser Versammlung anwesend. In einer verschwindend kleinen Minderheit zwar, aber wir sind da.

Dieses Ergebnis beweist, dass die Debatte sich nicht gänzlich auf die schlimmen Anschuldigungen hinsichtlich des Wahlbetrugs vom Juni 2006 versteift hat, und dass eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern unsere Vorstellung von Attac teilt.

Wir werden weiter unsere Vorstellung von einer unabhängigen und innovativen Vereinigung verteidigen, die sich entschlossen auf die Aufklärung der breiten Volksmassen ausrichtet und deren soziale Basis ab jetzt erweitert werden muss.

Dennoch besteht Attac nicht nur aus zwei „Klans“, die in allen Dingen von vornherein gegeneinander arbeiten. Wir werden keine Fundamentalopposition betreiben und werden alle Vorschläge der Mehrheitsfraktion Fall für Fall prüfen.

Wir haben ebenfalls vor, den neuen „Füh-

rungsstil“, der sich abzeichnen wird, aufmerksam zu verfolgen, in der Hoffnung, dass er sich tatsächlich als offen erweist, und dass er eine transparent geführte grundlegende Debatte in allen Gliederungen der Vereinigung erlaubt.

Wir wünschen, dass sich Attac von der Krise, die sie durchgemacht hat, wieder erholt und wir werden mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, aktiv an der Erneuerung der Vereinigung mitwirken.

Audrey BARRAL, Laure BENYACOUB, Aurélien BERNIER, Bruno CIOFI

<http://www.france.attac.org/spip.php?article6821>

Lignes d'Attac, Sept. 2006

1. Orientierungsvorschläge zur Einigung von Attac-France

von Régine Tassi, Mitglied des Verwaltungsrats (Auszüge).

Da nur Mitglieder des Verwaltungsrates Orientierungstexte in „Lignes d'Attac“ veröffentlichen konnten, habe ich gerne diesen Text übernommen, den eine Gruppe von Mitgliedern vor allem von Attac Romans und Attac Trégor verfasst hat. Ich teile im Wesentlichen dessen Ansätze, im Namen aller, die sich weigern, bei den Wahlen des nächsten Verwaltungsrates in einem Streit zwischen zwei Lagern gefangen zu sein.

Man kann die Selbsterstörung von Attac noch aufhalten

Seit Rennes bezogen sich die meisten Debatten auf die „statistischen Anomalien“. Die Auseinandersetzungen drehten sich um die Frage: gab es Betrug? Lassen wir die Untersuchungskommission ganz unabhängig ihre Arbeit tun.

Der namentliche Vorwurf des Betrugs, den ein Mitglied des wissenschaftlichen Beirates gegen zwei Mitglieder des Verwaltungsrates vorgebracht hat und die gerichtlichen Schritte, die daraufhin die beiden letzteren unternommen haben, bedeuten eine weitere Zuspitzung: die Anhänger der einen wie der anderen Seite haben ein neues Schlachtfeld. Wie lange wird dieser Grabenkrieg noch andauern? Man muss vermeiden, dass sich die nächsten Wahlen und der nächste Verwaltungsrat durch einen Streit zwischen zwei Clans bestimmt werden. Wir haben anderes zu tun, wenn wir unsere Mitglieder halten und den geweckten Hoffnungen ein wenig gerecht werden wollen. (...)

Der Einigungswunsch - ein gegenwärtig unrealistisches Bestreben?

In dieser zumindest gefährlichen Stimmung scheint es völlig unrealistisch von Einigung zu sprechen. Wenn man die „200 Eingeweichten“ hört, die auf den Mailinglisten das Wort ergreifen, kann dieses Vorgehen nicht ernst genommen werden. Wenn man die CL (Lokalkomitees - d. Übers.) und die „nicht eingeweihten“ Mitglieder hört, stellt sich die Frage nicht mehr in der gleichen Weise. Schon bei der Vorbereitung der letzten Nationalversammlung der Lokalkomitees (im Februar und April) wurde deutlich, dass die meisten Lokalkomitees die Nase voll hatten von den Streitigkeiten an höchster Stelle. Sie wollten, dass wir zu unseren Grundanliegen zurückkehren: die antineoliberale Arbeit. Und sie hatten nicht viel Zeit für interne Debatten. Die Generalversammlung von Rennes unterstrich diesen Wunsch, die Mitglieder wieder auf unsere globalisierungskritische Arbeit zu konzentrieren.

(...)

Nicht die Zersplitterung sondern die Einigung unserer Energien ist dringlich

Es scheint uns wichtig, die Vielfalt von Attac zu bewahren. Es wäre wichtiger, dass unsere Verschiedenheiten uns bereichern, als dass sie uns auseinander bringen. Das ist ein lebenswertes Bestreben, ein schöner Slogan, der aber schwer umzusetzen ist.

Zwingen Sie uns nicht, zu sagen, dass wir die Unstimmigkeiten, die bei diesem oder jenem Problem auftreten können, ausradieren wollen. Für uns ist es wichtig, diese

Unstimmigkeiten auf konstruktive Weise zu überwinden. Es muss uns gelingen, die Logik zu ändern: von der Logik der Auseinandersetzung zur Logik der Kooperation zu kommen. Das ist unserer Meinung nach derzeit die wichtigste interne Frage von Attac-France.

Vorrangige Orientierung nach außen

Die Entwicklung unserer Aktion auf der Basis unserer grundlegenden Themen ist das beste Mittel um aus dieser Krise zu kommen. Wir schlagen vor, unsere Aktivitäten auf die Fertigstellung und die Diskussion des „Manifests“ zu konzentrieren. (...) Das Leben der lokalen Komitees von Attac auf der nationalen und internationalen Ebene ist nicht auf diese grundlegende Arbeit an Basistexten beschränkt. Wir haben auch den ganzen Bereich der Reflexion, der Information und der Vorschläge von Aktionen in Verbindung mit den laufenden Ereignissen, mit der Durchführung ständiger Kampagnen (WTO, GATS, Bolkestein, europäische Richtlinien, G 10, Finanzkriminalität), auch in Verbindung mit den zahlreichen Kontakten mit den anderen Attac-Gruppierungen, mit den Vereinen und Gewerkschaften. Alle diese Aktivitäten wurden trotz der ungünstigen Krisenatmosphäre fortgesetzt. Übrigens ist es die Vielfalt der Themen, die Breite ihrer Anwendungsgebiete von lokal bis weltweit, die der beste Beweis dafür ist, dass die *Gegenstände* der gegenwärtigen Krise in keinem Verhältnis zu den wirklichen Aufgabengebieten von Attac stehen. (...)

2. Für eine globalisierungskritische und demokratische Attac-Bewegung

Unterzeichner:

Geneviève Azam ; Christelle Baunez ; Chloë Bénétiau ; Jacques Cossart ; Christian Delarue (MRAP) ; Marc Delepoupe (FSU) ; Susan George ; Jean-Marie Harribey ; Pierre Khalfa (Union syndicale Solidaires) ; Gus Massiah (CRID) ; Isabelle Mercier ; Christian Pilichowski (UGICT-CGT) ; Annie Pourre (DAL) ; Gérard Régnier (AC !) ; Lysiane Rolet ; Jean-Émile Sanchez (Confédération paysanne) ; Anne-Françoise Taisne (Fédération Artisans du Monde) ; Aurélie Trouvé ; Bénédicte Veilhan

Angesichts der fortdauernden Verwandlung der Welt in eine Ware und der Ausweitung des Freihandels wird der Kampf für Demokratie, soziale Absicherung, öffentlichen Dienste, für die Bewahrung der öffentlichen Güter, die Einrichtung gerechter Nord-Süd-Beziehungen, die Verminderung der Armut und der Ungleichheiten, für ökologische Produktion und ökologischen Konsum lebenswichtig sein. Da diese Kämpfe das globale Profitdenken und das bestehende Verhältnis der Gesellschaften zur Natur in Frage stellen werden, werden sie nur beginnen können, wenn wir immer ausgedehntere Reflexions- und Aktions-Netzwerke aufbauen, die alle Kontinente vereinen. Der ganze Sinn der globalisierungskritischen Bewegung und ihre Schwierigkeit liegen darin, von einer Absage an den Neoliberalismus zu einer Konstruktion von Alternativen zu kommen. Die Attac-Bewegung, die in Frankreich und anderswo ihre Rolle zu spielen hat, hat also direkt eine Verantwortung zu übernehmen. Nun ist aber innerhalb unserer Vereinigung einiges enthüllt worden, was eine politische Klärung und eine Erneuerung der Führungsgremien dringlicher macht.

1. Der Verdacht des unvorstellbaren Wahlbetrugs

Werden wir uns zuerst bewusst, dass sich das unvorstellbare innerhalb einer Organisation ereignen konnte, die vorgibt, eine demokratische Alternative zu bieten: zahlreiche Tatsachen scheinen darauf hinzuweisen, dass ein Betrug während der Vertreterwahl der individuellen Mitglieder des Verwaltungsrates (CA) begangen worden ist. Unsere Identität und unser innerstes Engagement für eine „mögliche andere Welt“ sind erschüttert. Ein solches Erdbeben verbietet es, die Urheber der Konflikte, die Attac seit drei Jahren bewegen, sich nur untereinander streiten zu lassen. Es ist ein großer politischer Fehler, dass die Leitung von Attac sich auf einen Verwaltungsrat stützt, dessen Wahl durch den schweren Verdacht des Betrugs befleckt wurde, und ihn benutzt hat, um an der Macht zu bleiben, wie wenn nichts gewesen wäre. Einiges ist enthüllt worden, denn hinter den normalen politischen

Meinungsverschiedenheiten entdeckt man, dass der moralische Anspruch, niemals die Regeln des „Zusammenlebens“ zu verletzen, nicht einhellig geteilt wurde. Wir schlagen den Mitgliedern vor, eine erste Entscheidung zu treffen: Alles zu tun, damit sich das bei Attac nie mehr wiederholt. Vorausgesetzt, dass eine Verhaltensmoral wiederhergestellt wird - die nie vor Gericht erreicht werden wird - wird es möglich sein, die politischen Optionen zu klären, die sich nun bieten.

2. Eine politische Klärung

Warum sind die politischen Differenzen nur langsam klar geworden?

1. Zunächst konnten sie sich nicht wirklich abzeichnen, solange wir mehr in einer Phase der „Globalisierungsgegnerschaft“ als in einer Phase der „Alternativen zur Globalisierung“ steckten.

2. Der Kern der Leitung von Attac hat sich mehrfach im letzten Moment der Mehrheitsmeinung in der Vereinigung angeschlossen:

2003 hatte die Leitung auf dem Presseweg verschiedene Gruppierungen der sozialen Bewegung in Frage gestellt, darunter die Bauernvereinigung, und hatte dann ihre Äußerungen wieder abschwächen müssen.

2004 hatte sie, nachdem sie bei den Europawahlen die Liste „100% Altermondialist“ vorgestellt hatte, schließlich zu einem Konsens zurückgefunden, um die Umwandlung von Attac in eine politische Partei zu verweigern.

2005 hatte sie sich dem Willen der breiten Mehrheit der Lokalkomitees gebeugt, die Kampagne gegen den europäischen Verfassungsvertrag natürlich auf der Grundlage unserer Positionen, aber auch im breiten Bündnis mit anderen Gruppen durchzuführen.

3. Außerdem kann die Infragestellung der aktuellen ökonomischen und sozialen Denkweisen nicht von einem ausschließlich nationalen Standpunkt aus geschehen. So wird die Kritik am globalen Produktivismus von der aktuellen Präsidentschaft von Attac praktisch nicht berücksichtigt. Wir müssen aber tiefer über die Tatsachen nachdenken, dass eine andere Beschäftigungspolitik, eine Landwirtschaft ohne GMO (genetisch veränderte

Organismen) und ohne schädlichen Input, eine Schaffung von für alle zugänglichen öffentlichen Diensten, ein verantwortlicher Konsum und eine gerechte weltweite Verteilung der Reichtümer eng miteinander verbundene Ziele sind, die es erforderlich machen, neu über Entwicklungspfade nachzudenken, die man nicht mit einem ständigen Wachstum gleichsetzen kann.

Diese Divergenzen verweisen auf die besondere Natur der Attac-Bewegung und ihren Platz in der Bewegung für eine andere Globalisierung. Sie wurden in den Beziehungen zu der sozialen und Bürgerbewegung deutlich, deren neue Formen des Kampfes, wie z.B. der zivile Ungehorsam (wie die der freiwilligen Mäher - *französische Protestbewegung gegen genetisch veränderte Organismen d. Übers.*) zu oft misstrauisch betrachtet werden. Die Stärkung von Attac vollzieht sich durch die Stärkung der Bewegung für eine andere Globalisierung und nicht durch den Versuch, sie zu beherrschen oder sich aus ihr zurückzuziehen.

Die Besonderheit von Attac ist es, ein Bündnis zu sein, das sowohl einzelne Mitglieder umfasst, die häufig in Lokalkomitees gruppiert sind, als auch Organisationen (Gewerkschaften, Vereinigungen, Presseorgane), die sich für unterschiedliche Themen einsetzen, die aber vereint gegen den Neoliberalismus kämpfen. Die Daseinsberechtigung und die Stärke von Attac sind das Zusammenwirken aller Komponenten zur Verwirklichung eines gemeinsamen Projekts: die neoliberale Ideologie zu entmystifizieren, Alternativen vorzuschlagen und die nötigen Kräfteverhältnisse aufbauen. Wir müssen auf diesem Weg fortfahren, um Nutzen aus unserer Vielfalt zu ziehen.

Eine obskure Kontroverse ist darüber geführt worden, dass angeblich Gründungsmitglieder die Flügel der Attac-Organisation stützen wollten, indem sie ihr das Recht verweigern wollten, eigenständig zu planen, weil sie sich in den Schatten gestellt fühlten. Tatsächlich ist diese Anklage an dem Tag erhoben worden, als viele Gründungsmitglieder sich offen weigerten, zuzusehen, wie Attac sich in eine traditionelle Organisation

umwandelt und im Gegensatz dazu ihr Festhalten an der ständigen Erfindung einer anderen Art der Einflussnahme im politischen Leben erneut bekräftigt haben.

Denn hier liegt der Kern des Problems: wenn wir Attac in eine Organisation verwandeln, die nur aus Individuen besteht, geben wir die Möglichkeit auf, dass sie ein Schmelztiegel ist, ein Ort, an dem das Zusammenspiel zwischen verschiedenen Akteuren entsteht, die aber alle gegen die neoliberalen Politikrichtungen Stellung beziehen. Indem Attac sich im Gegenteil dafür entscheidet, Bestandteil der sozialen und Bürgerbewegung zu sein, verbietet es sich die Organisation, sich im Wahlkampf offen oder verdeckt zu engagieren, wobei sie ihr Interesse für die Herausforderungen des politischen Kalenders beibehält. So kann sie ihrer Aufgabe treu bleiben, durch die Volksbildung die Aktionen zum Bruch mit dem Neoliberalismus zusammenzuführen, und zwar über die verschiedenen eventuellen Engagements ihrer Mitglieder in Parteien hinaus.

Dieses Vorgehen ist die Garantie für die Vielfalt unserer Organisation und diese ist ihre größte Stärke. Dieses Vorgehen allein ist in der Lage, das Vorhaben eines Manifestes zu verwirklichen, das die Mitglieder (einzelne und juristische Personen), die Lokalkomitees, die Kommissionen, den wissenschaftlichen Beirat vereint, unter der Führung eines Verwaltungsrates, der alle Meinungen vertritt. Dieses Vorgehen bringt die entscheidenden Punkte für den Bruch mit dem Neoliberalismus auf den Begriff: Stopp der Verwandlung aller Dinge in Waren, Verzahnung des Sozialen mit der Ökologie; Gerechtigkeit; gleiche Rechte, darunter die zwischen Mann und Frau; Solidarität mit allen Völkern der Erde, insbesondere durch die Einführung von globalen Steuern; Demokratie als leitendes Prinzip in allen Gesellschaftsbereichen.

Dazu muss Attac weiterhin

- ein antineoliberaler Sammelort bleiben;
- sich für den Aufbau einer Bürger- und

sozialen Bewegung einsetzen, die Alternativen zur Globalisierung entwickelt, insbesondere zusammen mit allen Attac-Organisationen der Welt;

- aktiv an den weltweiten, kontinentalen und lokalen Foren teilnehmen.

Wenn diese Vorgehensweise bestätigt wird, werden sich zahlreiche weitere aber nicht zweitrangige Debatten hinsichtlich der Ausrichtung des Kampfes gegen den Neoliberalismus klären und nach und nach eine gemeinsame Sprache finden können. So verhält es sich mit der **Laizität**, an der einige eine parteiische Spaltung innerhalb von Attac festmachen wollen. Die Entscheidung für eine demokratische und laizistische Republik ist ein gemeinsamer Nenner und nicht das Privileg einiger. Sie beruht auf der Tatsache, dass Attac zu der sozialen Geschichte von zwei Jahrhunderten gehört: einer Geschichte des Kampfes der Arbeiter gegen das Kapital, für die Emanzipation der Menschheit, für die fortschrittlichen Werte der Solidarität und der Gerechtigkeit gegen die Werte der Rechten, die die persönliche Bereicherung und das Gesetz des Marktes predigen. Die Laizität schafft eine Garantie für die Freiheit und einen Wall gegen die kommunitaristische Zerstückelung. Sie hilft uns auch dabei, eine Demokratieform anzustreben, in der alle zu Wort kommen.

3. Eine Erneuerung der Führungsgremien

Diese Verpflichtungen hängen mit der Art und Weise zusammen, wie wir das Leben der Organisation gestalten wollen. Schon im Jahr 2000 hatten wir während der Generalversammlung von St-Brieuc daran gearbeitet, eine **nationale Konferenz der Lokalkomitees (CNCL)** zu schaffen, erste Anerkennung der Lokalkomitees, gegen die der damalige Präsident misstrauisch war. Später haben wir erreicht, die **Satzung** zu ändern, so dass die Mehrheit der Sitze im Verwaltungsrat für die Vertreter der einzelnen Mitglieder

vorgesehen werden. Das ist heute ein von allen anerkanntes Prinzip, das hoffentlich bald für gültig erklärt werden wird.

Nun müssen wir einen Schritt weiter gehen. Die Versammlung von La Rochesur-Foron im Jahr 2005 hat die Idee einer **kollegialen Präsidentschaft** festgehalten. Der Kern der Leitung hat sie bei den Änderungen der geltenden Satzung nicht beachtet. Wir schlagen vor, sie während der nächsten Mandatszeit umzusetzen. Es ist keine Illusion, da viele Lokalkomitees bereits auf diese Weise funktionieren und einige Attac-Organisationen außerhalb Frankreichs bereits ohne Präsidentschaft funktionieren. Es geht darum, einen kollegialen Entscheidungsmodus auf allen Ebenen zu entwickeln, den Lokalkomitees und den Mitgliedern mehr Verantwortung bei der Definierung der Ziele zu geben. Auf diese Weise kann der Wunsch in die Tat umgesetzt werden, verschiedene kämpferische Kulturen und Praktiken in der Organisation zu vereinen, um einer Herrschaft des Präsidenten und allen autoritären Risiken, die dies mit sich bringt, zu begegnen.

Attac ist im Zusammenhang mit dem Entstehen einer Widerstandsbewegung gegen die neoliberale kapitalistische Globalisierung entstanden. Sie sieht sich heute einer Reifung dieser Bewegung gegenüber, die versucht, Alternativen zu definieren. Wir müssen gemeinsam das Erreichen einer neuen Etappe vorbereiten in Form von Zielen, von internen Organisations- und Funktionsweisen und auch von einer Ethik, um die Glaubwürdigkeit von Attac wiederherzustellen und einen Weg zur Einigung wieder zu finden. Es ist an uns, die Lehren aus den Stärken aber auch den Schwächen unserer Organisation zu ziehen, um das Vertrauen wiederherzustellen und wieder mit voller Leistungsfähigkeit gemeinsam an der Verwirklichung einer **Hoffnung** zu arbeiten, die nicht erlöschen darf: **die auf eine gerechtere und demokratischere Welt**.

Hinweise zum Verständnis der Kontroversen über die Strukturen von Attac, SiG-Redaktion:

Der **Verwaltungsrat** ist das oberste Organ von Attac Frankreich. Er besteht aus 18 Vertretern der **Gründungsmitglieder** - Organisationen und Einzelpersonen - und 12 Vertretern der **individuellen Mitglieder**. Diese Vertreter der Mitglieder werden für ein Jahr von allen Mitgliedern in einer direkten Wahl – meistens per Briefwahl gewählt. Seit einiger Zeit nehmen 12 weitere Vertreter der Mitglieder an den Sitzungen teil – aber nach wie vor ohne Stimmrecht.

Der Verwaltungsrat wählt einen **Präsidenten** (Bernard Cassen bis 2002, Jacques Nikonoff bis 2006) und Vizepräsidenten, weiter ein „Bureau“ – **Vorstand** – von 10 bis 12 Mitgliedern.

Seit 2002 versammeln sich die Vertreter der **Lokalgruppen im CNCL** (Nationalrat der Lokalgruppen) ca. alle drei Monate.

Mehr Informationen in „Sand im Getriebe“ Nr. 14 und auf der Internetseite von Attac Frankreich:

<http://www.france.attac.org/a604>

3. Für ein Attac der zweiten Generation

Im Juni gewählte Verwaltungsratsmitglieder haben nach ihrem Beschluss, die Weiterführung der Tätigkeit und der Arbeitsweise von Attac sicherzustellen, diesen Beitrag unterzeichnet.

Aktive Mitglieder: Audrey Barral, Aurélien Bernier, Valérie Coignard, Emmanuelle Gaziello, Michel Gicquel, Danielle Goussot, Sabine Jauffret, Bernadette Jonquet, Renaud Lambert, Matthieu Laurent, Aurore Ludi, Jacques Nikonoff, Jacques Weber.

Gründungsmitglieder: Jean-Pierre Beauvais (Politis), Bernard Cassen (Le Monde diplomatique), Michèle Dessenne (Les Pénélopes), Pierre Guiard-Schmid (ESCOOP), Cécile Guillerme (Fédération française des maisons de jeunes et de la culture), Daniel Monteux.

Monika Karbowska und Jean-Baptiste Prevost (UNEF) konnten wegen ihres Auslandsaufenthalts nicht benachrichtigt werden.

Vor 8 Jahren, am 4. August 1998, begrüßte Attac das tausendste Mitglied! In der jüngeren Geschichte ist die seit dem Aufruf von Ignacio Ramonet zur Einführung einer Transaktionssteuer in *Le Monde diplomatique* durchlaufene Strecke beispiellos: eine heute 25000 aktive Mitglieder zählende Vereinigung, von denen sich viele zu 216 Ortschaften zusammengeschlossen haben; ein in etwa 50 Ländern bestehendes internationales Attac-Netzwerk; das zusammen mit unseren brasilianischen Freunden gestaltete Weltsozialforum, das die globalisierungskritische Bewegung in Gang gebracht hat; die im öffentlichen Leben spürbar gewordene Kraft von Volksbildung und politischer Aktion, die stark zum Sieg am 29. Mai 2005 beigetragen hat.

Die Gründung von Attac fiel in eine Zeit, in der bereits seit etwa zwanzig Jahren eine mächtige neoliberale Offensive in Gang war: deren Endzweck bestand in einer Neu-disziplinierung der Arbeitnehmer in den westlichen Ländern mittels Arbeitslosigkeit und der armen Länder mittels Schuldendienst, um die seit Abschluss der Wiederaufbauphase nach dem 2. Weltkrieg stark rückläufigen Profitraten wieder herzustellen. Diese das Aufkommen eines neuen, weltumspannenden Kapitalismus anstoßende Offensive wurde durch den raschen Ausbau neuer Technologien und dem sich parallel dazu weltweit entwickelnden Prozess globalisierter Finanzierung begünstigt. Sie wurde außerdem durch den Fall der Berliner Mauer beschleunigt.

Dabei hat sich diese neue Beziehung zwischen virtuellen Finanzmitteln und der Realwirtschaft auch als Krisenfaktor erwiesen, wie es 1997 der Zusammenbruch der Wirtschaftssysteme in den asiatischen Ländern gezeigt hat. Außerdem sind die Programme der neoliberalen Politik und die durch sie verursachten sozialen Ungleichheiten auf vielfältigen und zunehmenden Widerstand gestoßen, die aber alle in ihren jeweiligen nationalen Besonderheiten ihre Wurzeln hatten (Chiapas 1994, Frankreich Dezember 1995).

Es ist dies der Nährboden, der die Entstehung von Attac in Frankreich bewirkt hat. Seither ist eine wahre Herkulesarbeit voll-

bracht worden. Aber vor lauter Bäumen haben wir den Wald nicht gesehen, und gemeinsam nicht genügend Abstand eingenommen, um die Entwicklung der Vereinigung zu analysieren und zur Diskussion zu stellen. Um diese Diskussionen zu fördern ist auf der letzten Mitgliederversammlung beschlossen worden, die Mitglieder von den laufenden Debatten und auch von den unter den Verwaltungsrats- bzw. Gründungsmitgliedern bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu unterrichten.

Seit einigen Jahren werden **drei Arten von Debatten und Auseinandersetzungen** geführt: um den Inhalt unserer Alternativen zum Neoliberalismus; über unsere Auffassung davon, was Attac sein soll; über die vereinigungsinternen Verhaltensweisen.

1. Zu große Trägheit bezüglich der Alternativen zum Neoliberalismus

In Anbetracht ihres Entwicklungsstands sollte Attac ernstzunehmende und glaubhafte Alternativen zum Neoliberalismus vorbringen. Sie blieb jedoch bei einer Vielzahl von Themen oft unklar oder zweideutig. Dazu gehören: der Freihandel und die Notwendigkeit, passende und solidarische Schutzmaßnahmen zu fördern; die Fragen von Arbeit, Beschäftigung, der prekären Arbeitsbedingungen und der sozialen Grundsicherung; die vorhandene oder nicht bestehende Notwendigkeit, einen „verfassungsgebenden Prozess“ für Europa in die Wege zu leiten; die Gleichstellung von Frauen und Männern; der Feminismus; die Rolle der wichtigsten Medien als Vermittler der neoliberalen Ideologie; der Platz des Staates und die innerstaatlichen Spielräume, um sich vom eindimensionalen Denken zu emanzipieren; die öffentlichen Dienste und die gemeinsamen Güter; der zivile Ungehorsam; die Frage von Zunahme und Rückgang des Wachstums; der ökologische Imperativ und sein Zusammenhang mit der sozialen Frage; die Energiekrise usw.

Zu all diesen Fragen muss eine echte Debatte geführt werden, ohne dass dabei zwangsläufig immer abschließende Stellungen bezogen werden müssen.

Die Laizität

Die Gleichstellung von Frauen und Männern und die Gleichstellung von allen Frauen dieses Planeten hat für uns das Primat vor jeder ethnischen oder religiösen Weltanschauung. Dieser Gedanke wird bei weitem nicht von allen Gründungs- und Verwaltungsratsmitgliedern geteilt.

2. Verschiedene Auffassungen über das Wesen von Attac

Die zweite Frage, bei der die Meinungen auseinander gehen, betrifft den Grundsatz und die Regeln des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder. Die von mehreren Vertretern von Gründerorganisationen bezogene Stellung befürwortet eine Beschränkung von Attac auf einen „Treffpunkt zum Meinungsaustausch“ oder anders gesagt, auf eine Art Sozialforum im Kleinformat. Attac wäre demnach nur ein „Raum“, der nicht den Bürgern offen steht, sondern den unter einem Label versammelten Organisationen und würde zu einer Art Kartell, das von ihnen kontrolliert wird und ihnen zu Diensten steht.

Für uns muss Attac eine eigenständige Organisation sein, das heißt unabhängig, der eigenen Ursprünge eingedenk, und die eigene Volksbildungskultur entwickelnd. Ihre Mitglieder sollen in ihr ihre Selbstbestimmung ausüben, und Attac sollte bei den einzelnen Mobilisierungen mit den Organisationen der sozialen Bewegungen zusammenarbeiten.

Diese Wirklichkeit zum Ausdruck bringen heißt keinesfalls, die Gründungsorganisationen ins Abseits zu rücken. Im Gegenteil. Sie sollten kollektiv eine vorschlagsgebende Rolle spielen, was bisher nicht der Fall gewesen ist.

3. Uneinigkeiten bei Verhaltensweisen

Sie können anhand eines schwerwiegenden Streitfalls während der Mitgliederversammlung von Rennes veranschaulicht werden, der die Unterschiede in Gesprächskultur und Verhaltensstil deutlich gemacht hat. Gewisse gewählte Kandidaten haben in

Aufsehen erregender Weise vom Podium aus ihre Weigerung verkündet, ihren Sitz im Verwaltungsrat wahrzunehmen, mit der Begründung, bei den Wahlergebnissen seien „statistische Unregelmäßigkeiten festgestellt“ worden, obwohl andere diesen Standpunkt anfechten.

Warum wird ein medienwirksamer Bühnenauftritt inszeniert, anstatt sofort bei der Auszählung den für diese Fragen zuständigen „Ausschuss für Abstimmung und Streitfragen“ anzurufen? Warum wird auf der Behauptung eines „Wahlbetrugs“ bestanden, ohne den geringsten Beweis dafür vorzubringen und bevor eingehende Nachforschungen angestellt worden sind? Warum werden die Ergebnisse der vom Verwaltungsrat sofort beschlossenen unabhängigen Untersuchungen nicht abgewartet? Und schließlich, warum wurde die Rechtsprechung nicht angerufen?

Denn die öffentliche Behauptung des Wahlbetrugs ist alles Andere als harmlos. Sie trifft das Selbstverständnis, die Glaubwürdigkeit und die Rechtschaffenheit unserer Vereinigung ins Mark. Sie berührt jedes Mitglied persönlich im Kern seines Engagements für eine mögliche andere Welt, für die Hoffnung, die durch Attac entstanden ist.

Für Neuwahlen

Aus diesen Gründen haben die Unterzeichner dieses Textes die Verantwortung übernommen und alle Maßnahmen ergriffen, um die Wahrheit ans Licht zu bringen und beschlossen, zeitnah Neuwahlen durchzuführen

Diese „Krise“ schließt sich an diejenige an, die im Juli 2005 stattfand. In der Tat hatten die drei stellvertretenden Vorsitzenden des früheren Verwaltungsrats (Susan George, François Dufour, Gus Massiah) ein paar Wochen nach dem Erfolg des 29. Mai - und die zeitliche Abfolge ist nicht zufällig -, einen „Brief an die Mitglieder“ verschickt, in dem sie den „Stil“ einiger anderer Führungsmitglieder anprangerten. Weder mit genauen Beweisen noch mit überzeugenden Beispielen.

Der Ursprung dieser „Krisen“ ist selbstverständlich nicht das Problem einzelner Personen. Das Projekt von Attac hat Organisationen und Individuen vielfältiger Kulturen zusammenkommen lassen, die nicht gewohnt waren, zusammenzuarbeiten. Dieser „Schmelztiegel“ ist für Attac ein Schatz, aber kann auch zu unterschiedlichen Stand-

punkten über die Arbeits- und Verfahrensweisen innerhalb von Attac beitragen. Nur durch eine lange, von einem unabhängigen Verwaltungsrat begünstigte Austauschphase „gegenseitiger Befruchtung“ würde die Definition eines echten „Zusammenlebens“ wieder möglich werden. Ihre Wirkung würde über Attac hinaus zu einer Einigung der antineoliberalen Kräfte beitragen. Das wird möglich, wenn diese Diskussionen nicht auf den „Gipfel“ beschränkt bleiben, das heißt, wenn sich die Mitglieder hier voll einbringen. Das ist der Geist, in dem wir handeln wollen.

Attac und die breiten Bevölkerungsschichten

Dank der Beteiligung der breiten Bevölkerungsschichten (1) hat bei der Volksabstimmung über den Europavertrag das NEIN überwogen, und dank deren Beteiligung musste der Erstbeschäftigungsvertrag zurückgenommen werden. Ihre Beteiligung ist also entscheidend, wenn wir einen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen wollen.

Dabei trifft nun der Wille, Attac mit den breiten Bevölkerungsschichten zu verbünden, auf zahlreiche interne Hindernisse.

Ist Attac „links“?

Attac ist keine Partei, sondern eine Vereinigung zur Volksbildung und wendet sich an alle Bürger. Sie kann sich also nicht auf einer Palette politischer oder sogar wahlpolitischer Natur ansiedeln. Genau aus diesem Grund hat sie, insbesondere bei der Kampagne gegen den Europavertrag, ein Publikum erreicht, das sich nicht oder nicht mehr in diesen traditionellen Begriffen wieder erkennt. Deswegen hat Attac bei Wahlen auch nie Kandidaten oder Parteien unterstützt. Attac ist antineoliberal und globalisierungskritisch.

Zu einer Aufbauphase übergehen

Gemeinsam weiter fortschreiten heißt, vom Wunsch getragen zu sein, in der Einheit und in der Vielfalt von Attac zu handeln. Der Erfolg von Attac lag darin, das Phänomen der neoliberalen Globalisierung ausgemacht, beschrieben und entschleiert zu haben. Jetzt geht es darum, zu einer sozialen Aufbauphase durch die Bürger überzugehen, die nicht von den Marktgesetzen bestimmt ist, was bedeutet, sinnvolle Alternativen aufzubringen und zu tragen. Das

Attac-Manifest wird das erste Zeugnis davon sein.

Wir müssen von den wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Sorgen der Bürger ausgehen, um einen sinnvollen Weg zu Lösungen auszuarbeiten, die mit den Programmen neoliberaler Politik brechen. Dabei stellen sich zwei Fragen: was tun, damit diese Vorschläge aufkommen; auf welche Weise sollen Beschlüsse gefasst werden? In gewissen Fällen müssen Meinungsunterschiede durch eine Abstimmung entschieden werden. Wenn der Konsens in einer Kritikphase funktionieren kann, ist es schwieriger, ihn in einer Aufbauphase zu erreichen. Beispielsweise haben wir am 29. Mai zwar erreicht, zum Europavertrag „Nein“ zu sagen, aber es ist uns nicht gelungen, Vorschläge zum Aufbau eines Europa, das wir wollen, voranzutreiben.

Wir müssen auch die Formen unserer Kämpfe überdenken, um eine neue Generation von AktivistInnen besser anzusprechen, indem wir Tätigkeiten im Zusammenhang mit solidarischen Projekten entwickeln (kooperative Erfahrungen, Vereinigungen für die Aufrechterhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft, Solidarwährungen usw.), auch eigentümliche Formen unseres Auftretens schaffen, wie sie von den „Wegen der Entdeckung“ ausprobiert wurden, wo Kultur ein Instrument sozialen Wandels ist. Und diese Erfahrungen von Solidarität mit anderen Volksbewegungen auch auf internationaler Ebene ausdehnen.

Die Arbeitsweise von Attac soll sich diesen Erfordernissen anpassen. Ihre Änderung wird am Schluss einer in der Vereinigung tiefgreifend geführten Debatte Gegenstand der nächsten Satzungsreform sein, für die wir konkrete Vorschläge bereitstellen. Einer davon wird die Einführung einer systematischen Mitgliederbefragung bei jeder wichtigen Standpunktbestimmung sein.

Wir wollen ein demokratisches, emanzipiertes Attac skizzieren, das kollektiv arbeitet, ausgehend von der Vielfalt unseres kulturellen Hintergrunds und unseres Engagements, ein Attac, das von der Einzigartigkeit der Geschichte Jede und Jeden von uns bereichert wird. Ein Attac der zweiten Generation, kämpferischer, näher an den Volksmassen, internationaler ausgerichtet!

(1) „classes populaires“: damit sind die Menschen mit niedrigem und durchschnittlichen Einkommen gemeint.

Übersetzung: Angelika Gross und Barbara Kratky, coordinat@attac.org.

Dr. Angelika Claußen Afghanistan braucht zivile Aufbauhilfe, keine Tornados

Auf eine Nato-Anfrage hin will die Bundesregierung sechs Tornados in den umkämpften Süden Afghanistans entsenden. Die dadurch ausgelöste Diskussion über die Auslegung des Bundeswehr-Mandats täuscht darüber hinweg, dass die ISAF-Mission schon jetzt ein Misserfolg ist: Fünf Jahre nach dem Beginn des Krieges sind die USA und ihre Verbündeten gescheitert, die humanitäre Situation zu verbessern und den Afghanen den Weg zur Demokratie zu ebnet. Ein nüchterner Blick auf die wenigen Informationen, die UN-Organisationen über Afghanistan veröffentlichten, zeigt die katastrophale Situation:

In der Hauptstadt Kabul sind etwa 50-70 Prozent der 2.5 Millionen Bewohner arbeitslos. Die meisten von ihnen müssen mit einem Einkommen von weniger als einem Dollar pro Tag auskommen. Dementsprechend liegt das durchschnittliche Jahreseinkommen pro Person in Afghanistan bei 200 Dollar. Armut und Zerstörung der Infrastruktur, mangelhafte Ernährung, schlechte hygienische Zustände und ein durch zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg kollabiertes Gesundheitssystem spiegeln sich in der Bevölkerungsstatistik wider: Die Lebenserwartung der afghanischen Frauen beträgt kaum 47 Jahre (Männer: 48). Von 1000 lebend geborenen Kindern in Afghanistan sterben

256 bis zum fünften Lebensjahr. (Vergleich Irak: 131/1000) Von 100.000 Müttern sterben 1600 während oder kurz nach der Entbindung (zum Vergleich: Irak auf dem Höhepunkt der UN-Sanktionen 370/100.000, Zentralafrika: 1300/100.000). Der Grund für diese immens hohe Müttersterblichkeit liegt darin begründet, dass Männer aus Angst vor den Fundamentalisten ihre Frauen nicht zu den Gesundheitsstationen gehen lassen. Das Leid der Kriegswitwen lässt sich dagegen nicht in Zahlen beschreiben: Laut einer Umfrage von UNICEF sehen rund 30.000 Witwen in Kabul im Selbstmord ihre einzige Zukunftsperspektive.

Im Herbst dieses Jahres warnte die internationale Hilfsorganisation Christian Aid, dass 2.5 Millionen Afghanen von Hungersnot bedroht sind. Der Grund: Dürre und ausbleibenden Ernten. Das Leiden der Bevölkerung wird durch den jahrelangen Kriegszustand immer weiter verschärft. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissars müssen etwa 15.000 Familien wegen Kampfhandlungen aus den Provinzen Kandahar, Uruzgan und Helmand fliehen.

Der "Kampf gegen den Terror" verschlingt Milliarden

Im Kontrast dazu stehen die Ausgaben für

den Kampf gegen den Terror in Afghanistan: 9.6 Milliarden US-Dollar kostete dieses Jahr allein der Einsatz der US-Streitkräfte in Afghanistan. Zwischen 2002 und 2005 bezahlte die deutsche Bundesregierung rund 1.4 Milliarden Euro (so genannte einsatzbedingte Zusatzausgaben), um »am Hindukusch die Sicherheit Deutschlands zu verteidigen«.

Angesichts dieser Zahlen müssen meiner Meinung nach die Prioritäten in der Afghanistan-Politik neu gesetzt werden. Die Probleme in Afghanistan heißen Arbeitslosigkeit, horrendes Mütter- und Kindersterblichkeit und Dürre - nicht Terror und fehlende Tornados. Anstatt sich darauf zu konzentrieren, ob und wie deutsche Tornados Kampfhandlungen unterstützen können, sollten wir nachdenken, wie wir langfristig den Hunger der Menschen stillen und wirkliche Aufbauhilfe durch zivile Kooperationen leisten können. Auch ein Abschiebestopp für hier lebende Flüchtlinge aus Afghanistan ist unabdingbar.

Dr. med. Angelika Claußen arbeitet als Psychotherapeutin mit traumatisierten Flüchtlingsfrauen und ist Vorsitzende der deutschen Sektion der IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung)

http://www.ippnw.de/article/061222_Afghanistan_Kommentar_Claussen.html?swip=ff22a2c4d32a59c5a098d85fb4f09c28

Schluss mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Die Beteiligung der Bundeswehr an weltweiten Kriegen ist verfassungswidrig. Nach Artikel 87a des Grundgesetzes ist die Bundeswehr für die Landesverteidigung aufgestellt. Der weltweite US-„Krieg gegen den Terror“, an dem die Bundeswehr beteiligt ist, ist selbst Terror. Er muss beendet werden.

Alle Versuche, politische Probleme militärisch zu lösen, sind zum Scheitern verurteilt. Unschuldige Menschen sterben, Länder werden verwüstet, Hass und Verzweiflung wachsen an.

Wir verlangen:

- den Abzug aller deutschen Truppen aus Afghanistan anstatt einer Ausweitung der Kampfeinsätze
- den Abzug der Marine von Libanon und die Einstellung jeglicher Unterstützung der US-geführten Besatzung des Irak
- Verhandlungen mit dem Iran ohne Vorbedingungen statt Sanktionen und Kriegsdrohungen
- den Stopp des Umbaus der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee.

Wir brauchen keine neuen Waffen und zusätzliche Milliarden für Auslandseinsätze. Wir brauchen eine Politik, die Konfliktursachen beseitigt.

Mit den Aktionen der Friedensbewegung treten wir für eine andere Politik ein. Diese Politik setzt auf Gerechtigkeit, Solidarität, Entwicklung, Recht auf demokratische Teilhabe und nachhaltigen Umgang mit der Natur.

Dafür müssen mehr staatliche Mittel bereitgestellt werden. Daher fordern wir:

Spart endlich an der Rüstung

Diese Anzeige in der Frankfurter Rundschau vom 23.12. wurde von vielen Menschen und Organisationen finanziert,

u.a. von: Attac AG Globalisierung u. Krieg und Attac-München

Bundesausschuss Friedensratschlag, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/Welcome.html>